

Kunstfehler: Chefärztin für Gynäkologie am Spital Wil verurteilt

Nummer 33 – 16. August 2012 – 80. Jahrgang
Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.90

DIE WELTWOCHEN



Protokoll der Unterwerfung

Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf macht der EU neue Zugeständnisse.
Der vertrauliche Brief nach Brüssel im Wortlaut. *Von Urs Paul Engeler*

Mitt Romney

Wer ist der rätselhafte US-Präsidentschaftskandidat? *Von Matthias Rüb*

«Wir gehen in eine Welt ohne Geheimnisse»

Swisscom-Chef Carsten Schlöter über totale Transparenz im Internet, Games, Kindererziehung und Steve Jobs. *Von Roger Köppel und Florian Schwab*



Der neue BMW 7er



www.bmw.ch

Freude am Fahren



DER NEUE BMW 7er.

JETZT SERIENMÄSSIG MIT xDRIVE,
DEM INTELLIGENTEN ALLRADSYSTEM.

xDrive nicht erhältlich für die limitierten Sondereditionen BMW 7er V12 Edition und BMW 7er ActiveHybrid.

Intern

Varoscha im türkisch besetzten Teil Zyperns war einst – bevor die Türken kamen – einer der schillerndsten Urlaubsorte Europas. Hollywood-Stars wie Elizabeth Taylor und Popidole wie die Gruppe Abba sonnten sich hier, meist unerkannt, weil sie den Zyprioten kein Begriff waren. Seit dem Krieg 1974 ist der Ort eine Geisterstadt. Die Hoteliers, die damals alles verloren, schafften es später, im griechischen Süden neu durchzustarten. Nun gibt es Pläne, sie zurück nach Varoscha zu holen: Unter UN-Verwaltung soll das alte Paradies zu neuem Leben erwachen. Boris Kálnoky sah sich in den Ruinen der Vergangenheit und im pulsieren-



Dornröschenschlaf: Varoscha in den 70ern.

den Leben der Gegenwart um. Er sprach mit Türken und Griechen, mit den Alten, die sich an die goldenen Zeiten der 70er erinnern, und mit Unternehmern, die Varoscha aus dem Dornröschenschlaf reissen wollen. **Seite 42**

Ärzte haben zwar an Prestige verloren, geblieben ist die Unantastbarkeit vor Gericht. Schuldsprüche gegen Mediziner sind höchst selten. Deshalb wurde Christoph Landolt hellhörig, als er von einem harten Urteil gegen eine Gynäkologie-Chefärztin hörte. Der Richterspruch, der im Juni fiel, war der Öffentlichkeit bisher unbekannt. Und er wäre es wohl geblieben, wenn der Journalist nicht nachgebohrt hätte. Der Kanton St. Gallen, so scheint es, hat kein Interesse daran, dass die Umstände des Todes einer siebenfachen Mutter aufgeklärt werden. Erst als die *Weltwoche* Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann (SP) mit dem Urteil konfrontierte, wurde eilends eine Medien-

mitteilung verschickt. Tatsächlich wirft das Verdikt ein schiefes Licht auf die Zustände im St. Galler Gesundheitswesen. **Seite 28**

Anarchisten gelten am Stammtisch als Gewalttäter und Bombenleger. Lucien Scherrer hatte letzte Woche Gelegenheit, ins Milieu einzutauchen: Im beschaulichen St-Imier trafen sich 3000 Anarchisten aus aller Welt, um zu feiern und zu diskutieren. Abgesehen davon, dass einige nachts auf die Strasse urinieren, verhielten sich die Bürgerschrecke brav. Dennoch hinterliessen sie einen zwiespältigen Eindruck: Sie huldigen der Rebellion, kleiden sich aber merkwürdig uniform; sie kämpfen gegen Diskriminierung, diskutieren aber zuweilen geschlechtergetrennt. Unser Reporter versuchte trotzdem, am Palaver der Anarcho-Feministinnen teilzunehmen – mit dem Argument, dass er als Frau sozialisiert worden sei. Leider ohne Erfolg. **Seite 36**

Swisscom-Chef Carsten Schloter besuchte letzte Woche die Redaktion. Was als kurzer Gedankenaustausch geplant war, wurde zu einem zweistündigen Gespräch über die Zukunft der Kommunikation: Wie werden uns die neuen Möglichkeiten verändern? Schloter, der von Berufs wegen jede technische Innovation selber ausprobiert, erwies sich gleichzeitig als Skeptiker der Informationsflut. Ob er aus der digitalen Welt in den Leistungssport flüchte, wollten Florian Schwab und Roger Köppel am Rande des Interviews eher scherzhaft von ihrem Gast wissen. Schloter verneinte: Er habe den Sportunterricht boykottiert, weil er mit dem Lehrer nicht zurechtgekommen sei. Den Sport habe er später für sich entdeckt. Erfolgreiche Manager scheinen sich bereits in der Schule als Querkopf hervorzutun. **Seite 48**

Ihre Weltwoche

Wann ist es Zeit für eine ganz persönliche Beratung?

LGT. Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG

www.lgt.ch



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehrigler,

Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Lucien Scherrer

Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Pia Reinacher, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Pearlie Frisch (*Assistentin*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rüeegger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Christine Lesnik (*Leitung Stil-Ausgaben*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Stailamedia

Tarife und Buchungen: Tel. 044 500 13 50,

info@stailamedia.com

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Dieselstrasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



1. RECHTEN DAUMEN AUFSETZEN

2. TEXT LESEN

Neulich am Abend. Ein Ehepaar in den Fünfzigern betritt das Restaurant. Sie setzen sich an ihren Tisch. Kurz darauf präsentiere ich Ihnen die Speise- und Getränkekarte. Ohne einen Augenblick zu zögern, bestellen sie eine der besten Flaschen des Hauses; einen Château Cheval Blanc für mehr als 2'500 Franken. Die Flasche wird aus dem Weinkeller geholt. Ich öffne und dekantiere sie ganz ruhig. Ohne Stress. Ich serviere den Wein wie es sich gehört. Der Herr degustiert zuerst. Sein wohlwollendes Nicken und Gemurmel deute ich als Zeichen der Zustimmung.

Danach serviere ich den edlen Tropfen behutsam in das Glas der Dame. Im selben Augenblick erspähe ich im Hintergrund eine wunderschöne Frau. Ihre Augen sind dezent geschminkt. Ein Eye-Liner betont diskret die Konturen, und formt zusammen mit einem Maskara

wunderschöne Bambli-Augen. Ihr Blick ist so bezaubernd, dass der eindrucklichste Sonnenuntergang der Welt mir wie billig durchdringt ein Schrei die angenehme Ruhe im Saal. Erschrocken schaue ich wieder an den Tisch des Ehepaars.

Die Frau am Tisch schäumt vor Wut. Was habe ich bloss gemacht? Oh Nein! Benommen realisiere ich, dass ich mehr als die Hälfte der Flasche auf sie geschüttet habe. Das war mein letzter Abend im Restaurant. Doch dank diesem Zwischenfall hatte ich das Vergnügen, zu erfahren, was ein Inserat bewirken kann.



Inserate bewegen.

Dieses Inserat macht Werbung für Werbung in Zeitungen und Zeitschriften. Der Verband SCHWEIZER MEDIEN schreibt dazu jedes Jahr einen Wettbewerb für junge Kreative aus. Dabei siegte auch diese Arbeit – kreiert wurde sie von Gaël Tran und David Moret, Werbeagentur Euro RSCG, Genf. www.das-kann-nur-ein-inserat.ch



SCHWEIZER MEDIEN
MÉDIAS SUISSES | STAMPA SVIZZERA | SWISS MEDIA

Schwäche

Bundesbern ist im Begriff, an den Säulen der Schweiz zu sägen. Von Roger Köppel

Das Land Nordrhein-Westfalen soll weitere CDs mit gestohlenen Schweizer Bankdaten für einen Millionenbetrag gekauft haben. Ob die Nachricht stimmt oder nicht, ist nicht von Belang. Der verantwortliche Finanzminister Norbert Walter-Borjans hat mehrfach bestätigt, dass er unbesehen der geplanten Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz weiterhin Datenhehlerei betreiben werde. Wie aus dem Bundeshaus zu erfahren ist, habe die Schweiz ihr Missfallen gegenüber der Berliner Regierung kundgetan.

Die Schweiz lässt sich vorführen. Der eigenen Bevölkerung und dem Parlament wurde eine Einigung verkauft, über die sich Teile der deutschen Politik nach Belieben hinwegsetzen. Der deutsche Oppositionsführer Sigmar Gabriel beschuldigt die Schweizer Banken der organisierten Kriminalität. Bis jetzt liegt gesichert erst eine Straftat vor: die Verletzung des Schweizer Bankkundengeheimnisses durch Datendiebe, die von deutschen Behörden bezahlt werden. Möglicherweise machte sich auch das Land Nordrhein-Westfalen des «wirtschaftlichen Nachrichtendienstes» schuldig. Dieser Straftatbestand, hervorgegangen aus dem sogenannten Spitzelgesetz von 1935, ist seit 1942 Teil der schweizerischen Rechtsordnung.

Vor ein paar Monaten donnerte Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf in einer «Arena»-Sendung des Schweizer Fernsehens, dass Verletzungen des Schweizer Bankkundengeheimnisses «knallhart» verfolgt werden müssten. Damals ging es um den Verdacht, Widmer-Schlumpfs unbequemer Gegenspieler Christoph Blocher könnte etwas mit der Weitergabe vertraulicher Bankdaten von Ex-Notenbanker Philipp Hildebrand an die *Weltwoche* zu tun gehabt haben. Noch wartet man vergeblich auf einen ähnlich beherzten Auftritt der Bundespräsidentin im Zusammenhang mit den von Deutschland bezahlten Datendieben.

Man beleidigt nicht die Partei, mit der man einen Vertrag abschliessen möchte. Umgekehrt: Wer sich von der Gegenpartei, mit der er einen Vertrag abschliesst, laufend vorführen und sogar beklauen lässt, zeigt ein jämmerliches Schauspiel der Schwäche. In den Steuerabkommen mit Deutschland geht es erst in zweiter Linie um Schwarzgeld und die Schweizer Banken. Es geht darum, wie weit die Schweiz ihre eigene Rechtsordnung auch gegen Widerstand und Angriffe verteidigt. Es geht darum,



Jämmerliches Schauspiel.

wie weit die Schweiz bereit ist, Einschränkungen ihrer eigenen Souveränität hinzunehmen, um den Wünschen anderer Staaten nachzukommen. Mit dem deutschen Steuerabkommen erklärt sich die Schweiz bereit, auf Druck von aussen die Rahmenbedingungen der eigenen Finanzindustrie zu schwächen.

Der frühere Firmenhistoriker der UBS Robert Vogler hat in einem bemerkenswerten, ausgezeichneten Essay für die *NZZ* untersucht, worauf der Erfolg des Schweizer Finanzplatzes beruht. Das Bankkundengeheimnis spielt gemäss Vogler eine wichtige Rolle, aber nicht als Selbstzweck oder gar als Tarnkappe für widerrechtliche Geschäfte. Das Bankkundengeheimnis ist vielmehr Bestandteil und Symptom einer Rechtsordnung, die den Bürger vor der Macht des Staates schützt. Die Banken in der Schweiz sind vor allem deshalb gross und stark geworden, weil sie auf den Säulen der Schweiz errichtet wurden. Laut Vogler: «Rechtssicherheit, das Verfolgen einer über Jahrzehnte erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die zur weltweit stärksten Währung führte, sowie ein liberales, unternehmerisch denkendes Umfeld einer Wirtschaft, die schon seit über 150 Jahren global vernetzt ist.»

In den letzten vier Jahren hat der Bundesrat Qualitäten des Standorts scheinbar über Bord geworfen. Rückwirkend wurden 2008 ausländische Kunden kriminalisiert, Bankdaten mit dem Segen von Bern ins Ausland verschoben. Wir haben schon damals geschrieben, dass diese selbstverschuldete Aufweichung der schweizerischen Rechtssicherheit eine der wichtigsten Grundlagen unseres Staates und damit unseres Wohlstands erschüttert. Der Tabubruch brachte eine Rutschbewegung in Gang, die weitere Standortvor-

teile in den Abgrund reisst. Die Regierung vermittelt den Eindruck einer Behörde, die sich leicht unter Druck setzen lässt und unter Druck Zugeständnisse offeriert ohne fühlbaren, ohne in Resultaten fassbaren Widerstand. Dass sich die Schweizer und die Deutschen in ihrem Steuerabkommen noch nicht einmal darauf verständigen konnten, was sie unter dem «aktiven» Erwerb «von entwendeten Kundendaten» verstehen, ist geradezu belegend.

Kleinstaat müssen in Konflikten immer auf dem Rechtsstandpunkt beharren. Also haben sie in Verhandlungen mit besonderer Akribie darauf zu achten, dass sie in wichtigen Punkten unmissverständlich durch das Recht geschützt werden. Genau dies ist im hochsensiblen Bereich des Datenklau nicht der Fall. Es bleibt ein Rätsel, warum der hochintelligente Chefunterhändler Michael Ambühl es nicht fertigbrachte, die Schweizer Interessen unmissverständlich festzuschreiben. Dass man sich mit einem Gummiparagrafen zufriedengab, der den Deutschen selbst nach Unterzeichnung des Abkommens alle Freiheiten lässt, auf gestohlene Bankdaten zuzugreifen, ist auch durch das verdienstvolle Bemühen von Ambühls PR-Abteilung, den Fehler schönzureden, nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Aus dem Finanzdepartement ist die Einschätzung zu hören, ein Absturz des Doppelbesteuerungsabkommens mit Deutschland sei kein Weltuntergang. Es würde die Unsicherheit erhöhen, und der Schweiz ginge es mit Abkommen besser als ohne, aber eine «Katastrophe» gebe es nicht, sollte der Vertrag nie unterzeichnet werden. Man staunt, dass ein Vertrag, für den sich der Bundesrat seit Monaten ins Zeug legt, in der verantwortlichen Behörde so lauwarm verteidigt wird.

Gemäss Abkommen würde die Schweiz es zulassen, dass die deutschen Steuerfahnder 1300 Stichproben machen dürften, um die Vertragstreue unserer Banken zu überprüfen. Wir wären bereit, enorm hohe Abgeltungssätze zu akzeptieren, mit dem wahrscheinlichen Risiko, dass zahllose Vermögende ihre Konten in die USA oder nach England verschieben würden. Die matten Begründungen aus dem Bundeshaus, der Vertrag sei nicht lebenswichtig für die Schweiz, wirft die Frage auf, warum wir ihn überhaupt unterzeichnen sollen.

Die Schweiz lebt von nichts so sehr wie von ihrem Ruf, ein stabiler Rechtsstaat zu sein, in dem die Grund- und Eigentumsrechte aller Menschen, woher sie auch immer kommen, nicht nur geschützt, sondern gegen aggressive Übergriffe aus dem Ausland auch verteidigt werden. Von dieser Stabilität und Berechenbarkeit haben über Jahrzehnte vor allem die Banken profitiert, die heute, politisch heftig bedrängt, für kurzfristige Erleichterungen langfristige Vorteile zu opfern bereit scheinen. Es ist eine verfahrenere Situation.



Medienhype: Pussy-Riot-Sängerin. Seite 45



Heisse Phase: Romney, Ryan. Seite 38



Bittschreiben: Widmer-Schlumpf. Seite 22



Zweites Gesicht: Hemingway. Seite 54

Kommentare & Analysen

5 Editorial

9 **Kommentar** «Image Problem» – ein Film voller Klischees

9 **Im Auge** Rihanna, Pop-Sirene

10 **Kommentar** Häusliche Gewalt ist ein Ausländerproblem

11 **Personenkontrolle** Bühner, Gaillard, Marchand, Blocher, Schawinski, Ordás, Beglinger, Vellacott, Chassot

11 **Nachruf** Dale C. Olson, Hollywood-Agent

12 Millionen unter dem Asphalt

Steuergeldvernichtung beim Bundesamt für Strassen (Astra)

14 **Die Deutschen** Zufall oder Planwirtschaft?

14 **Wirtschaft** Schöne neue 2000-Watt-Welt

15 **Ausland** Hilft Paul Ryan Amerika aus der Krise?

16 **Mörgeli** Erstaunliche linke Marktgläubigkeit

16 **Bodenmann** Eisenbahnsommer 2012

17 **Medien** Negativ-Hysterie vor den Olympischen Spielen

17 **Kostenkontrolle** 8,7 Millionen für grün gefärbte Hippomanie

18 **Grundbegriffe des Lebens** Schlaf – Serie von Linus Reichlin

20 **Leserbriefe** / Darf man das?

Hintergrund

22 Protokoll der Unterwerfung

Brief nach Brüssel: neue Konzessionen der Bundespräsidentin

24 **Dokumentation** Widmer-Schlumpfs Brief an Barroso

26 «Immer in der Defensive»

Gespräch mit Ex-WTO-Botschafter Luzius Wasescha

28 Tod im Gebärsaal

Fall einer wegen fahrlässiger Tötung verurteilten Chefärztin

30 Die verflixte Schweigespirale

ETH-Studie: Entpuppt sich die «grüne Wende» als Illusion, kann die Stimmung schnell wieder kippen

32 Angriff aufs Privateigentum

Vermögensabgaben, Erbschaftssteuern, Enteignungen: Weltweit greifen Staaten nach dem Eigentum ihrer Bürger

34 **Vermögen** Abc der Enteignung

35 **Essay** Thomas Minder hat recht

36 Im Nest der Anarchisten

Antiautoritäre wittern Morgenluft – Begegnung in St-Imier

38 Romney/Ryan: Saubermann und Falke

Blick hinter die Fassade des US-Präsidentenskandidaten

40 **Amerika** Vaters Versagen als Lehrstück

42 In den Ruinen des Paradieses

Varoscha in Zypern war bis 1974 ein Tourismusmagnet

45 **Russland** Pussy Riot liegen falsch

46 Altern in Pop und Würde

Tom Jones, Paul McCartney, Bob Dylan: Plötzlich sind die Rocker 70. Sind wir jetzt etwa auch von gestern?



«Der Mensch wird immer produktiver»: Swisscom-CEO Carsten Schloter. Seite 48

Interview

48 «Eine Welt ohne Geheimnisse»

Sollte man Kindern Computergames verbieten? Ist die Transparenz des Internets Segen oder Fluch? Swisscom-Chef Carsten Schloter blickt in die Zukunft

Stil & Kultur

52 Stil & Kultur Penélope Cruz, Filmstar

54 Bestseller

54 Der alte Mann und das Gewehr

Neu entdeckte Briefe zeigen den Weltliteraten Ernest Hemingway ungewöhnlich verletzlich und verzweifelt

57 Literatur Thomas Meyers Roman-Erstling ist eine Überraschung

57 Jazz Oliver Nelson and Eric Dolphy

58 Top 10

58 Kino «Le Prénom»

59 Fernseh-Kritik «Blind Date»

60 Namen Der rätselhafte Devisenhändler Urs E. Schwarzenbach

61 MvH Ich, der Unsoziale

61 Gesellschaft Das Eltern-Tabu

62 Die Besten Der Herr ergraut mit Stil

63 Thiel Auf dem Goldeselmarkt

63 Wein Réserve Grand Veneur Côtes du Rhône, Rosé 2011

64 Sport Die Wunderschuhe des Sprinters Usain Bolt

65 Auto BMW M5

66 Hochzeit Wiebke Neberich und David Khalil

Autoren in dieser Ausgabe

Matthias Rüb



Matthias Rüb, 50, ist Buchautor und langjähriger Washington-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. In seinem Beitrag analysiert er die Wahlchancen des republikanischen US-Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney nach der Wahl von Paul Ryan zu seinem Vize. Seite 38

Julian Schütt



Julian Schütt, 48, ehemaliger Literaturredaktor der *Weltwoche*, ist freier Journalist und Autor einer vielbeachteten Max-Frisch-Biografie. In dieser Ausgabe schreibt er über neu entdeckte Briefe, die eine bisher unbekannte Seite des amerikanischen Schriftstellers Ernest Hemingway zeigen. Seite 54



IMMOBILIENMARKT SCHWEIZ:

Welche Investments bringen echten Mehrwert für Anleger? Am 16.08.2012 finden Sie alle Fakten dazu in der WELTWOCHEN.

dp payoff

Peter Haas wird nicht ruhen, die besten Bedingungen für Leichtathletik-Stars wie Lisa Urech, Marc Schneeberger, Alex Wilson und Nicole Büchler zu schaffen.



Inspiration. Das verbindet uns mit dem Chef Leistungssport Swiss Athletics.

Peter Haas schafft mit Erfahrung und Know-how optimale Voraussetzungen für grossartige sportliche Erfolge.

Verständnis für die Situation unserer Kunden sowie Fachwissen und Engagement kennzeichnen auch unsere Qualität als Schweizer Bank.

Als starker Förderer der Leichtathletik in der Schweiz unterstützt UBS den UBS Kids Cup als grösstes Nachwuchsprogramm, verschiedene Laufveranstaltungen, Athletissima Lausanne, Weltklasse Zürich und die Nationalmannschaft.

Darum freuen wir uns, als internationaler Partner der Europameisterschaften 2014 in Zürich unser Schweizer Team auf dem Weg zu diesem einzigartigen Anlass begleiten zu dürfen.



Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/sponsoring

Land der Schwachköpfe

Eine Satire über das angebliche «Image Problem» der Schweiz sorgte am Festival Locarno für Aufsehen. Die Medien jubeln über das so dümmlische wie subventionierte Werk. *Von Rico Bandle*



Bünzli-Klischees: Szene aus «Image Problem».

Endlich habe auch die Schweiz ihren «Borat», wurde nach der Premiere von «Image Problem» am Filmfestival Locarno gejubelt. Gewisse Ähnlichkeiten mit dem Film des britischen Komikers Sacha Baron Cohen sind tatsächlich gegeben: Cohen reiste als Borat durch die USA, gab realen Personen vor, einen Dokumentarfilm fürs kasachische Fernsehen zu drehen, um sie und vor allem auch sich selbst der Lächerlichkeit preiszugeben. Bei «Image Problem» reisen Simon Baumann und Andreas Pfiffner durch die Schweiz und suchen Darsteller für einen angeblichen Image-Film über die Schweiz.

Hier hören die Parallelen bereits auf. Während Cohen regelmässig die Grenzen des guten Geschmacks auslotet, sich über Juden oder Feministinnen lustig macht und sich dabei vor allem selbst blossstellt, beschränken sich Pfiffner und Baumann darauf, andere als rassistische und egoistische Schwachköpfe darzustellen. Die beiden fahren in ländliche Einfamilienhausquartiere, richten die Kamera auf Gartenzwerge und Geranienkisten und wenden sich bevorzugt an ältere Herren mit Bierbauch und Schnauz. Sie wollten mit einem Film das Image der Schweiz im Ausland retten, sagen sie jeweils den Leuten, die dann mehr oder weniger bereitwillig als «gute Beispiele» vor die Kamera treten.

Der Film wolle «amüsant und mit eigenwilligen Mitteln den Mangel an Solidarität und

die zunehmende Fremdenfeindlichkeit im Kleinstaat Schweiz» entlarven, so der Eigenbeschrieb. Die beiden suchen so lange, bis sie tatsächlich Leute finden, die über Schwarze herziehen oder Sprüche über Hitler machen. Und wenn die Leute vor der Kamera doch nicht fremdenfeindlich sind, so versuchen sie sie mit suggestiven Mitteln zu verfänglichen Aussagen zu verleiten. Allen Bünzli-Klischees gerecht zu werden, soll «amüsant» und «entlarvend» sein? Entlarvend höchstens, was die Einfältigkeit der Filmemacher betrifft.

Wie eine Gratis-Bratwust für Vegetarier

Satire funktioniert nur dann, wenn auch der Satiriker bereit ist, Risiken einzugehen. Baumann und Pfiffner sind es nicht. Sie bleiben hinter der Kamera, man hört nur ihre Stimmen. Die beiden geben sich als naive Schweiz-Retter aus, ohne sich je in eine Situation zu bringen, bei der sie sich selbst der Lächerlichkeit preisgeben könnten. Man kann dies als Schweizer Zurückhaltung interpretieren, es ist in dieser Situation aber eher Feigheit – genau das Gegenteil eines Borat.

Die beiden Filmemacher bedienen sich desselben Prinzips wie die Dokumentarfilmer des Schweizer Fernsehens, wenn sie einen Film über die «SVP-Schweiz» oder über die Einwohner

»» Fortsetzung auf Seite 10

Blaue Dose



Rihanna, Pop-Sirene.

Nicht sehr gut ausgesehen hatte Rihanna, eigentlich Robyn Rihanna Fenty, vor drei Jahren auf einem Foto, das bei den Gerichtsakten lag: ein blutiges, zerbeultes, blau unterlaufenes Gesicht. Ihr cholerischer Freund, der Rapper Chris Brown, darf sich ihr seither nur noch bis auf 45 Meter nähern.

Zu wenig Niveau für Nivea? Dreizehn Tattoos, darunter Drachenkralen und Pistolen, schmücken ihre zimtfarbene Haut, die sie für Nivea zu Markte trug, vom Knöchel bis hinter die Ohren. Das *bad girl* wirkt mit blühenden 24 zu sexy für die weisse Schönheitscreme, die letztes Jahr hundert wurde und nebst Milch und Honig als Hausrezept für die Haut unserer Mütter, Gross- und Urgrossmütter galt. Zu wild für ein Kosmetikprodukt, das «für Vertrauen, Familie und Sicherheit steht», wie Stefan Heidenreich, 49, neuer Chef und Brand-Hüter der Herstellerfirma Beiersdorf, ihren Hinauswurf als Markenbotschafterin begründet.

Rihanna informiert die Welt als Kontakt-Junkie alle fünf Minuten über ihr Inneres und Äusseres und konterte mit einem Bild Heidenreichs, ohne Text: kantiger Kopf mit Bürstenfrisur, ein West-Point-Typ. Hier zur Ergänzung: Surfer und Segler, geboren in Kiel, steuergünstig und mit Schweizer Pass am Ägerisee logierend und während fünfzehn Jahren CEO bei Hero in Lenzburg, die Konserven und Babynahrung verkauft.

Die Pop-Nachtigall hält den Rekord an Nummer-1-Hits seit den Beatles und wirbt weiterhin für Armani, Gucci, Nike, Procter & Gamble. Entlassen werden Celebrity-Schönheiten in der Regel, wenn auch die Produkte, für die sie werben, nicht mehr helfen, oder wenn sie sich beim Koksen fotografieren lassen wie Kate Moss, die von H&M den Laufpass erhielt. Der blaue Brief von der blauen Dose kostet Rihanna schätzungsweise 25 Millionen Dollar, aber gerade hat sie einen Vertrag als touristische Botschafterin ihrer Heimat Barbados unterschrieben. Ihr aufwühlendes Problem scheint der 45-Meter-Zwangsabstand zu Chris zu sein. Sie fühle sich ihm wieder ganz nahe, zwitschert sie.

Peter Hartmann

eines Dorfes machen, die sich gegen ein Asylzentrum wehren: Man holt einfache Leute vom Land vor die Kamera, stellt ihre Sorgen als reines Hirngespinnst, als «diffuse Ängste» dar und bedient so das Klischee des rückständigen, latent rassistischen Landvolks. Bei «Image Problem» hat man das Prinzip nach zwei Minuten begriffen, einigermaßen gute Szenen hat es im ganzen Film maximal zwei oder drei. Aus diesem dürftigen Stoff, der bei «Giacobbo/Müller» einen Einspieler von drei Minuten hergeben würde, machen Baumann und Pfiffner nicht enden wollende 92 Minuten.

«Image Problem» ist eine vertane Chance. Nicht nur wegen der Subventionen des Bundes, des Kantons Bern, des Schweizer Fernsehens und der grossartigen Plattform am Filmfestival Locarno. Auch inhaltlich hätte der Stoff durchaus Potenzial gehabt. Im zweiten Teil formulieren die Filmemacher einen Brief an «die Ausländer», in dem sie sich im Namen der Schweiz für die «Ausbeutung der Dritten Welt», die Machenschaften von Banken, Rohstoffkonzernen entschuldigen, ja sogar dafür, dass die Schweiz nicht in der EU sei.

Der ganze Reichtum der Schweiz, so der Inhalt des Entschuldigungsbrieft, basiere auf Ausbeutung, darauf, dass man ändern etwas weggenommen hat. Die ad absurdum geführte Busshaltung gehört zu den besseren Ideen in «Image Problem». Doch auch hier bleiben die Filmemacher im gänzlich risikofreien Bereich. Sie fragen anonyme Glencore-Mitarbeiter und Villenbesitzer an der Goldküste, ob sie den Brief laut vorlesen. Dass sie dabei nur auf Ablehnung stossen, ist etwa so überraschend wie ein Vegetarier, der sich einer Gratis-Bratwurst verweigert. Weshalb haben sie nicht den Historiker Georg Kreis, der ebenfalls im Film vorkommt, oder den Vertreter der Erklärung von Bern gefragt, ob sie den überdrehten Entschuldigungsbrief vorlesen? Also jene, die es sich zum Geschäftsmodell gemacht haben, die Schweiz für das gesamte Elend der Welt verantwortlich zu machen? Oder gar Bundesrätin Simonetta Sommaruga? Doch dazu wäre etwas vonnöten gewesen, was den Filmemachern gänzlich abgeht: ein Anflug von Mut.

Trotzdem stösst der Film auf viel Wohlwollen – im eigenen Milieu. Die «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens bezeichnete ihn als «eines der Glanzlichter am Filmfestival Locarno» – das Schweizer Fernsehen ist Koproduzent des Films. Die Sendung «Kulturplatz» befragte nach der Premiere einige Besucher nach ihrer Meinung: Fast alle geben sich begeistert. Nur ein älterer Zuschauer, notabene ein Deutscher, wagte die Wahrheit auszusprechen: «Ein dümmlicher Film von dümmlichen Filmemachern für dümmliche Schweizer.»

Image Problem: Ein Film von Simon Baumann und Andreas Pfiffner. Ab 20. September im Kino

Kommentar

Feige Vorbilder

Von Peter Keller — Bei häuslicher Gewalt ist der Täter in der Regel Ausländer. Der Befund überrascht nicht. Darüber wird politisch korrekt geschwiegen.

Fast vier Monate moderte die Studie vor sich hin, bis der *Tages-Anzeiger* die Ergebnisse mit einem Satz zusammenfasste: «Häusliche Gewalt ist mehrheitlich ein Ausländerproblem.» 2800 Fälle hatte die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt der Zürcher Justizdirektion untersucht und am 19. April präsentiert. Mit eindeutigen Fakten: Bei 57,2 Prozent der erfassten Fälle ging die Gefährdung von Personen mit Migrationshintergrund aus (23,3 Prozent Bevölkerungsanteil). Überdurchschnittlich ist der Anteil von Muslimen mit 20,3 Prozent. Nur in 5 Prozent aller Fälle wurde die häusliche Gewalt durch Frauen begangen. In der Regel ist der Täter also ein Mann mit Migrationshintergrund.

Handlungsbedarf beim Datenschutz

Die Ergebnisse dieser breit angelegten Studie sind nicht wirklich überraschend. Das Täterbild deckt sich mit anderen Kriminalstatistiken. Ebenso wenig überraschend ist das Schweigen der Opfer-Organisationen zu diesem Bericht. Zwar möchte man der Macho-Kultur per Gesetz den Riegel schieben; dass diese aber mehrheitlich importiert ist, wird unter den Teppich gekehrt. Wer jedoch eine wesentliche Wurzel eines Missstandes aus politischer Feigheit verschweigt, macht sich zum Komplizen der Täter – und wirkt in fataler Weise als



Teufelskreis: Gewalt in der Ehe.

negatives Vorbild: Denn es braucht gerade eine grosse Portion Mut, dass eine Frau aus diesem Teufelskreis von Bedrohung und Abhängigkeit ausbricht und es wagt, ihren Mann der häuslichen Gewalt zu bezichtigen.

Dass die Macho-Kultur mehrheitlich importiert ist, wird unter den Teppich gekehrt.

Der Kanton Zürich verfügt seit dem 1. April 2007 über ein Gewaltschutzgesetz. Das Parlament wollte damit polizeirechtliche Schutzmassnahmen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt ermöglichen, «wenn eine Person in einer bestehenden oder einer aufgelösten familiären oder partnerschaftlichen Beziehung in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität verletzt oder gefährdet wird». Bisher mussten die Behörden bis zur eigentlichen Eskalation zuwarten, um beispielsweise ein Kontaktverbot verhängen zu können. Das Gewaltschutzgesetz erlaubt nun Massnahmen bereits bei der Androhung von Gewalt oder bei mehrmaligem Belästigen, Auflauern oder Nachstellen.

In der Theorie kann das Gewaltschutzgesetz durchaus überzeugen. Allerdings sind die neuen Befugnisse der Polizei nur sehr eingeschränkt wirksam, da der herrschende Datenschutz vor allem als Täterschutz interpretiert wird. Die von der Zürcher Justizdirektion beauftragte Arbeitsgruppe sieht deshalb genau in diesem Bereich «dringenden Handlungsbedarf»: Die kantonalen Bestimmungen würden die Zusammenarbeit von Behörden und Organisationen im Kampf gegen Gewalt im Einzelfall «erheblich erschweren». Aktuell hat die Polizei keinen Einblick in das Strafregister und kann somit auch nicht eruieren, ob eine Person bereits schon einmal im häuslichen Rahmen gewalttätig geworden ist. Das ist umso bedenklicher, als in jedem zehnten Fall im Kanton Zürich ein Kind direkt von der Gewalt betroffen ist und sogar in 75,2 Prozent aller Fälle physische Gewalt im Spiel war.

Der Bericht öffnet den Blick in Abgründe: Morddrohungen (40,2 Prozent), Waffen (18,6 Prozent), Würgen (16,2 Prozent) gehören offenbar zum üblichen Repertoire der Täter. Wer da noch den Datenschutz vorschiebt oder aus politischer Korrektheit den Zusammenhang von Gewalt und Migration verschweigt, disqualifiziert sich selber.

Personenkontrolle

Bührer, Gaillard, Marchand, Blocher, Schawinski, Ordás, Beglinger, Vellacott, Chassot

Auf dem Boden der Eidgenossenschaft wächst Hanf. Besucher des Restaurants «La Terrasse» (16 Gault-Millau-Punkte) im bundeseigenen Berner Hotel «Bellevue Palace» wundern sich immer wieder über die mannshohen Hanfstauden, die auf der Terrasse über der Aare eindrucksvoll gedeihen. Hoteldirektor **Urs Bührer** weist Verdächtigungen, er baue für seine Kunden neben dem Bundeshaus illegale Drogen an, weit von sich: «Es handelt sich um Zierhanf, der nicht konsumiert werden kann. Überdies stehen die Pflanzen in der Nichtraucherzone.» Das Präsidium der Bellevue-Palace Immobilien AG, der Grundstück und Gebäude gehören, war stets eine Domäne des Direktors der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV). Nachdem EFV-Chef **Fritz Zurbrügg** ins Direktorium der Nationalbank gewählt wurde, rückt nun aber nicht sein Nachfolger **Serge Gaillard** auf diesen Posten, sondern **Gustave Marchand**, Direktor des Bundesamtes für Bauten und Logistik (BBL). SP-Mann Gaillard wird nur gewöhnlicher Verwaltungsrat des Nobelhotels. (upe)



Die Pflicht ruft: SVP-Senior Gerhard Blocher.

Gerhard Blochers Gedanken zum Thema «Pflicht und Neigung» sind schweizweit bekannt, seit der Pfarrer im Ruhestand und Ex-Gemeindepräsident der Schaffhauser Gemeinde Hallau dem Schweizer Fernsehen folgendes Gleichnis präsentierte: Der Rhein frage sich nicht, ob er den Rheinfall hinunterstürzen wolle. «Er muss einfach.» Trotzdem fragte vor einiger Zeit die Senioren-Sektion der kantonalen SVP Gerhard Blocher an, ob er nicht «Interesse» habe, auf der Parteiliste für den Kantonsrat zu kandidieren. Interesse habe er keines, beschied er dem Emissär. Dieser wollte bereits geschlagen davonziehen, als Blocher ihm das Rheinfall-Gleichnis vortrug. Ergebnis: Blocher muss. Am 27. August muss er nun auch als Gast zu **Roger Schawinski** ins Schweizer Fernsehen. (fsc)



Im Boot: Cleantech-Missionarin Chassot.

Der Ende 2010 entstandene «Masterplan Cleantech», der den ökologischen Umbau der Schweizer Wirtschaft beabsichtigt, ist ursprünglich ein gemeinsames Kind von **Moritz Leuenberger** (SP, ehemals Uvek) und **Doris Leuthard** (CVP, ehemals EVD). Leuthards Nachfolger als Volkswirtschaftsdirektor, Bundesrat **Johann Schneider-Ammann** (FDP), hat sich des Stiefkindes nun fürsorglich angenommen und einen «Beirat Cleantech» einberufen. Mit dabei: Cleantech-Lobbyist **Nick Beglinger**, WWF-CEO **Thomas Vellacott** und die Präsidentin der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, **Isabelle Chassot**, die für die Verbreitung des Cleantech-Gedankens in der Volksschule zuständig sein dürfte. Der Vollständigkeit halber erwähnt sei, dass auch **Economiesuisse** und der Schweizerische Gewerbeverband mit im Boot sind. (fsc)

Der Basler SP-Mann **Daniel Ordás** wurde von der Zeitung *Tageswoche* schon als der «heiterste und frechste linke Politiker in Basel» bezeichnet. Um am 28. Oktober in den Grossen Rat gewählt zu werden, buhlt er um jede Stimme: «Liebe SVP-Wählerschaft, ich liebe Fondue und kann jassen», schreibt Ordás auf Facebook. Und weiter: «Liebe Grüne-Wählerschaft, ich habe ein Velo», «Liebe Grünliberale-Wählerschaft, mein Velo war teuer», «Liebe Bastal-Wählerschaft, unter dem Anzug trage ich ein Ché-T-Shirt», «Liebe FDP-Wählerschaft, über dem Ché-T-Shirt trage ich einen Anzug», «Liebe CVP-Wählerschaft, zur Not dusche ich auch mit Doris», «Liebe BDP-Wählerschaft, auch ich habe keine Chance». Und an die Genossen gerichtet: «Liebe SP-Wählerschaft, es reicht schon, wenn ihr mich nicht streicht.» (aku)



Duschen mit Doris: SP-Mann Ordás.

Nachruf



Hansdampf Hollywoods: Agent Olson.

Dale C. Olson (1934–2012)—Er war der Hansdampf Hollywoods. Schon als Schüler wuselte er um die Kinos herum, um an Freikarten zu kommen, und er schrieb in der Schülerzeitung. Als der Filmethusiast aus Fargo (North Dakota) nach Hollywood zog, bot er der *Daily Variety* seine Dienste an und breitete sich bald auch in anderen Publikationen mit Kolumnen, Reportagen und zum Teil frechen Texten aus. Seine selbstbewussten Beurteilungen von Stars führten zu einer Anstellung bei Rogers & Cowan, einer Marketing-Firma, die viele Stars vertrat. Olson wurde zur führenden Figur, die die Werbetrommel für jene Werke rührte, in denen er die Finger hatte; etwa «In the Heat of the Night» (1967) oder «Rocky» (1976).

Im Lauf der Jahre baute er seinen Einfluss auf die Schauspieler, die er vertrat, massiv aus. So geht es auf sein Konto, den Hollywood-Star der 50er und 60er Jahre, Rock Hudson, überredet zu haben, seine Aidserkrankung öffentlich zu machen. Leicht war das nicht, Hudson gehörte noch zu jener Generation, die nichts öffentlich machte, was von den Studio-Bossen nicht absegnet war. Olson war mit seinem mutigen Schritt gewissermassen ein Vorreiter der «Agenten-Macht». Olson war der Erste – 1985 gründete er seine eigene Firma –, der nicht nur Verträge aushandelte, sondern fast wörtlich die Kontrolle über seine Klienten übernahm. Was früher der Studioboss war, ist heute der Agent. Olson schrieb zahlreiche Bücher über Hollywood, seine gewaltigen Dinner-Partys waren legendär. Olson verstarb vergangenen Donnerstag an Leberkrebs. *Wolfram Knorr*

Kreis der Eingeweihten

Das Bundesamt für Strassen (Astra) bastelt seit Jahren an einem elektronischen Informationssystem. Obwohl Dutzende Millionen Franken ausgegeben wurden, funktioniert es bis heute nicht einwandfrei. Grossaufträge erhält eine Firma, die Amtschef Rudolf Dieterle früher leitete. *Von Philipp Gut*



Lockerer Umgang mit Steuergeldern: Astra-Direktor Dieterle.

Rudolf Dieterle will mehr Geld. Der Direktor des Bundesamtes für Strassen (Astra), Herr über die Schweizer Autobahnen, fordert von den Automobilisten regelmässig höhere Abgaben und Steuern. «Pro 10 Franken Preiserhöhung werden Mehreinnahmen von rund 70 Millionen Franken generiert», rechnete er im *Sonntag* mit Blick auf die Vignette vor. «Die Erhöhung der Mineralölsteuer ist eine Möglichkeit», sagte er der *Automobilrevue*. «Wir benötigen bis 7 Rappen mehr pro Liter Benzin», beschied er der *Sonntagszeitung*.

Laut dachte Dieterle auch über die Einführung des sogenannten Road-Pricings nach, also über eine neue, kilometerabhängige Abgabe für die Strassenbenützung. Es gibt kaum ein Medieninterview aus den letzten Jahren, in dem Dieterle nicht fantasievoll nach neuen Möglichkeiten fahndete, das Strassenbudget aufzustocken.

Während der Astra-Chef den Autofahrern tiefer in die Tasche greifen will, gehen er und sein Amt mit Steuergeldern allerdings eher locker um. «Mit jeder Tankfüllung bezahlt man die Leerläufe im Astra», sagt ein Insider.

Mehrkosten in Millionenhöhe

Im Zentrum der Kritik steht das sogenannte Misra-System, das dem Astra ein ähnliches Informatikproblem beschert wie das Projekt «Insieme» der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Unter dem Namen «Management-Informationssystem Strasse und Strassenverkehr (Misra)» will das Astra sämtliche Daten zu Strassenzustand, Verkehrsaufkommen, Unfällen et cetera digital erfassen und grafisch darstellen. Das Grossprojekt läuft bereits seit zehn Jahren, 2013 hätte es gemäss ursprünglicher Planung abgeschlossen sein sollen. Doch es zeichnet sich ab, dass der Zeitplan nicht ein-

gehalten wird. «Nicht angefangen», heisst es in einer aktuellen Übersicht über das Projekt und dessen Umsetzungsschritte in zahlreichen Teilbereichen. Die Verspätung wird laut Astra Jahre betragen – wenn Misra überhaupt je wie beabsichtigt funktionieren wird. Und die Kosten türmen sich. Ende 2011 hatte das Projekt bereits 45 Millionen Franken verschlungen. Bis zum Abschluss würde es «einige Millionen Franken mehr kosten», sagte Astra-Sprecher Thomas Rohrbach kürzlich der *Berner Zeitung*. Wahrscheinlich sind gemäss Astra-Kennern Mehrkosten im zweistelligen Millionenbereich.

Die Probleme mit dem Misra-System sind teilweise bekannt; weniger bekannt ist die Rolle, die Astra-Direktor Rudolf Dieterle dabei spielt. Der studierte Bauingenieur ETH ist seit 2003 im Amt, doch seine Verwicklung in den Fall begann schon früher. Das ehrgeizige Mis-

tra, muss man wissen, ist ein Folgeprojekt älterer Datenerfassungssysteme, «Strada-DB» und «Kuba» genannt. Schon diese Vorgängersysteme, die durch Mistra ersetzt werden sollten, funktionierten nie einwandfrei. Auch sie waren und sind bis heute eine ewige, Geld und Arbeitskräfte verschlingende Baustelle. Reihenweise mussten sogenannte Reviews und Audits durchgeführt werden, weil beide Projekte erhebliche Mängel aufwiesen.

Prüfbericht forderte 23 Massnahmen

Ein externer Prüfbericht kam bereits 1998 zu einem niederschmetternden Urteil. Die «Wirtschaftlichkeit» sei nicht gegeben, die Projektorganisation funktioniere «führungs- und kapazitätsmässig nicht optimal», und sie hänge «allzu stark von externen Experten ab», hiess es in dem Bericht. Um die Missstände etwas zu lindern, wurden nicht weniger als 23 «Massnahmen» vorgeschlagen.

Liest man in den alten Akten, staunt man: Die damals beschriebenen Probleme gleichen denen von heute aufs Haar. Offensichtlich hat man wenig bis nichts hinzugelernt. Externe Experten haben auch bei Mistra in zentralen Positionen die Finger im Spiel. Die Bande zwischen internen und externen Fachleuten sind im Astra so eng, dass oft nicht erkennbar ist, wo die Grenzen verlaufen.

Die engsten Verflechtungen bestehen dabei mit der Firma Techdata AG mit Hauptsitz in Bern – eine Unternehmung, der Amtschef Dieterle persönlich und biografisch verbunden ist. Der heutige Astra-Direktor war zunächst Geschäftsleiter und dann während mehr als zehn Jahren Delegierter des Verwaltungsrates und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Techdata AG. Für das Astra führte und führt die Firma bereits die Geschäftsstellen der Strada- und der Kuba-Datenbank. Und obwohl beide mehr schlecht als recht funktionieren, wurde Techdata auch mit der Projektleitung von Mistra betraut – ein Millionenauftrag von Dieterle just an jene Firma, die er selber während Jahren geführt hatte.

Es ist ein ebenso raffiniertes wie lukratives Geschäftsmodell: Als Techdata-Chef baute Dieterle die Beziehungen zum Bund auf und holte er Aufträge von diesem – jetzt, als Astra-Chef, leitet er Aufträge an Techdata zurück. Was er damals drüben einfädelt, führt er heute hüben weiter. Man ist unter sich.

Das zeigt auch ein interessanter Eintrag auf der Website der Techdata AG. Dort werden «Mistra» sowie «Strada und Kuba» als «Spezialgebiete» der Firma angepriesen. Tatsächlich haben sich Dieterles ehemalige Kollegen im Astra regelrecht eingenistet. An zentralen Schaltstellen des Mistra-Projekts sitzen Techdata-Mitarbeiter. Ein Blick auf das Organigramm zeigt: Zuerst fungiert der Amtsdirektor als «Auftraggeber», während mehrere Techdata-Kader beratend und koordinierend

zur Seite stehen. Es gibt drei externe Geschäftsstellen des Mistraprojekts – und in allen drei sitzen Techdata-Leute.

Kopf des Ganzen ist die sogenannte Geschäftsstelle Mistra GS 1. Sie ist, gemäss Astra-eigenen Angaben, «verantwortlich für die administrative Unterstützung der Gesamtprojektleitung und für das Gesamtsystem». Leiter der Geschäftsstelle ist Urs Schneeberger, hauptberuflich Geschäftsleiter und Delegierter des Verwaltungsrats der Techdata AG. Schneeberger besetzt mithin jene Position bei Techdata, die der heutige Astra-Chef Dieterle bei der Bau- und Projektmanagementfirma innegehabt hatte. Stellvertretender Leiter der zentralen Mistra-Geschäftsstelle ist Jean-Pierre Bolli, ebenfalls Mitglied der Techdata-Geschäftsleitung. Bolli leitet überdies die Geschäftsstelle GS 3, und sein Stellvertreter Jacques Perret kommt ebenfalls von der Techdata AG. Und schliesslich ist Techdata auch bei der dritten Mistra-Geschäftsstelle als «Subunternehmer» beschäftigt.

«Mit jeder Tankfüllung bezahlt man die Leerläufe im Astra», sagt ein Insider.

Ein weiteres Indiz für die symbiotische Beziehung zwischen Dieterles heutigem und früherem Arbeitgeber ist die Tatsache, dass Techdata das Astra auch im Bereich des «Ausschreibungsmanagements» zu seinen Kunden zählt. Das heisst: Die Firma übernimmt die Organisation und Abwicklung der aufwendigen und komplizierten Ausschreibungsverfahren für das Bundesamt.

Mit den hautengen Beziehungen zum Astra hat sich die Techdata AG eine hervorragende Ausgangslage geschaffen, um auch bei künftigen Ausschreibungen in der Pole-Position zu stehen. «Die externen Büros eignen sich grosses Fachwissen an und sind somit für die Nachfolgeprojekte gesetzt», sagt ein Astra-Insider. Der Fall Astra/Techdata ist ein anschauliches Beispiel dafür.

Die Abläufe wiederholen sich: Die regelmässig berücksichtigten Unternehmen, die im Bundesamt ein- und ausgehen und nicht nur aus früheren Aufträgen Vorwissen besitzen, sondern auch frühzeitig informiert sind, wenn neue Ausschreibungen anstehen, sind gegenüber jenen Firmen, die nicht zum engsten Zirkel gehörten, in praktisch uneinholbarem Vorsprung.

Diese «Klüngelwirtschaft», so eine Astra-interne Quelle, habe Auswirkungen auf die Kosten. «Es gibt keine wirkliche Konkurrenz, was sich auf die Preise niederschlägt», sagt der Insider. Sein Fazit ist eher düster: «Strada DB hat Millionen gekostet, nie richtig funktioniert, wurde in der Deutschschweiz nur wenig eingesetzt und hat letztlich Schiffbruch erlitten.

Deshalb wurde Mistra ins Leben gerufen. Statt aber die Lehren aus dem Strada-DB-Debakel zu ziehen, hat man einfach alle Fehler wiederholt – aber «professioneller» und teurer.»

Diesem Urteil ist wenig entgegenzusetzen. Auch von politischer Seite wurden die Probleme nie richtig angegangen. Die Schwierigkeiten mit den Strasseninformationssystemen dauern mittlerweile Jahrzehnte. Das zeigt ein Blick zurück: Schon 1996 und 1999 wollte der damalige CVP-Nationalrat Peter Baumberger vom Bundesrat in zwei parlamentarischen Anfragen wissen, was er gegen die Misswirtschaft im Astra zu unternehmen gedenke. Das «seit vielen Jahren in Arbeit befindliche Informatikwerk Strada-DB», so schrieb Baumberger Mitte der 1990er Jahre, sei «zwar teuer, aber wenig hilfreich». Viel hilfreicher ist das System bis heute nicht geworden, aber viel teurer.

Dieterle: keine «persönlichen Interessen»

Das hat auch mit der mangelnden Fehlerkultur beim Bund zu tun. Der Bundesrat wischte die berechtigten Bedenken des CVP-Politikers weg und weigerte sich, Konsequenzen zu ziehen. «Es sind keine Verantwortlichkeiten im Sinne von klaren Fehlleistungen festgestellt worden», schrieb die Regierung auf die Eingabe Baumbergers von 1999. «Insgesamt», so der Bundesrat, «zeigten sich aber die gleichen Schwierigkeiten wie bei anderen grossen Informatikprojekten innerhalb der Bundesverwaltung.» Das ist dreizehn Jahre her, geändert hat sich, wie der Fall Mistra zeigt, kaum etwas.

Während Steuerzahler und Automobilisten Jahr für Jahr für das Missmanagement im Astra aufkommen, verdienen sich einige wenige auserwählte Firmen eine goldene Nase. «Der Kreis der Ingenieurbüros, die das Astra beraten, ist relativ klein, und alle kennen alle», sagt der erwähnte Insider. Keiner tue dem andern weh. Aufträge halte man sich gegenseitig zu. Und Preisabsprachen seien «an der Tagesordnung», sagt der Astra-Kenner.

Zum Kreis der Profiteure gehört die Techdata AG. Allein für die Führung der Mistra-Geschäftsstellen hat sie bis Ende letzten Jahres 9 Millionen Franken kassiert, wie Astra-Sprecher Thomas Rohrbach auf Anfrage der *Weltwoche* sagt. Für die nächste Phase des Endlosprojekts (bis 2017) sind weitere vier Millionen Franken budgetiert. Wie viele Millionen die Techdata AG für ihre Dienste seit dem Amtsantritt von Rudolf Dieterle vom Astra insgesamt erhalten hat, konnte Sprecher Rohrbach bis Redaktionsschluss nicht ermitteln.

Die Befürchtung, dass der Anschein einer persönlich und biografisch bedingten Bevorzugung der ehemaligen Firma des heutigen Amtschefs entstehen könnte, teilt das Astra nicht. Seit seinem Austritt bei der Techdata AG, so Astra-Sprecher Rohrbach, sei «Herr Dieterle frei von Verpflichtung und persönlichen Interessen dieser Firma gegenüber». ○

Soll verfehlt

Von Henryk M. Broder — Wer den Zufall ausschalten will, praktiziert lieber Planwirtschaft.



Die Deutschen haben ein Verhältnis zum Zufall wie die Griechen zum Steuerzahlen. Seit sie vom Ausgang des Ersten und Zweiten Weltkriegs kalt erwischt wurden, wol-

len sie auf Nummer sicher gehen. Obwohl die Erfahrung eigentlich dagegen spricht. Der berühmte Satz des damaligen Arbeitsministers Norbert Blüm (CDU) aus dem Jahre 1986 – «Die Rente ist sicher!» – provoziert heute nur noch Lacher. Wie weit freilich das Verlangen nach «Planungssicherheit» geht, macht ein «Papier» klar, das letzte Woche, kurz vor dem Ende der Olympischen Spiele, eher zufällig bekannt wurde. Es ist eine Art Abkommen zwischen dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), den einzelnen Sportverbänden und dem für die Sportförderung zuständigen Bundesinnenminister, in dem festgeschrieben wurde, wie viele Medaillen die deutschen Athleten bei der Londoner Olympiade gewinnen sollten. Insgesamt (86) und in den einzelnen Disziplinen: Boxen 2, Fechten 4, Judo 4, Reiten 5, Schiessen 5, Schwimmen 8 – und so weiter.

Natürlich wurden die «Zielvereinbarungen» nicht erreicht, auch deutsche Leistungssportler sind nur Menschen, die mal besser und mal schlechter kämpfen. So blieb den Sportfunktionären am Ende des «härtesten Wettbewerbs aller Zeiten» nichts anderes übrig, als die Peinlichkeit schönzureden. Die Mannschaft habe «mehr Medaillen als in Peking» 2008 gewonnen. Und: «Die Zielvereinbarungen waren nie als Prognose zu verstehen oder gar als Medaillen-Planwirtschaft.»

Damit hatte der Präsident des Olympischen Sportbundes zugegeben, was er verneinen wollte. Es war Planwirtschaft in reiner Form, wie sie auch in der DDR praktiziert wurde, in der Wirtschaft ebenso wie im Sport, was unter anderem dazu geführt hat, dass auch mehr als zwanzig Jahre nach dem Untergang der DDR einige Weltrekorde, die von DDR-Sportlern erzielt wurden, noch immer Bestand haben.

Nun stellt sich die Frage: Wenn sich die BRD durch Zielvorgaben im Sport ein Beispiel an der DDR nimmt, was wird dann mit den Sportlern passieren, die das Plansoll nicht erreicht haben? Dürfen sie nicht mehr ins Ausland reisen? Müssen sie wieder acht Jahre auf einen Trabi warten? Bekommen sie eine zweite Chance? Am besten bei der Zuckerrohrernte in Kuba.

Schöne neue 2000-Watt-Welt

Von Silvio Borner — Die Politik hat eine Obsession für Zahlen. Alles Mögliche wird begrenzt, gedeckelt, festgelegt. Hält der Trend an, muss man sich bis 2050 auf einiges gefasst machen.

Bekanntlich ärgern wir uns über die Deutschen, die damit drohen, die Anzahl Anflüge nach Kloten über deutsches Gebiet zahlenmässig zu beschränken. Dabei ist die Fixierung auf quantitative Ziele eine schweizerische Spezialität. Wir sind wohl Weltmeister in der gesetzlichen Verankerung von politischen Limiten für fast alles und jedes. Unsere Flughäfen haben restriktive «Ladenschlusszeiten», und pro Jahr sollten nur 685 000 LKW den «heiligen St. Gotthard» passieren dürfen. Gerade Zürich, das die Limitierung der Flugbewegungen besonders bekämpft, hat sich pionierhaft der 2000-Watt-Gesellschaft verschrieben. Das Stimmvolk hat kürzlich den Zweitwohnungsbestand auf 10 Prozent pro Gemeinde beschränkt und die Zahl der Minarette auf null gesetzt. Wenn das so weitergeht, prognostiziere ich für das Jahr 2050 folgende Fortschritte in der Quantenpolitik:

Die 2000-Watt-Gesellschaft wird komplettiert durch eine 2000-Kalorien-Tagesration sowie eine 2000-Quadratdezimeter-Wohnfläche pro Person. Jede Wohnung darf nur noch zwei Steckdosen aufweisen, und analog zur chinesischen Ein-Kind-Politik werden pro Haushalt nur noch ein Kühlschrank, ein Tiefkühler, ein Staubsauger, ein TV und ein PC zugelassen. Sämtliche Alpendurchstiche für Autos haben nur zwei Fahrspuren. Das Rauchen ist nur auf über 2000 m ü. M. gestattet, und ein Abstand von 2000 Zentimetern zum nächsten Haus ist einzuhalten. Die Geschwindigkeit innerorts wird auf 20 Kilometer pro Stunde beschränkt. Radfahren, Skilaufen und Autofahren mit Helmpflicht verbunden. Personen über siebzig dürfen bei mehr als 30 Grad Celsius nur noch mit Tropenhelm ins Freie.

Das höchste Gehalt wird auf das Zehnfache des tiefsten begrenzt, die Ladenöffnungszeiten auf 20 Stunden pro Woche. Die Minimallöhne sind ebenso fixiert wie die Ferientage, aber auch die maximalen Arbeitsstunden pro Tag. Der Body-Mass-Index wird gesetzlich verankert und auf nach oben 20 limitiert. Jeder Haushalt hat eine Waage anzuschaffen und wöchentlich das Gewicht elektronisch dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) zu melden.

Über Siebzigjährige müssen ihr Auto mit einem grossen A kennzeichnen und verlieren ihren Fahrausweis, wenn sie eine Brille mit einer Korrektur von über 2,0 benötigen. Der

Weinkonsum wird auf zwei Gläser pro Tag festgelegt, was videoüberwacht wird. Bierdosen oder -flaschen werden auf zwei Deziliter begrenzt und dürfen nur noch im Zweierpack abgegeben werden.

Zweimal pro Woche ist zudem ein Fitnesscenter zu besuchen, wobei die Messdaten von den Maschinen direkt ans BAG weitergeleitet werden. Laufbänder und andere Kreislaufmaschinen dienen als Quelle für Alternativstrom, der zu einem Spezialpreis ins Netz einzuspeisen ist. Der Konsum von Fleisch wird pro Person und Jahr auf 2000 Gramm Schweizer Fleisch rationiert. Pro Grossvieheinheit oder Hektare Agrarland ist ein Windrad zu betreiben. Alle Fische müssen aus schweizerischen Gewässern stammen. Teiche sind tagsüber mit Solarzellen zuzudecken, die für mindestens 2000 Leute Strom produzieren.

Über einen Lebenszyklus gerechnet, erhält jeder 20 000 Flugkilometern zugeteilt. Um das Pendeln einzuschränken, darf niemand weiter als 20 Kilometer weg vom Arbeitsort wohnen. Autobusse dürfen nur noch mit mindestens 20 Passagieren und mit inländischem Biogas herumfahren. Elektrovelos dürfen nicht am Stromnetz aufgeladen werden, sondern müssen aus eigenen Quellen gespeist werden, am besten durch Fitnessgeräte.



Dasselbe gilt für alle portablen elektronischen Geräte. Nach Süden gerichtete Dächer sind mit Solarzellen zu bestücken. Die Temperatur in Wohnungen und Büros darf in den Heizphasen 16 Grad nicht überschreiten, Klimaanlage gibt es nur in Operationssälen oder anderen lebenswichtigen Räumen.

In Hitzeperioden muss täglich jeder mindestens 2000 Milliliter biologisch reines Wasser zu sich nehmen. Die Mindesttemperatur in Kühlschränken wird auf 12 Grad normiert. Der Ausschank von kühleren Getränken ist verboten. Pullover, Wintermäntel und Kopfbedeckungen müssen den Minimalstandard der Wärmedämmung erfüllen. Zur Gewinnung eigener Körperwärme werden Pausen vorgeschrieben, die durch *brisk walking* in den Pausenhöfen oder bei schlechtem Wetter in den Gängen zu nutzen sind.

Zum Glück muss ich diese schöne neue Welt nicht mehr miterleben: Ich bin dann bereits mindestens 2000 Tage 2000 Millimeter unter dem Boden!

Pfahl im Fleisch Obamas

Von Hansrudolf Kamer — Mit Paul Ryan auf dem republikanischen Ticket könnte Amerika einen Weg aus der Krise wählen. Ob die Amerikaner das wirklich wollen, ist eine andere Frage.



Es könnte für einmal eine interessante Schlussphase des Wahlkampfes um die amerikanische Präsidentschaft werden. Der Grund dafür ist Paul Ryan und die Tatsache, dass der republikanische Kandidat Mitt Romney

einen Ticket-Partner gewählt hat, der mehr von politischer Ökonomie versteht als die übrigen Teilnehmer – Romney selber, Obama und Joe Biden.

Allerdings, die Geschichte amerikanischer Präsidentschaftswahlkämpfe stimmt skeptisch. Je demokratischer, desto oberflächlicher wurden sie. Bereits im 19. Jahrhundert zeigen sie Eigenschaften, die die Amerikaner gleichzeitig hassen und lieben: Zuspitzung bis zur Unsachlichkeit, Kurzatmigkeit, seichte Rhetorik und Phrasendrescherei bis zum Umfallen, Karnevalatmosphäre, Verleumdung, Ausblenden realer Probleme. Fernsehen und Internet haben diese Tendenzen verstärkt.

Gerade deshalb könnte Paul Ryan für Romney ein Glücksfall sein. Er ist jünger, artikulierter, denkt politisch, hat Ideen abseits ausgetretener Pfade. Er fühlt sich im von Demokraten dominierten Wisconsin zu Hause und wechselt seine Ansichten nicht mit jeder neuen Meinungsumfrage. Als Vorsitzender des Budgetkomitees des Repräsentantenhauses hat er in öffentlichen Diskussionen Obamas Wirtschaftspolitik alt aussehen lassen.

Zielscheibe für ihre Attacken

Romney hatte auch taktische Gründe. Es könnten wieder Mobilisierungswahlen werden. Ryan bringt Romney die bitter notwendige Vitalität, die Nähe zur Tea Party und die republikanische Basis, die vor zwei Jahren den grossen Triumph in den Kongresswahlen generiert haben. Ryan selber ist zwar kein Populist und kein Radikaler, doch ist er bei der Tea Party populär, weil er grundsätzliche Fragen stellt und den Mut für Antworten hat.

Was Ryan aber für alle Stränge der Republikanischen Partei und nicht wenige Demokraten attraktiv macht, ist seine prinzipielle Auffassung, dass der Zentralstaat zu gross und zu mächtig geworden ist. Er ist ein Reform-Konservativer, kein Umstürzler und Sparfanatiker. Er glaubt, dass der Staat, der aus allen

Nähten platzt, so ineffizient geworden ist, dass er die Fundamente der sozialen Absicherung gefährdet. Die parteipolitischen Nachfolger Franklin Roosevelts und Lyndon Johnsons fassen das heisse Eisen einer Reform der Sozialwerke nicht an. Ryan ist der Einzige, der einen konkreten Weg aus dem Schlamassel der Staatsfinanzen und der langfristigen Verpflichtungen des Bundesstaates aufzeigt. So ergibt sich das Paradox, dass die Linke Ryans Wahl begrüsst, weil sie glaubt, er gebe eine gute Zielscheibe für ihre Attacken ab, und die Rechte begeistert ist, weil er Reformen artikuliert, die sie als dringlich ansieht.

Traditionellerweise spielt die Auswahl eines Kandidaten für die Vizepräsidentschaft kaum eine Rolle und findet abseits des Mediengeräusches statt. Doch gab es Ausnahmen. John F. Kennedy hätte ohne Lyndon Johnson die Wahl 1960 kaum gewonnen. George Bush Vater half Reagan, genauso wie Al Gore für Clinton wichtig war. Ohne Dick Cheney wäre Bush Sohn weder gewählt noch wiedergewählt worden.

Während der unsichere Kennedy Johnson als Vizepräsident schnöde behandelte, hat das Amt seit der Präsidentschaft Reagans grössere Bedeutung erhalten. Bush Vater, Gore und Cheney waren starke Vizepräsidenten, deren Stimme in den internen Entscheidungsprozessen Gewicht hatte.

Paul Ryan wird die Wahl wohl nicht entscheiden. Doch die Ausgangslage hat sich verändert. Die Amerikaner könnten nun offen über die Rezepte und Visionen für die Zukunft debattieren – über die Staatsverschuldung, die Finanzierbarkeit der Sozialwerke, das Wirtschaftswachstum und, daran geknüpft, auch über die weltpolitische Stellung der Vereinigten Staaten.

Es wäre einfacher gewesen, die Wahlen als Referendum über die Unterlassungen und Fehler des Präsidenten ablaufen zu lassen, denn diese sind eindeutig: Mit einer schnell wachsenden Staatsverschuldung hat er sich abnehmendes Wirtschaftswachstum, ungewohnt hohe, hartnäckige Arbeitslosigkeit erkaufte und Amerika in eine Sackgasse manövriert.

Die Frage bleibt, ob die Amerikaner eine Grundsatz-Diskussion wirklich wollen. Eine Neuauflage der Angstkampagne von 1996 könnte diesmal kontraproduktiv sein, denn damit lenken die Demokraten die Aufmerksamkeit gerade auf diese Themen. Obamas Gesundheitsreform schwächt Medicare, die staatliche Krankenversicherung für die Älteren, um sich selber zu finanzieren. Die Mittelklasse würde in einer zweiten Amtszeit Obama zur Kasse gebeten – die Reichen allein können Amerika nicht aus der Patsche helfen.

Obama, der Amateur, wie der Titel eines neuen Bestsellers lautet, vernebelt und lenkt ab. Bill Clinton glaubt, Obama habe keine Ahnung, was zu tun sei. Falls er trotzdem einen Plan hat, hütet er ihn als grosses Geheimnis, um die Wahlen zu gewinnen. Das könnte schiefgehen, denn Investoren sorgen sich nicht nur um die Euro-Schuldenländer, sondern auch um die Bonität von Uncle Sam.

Mehr zum Thema: Seite 38



Mut für Antworten: Kandidaten-Duo Ryan (l.), Romney.

Erstaunliche linke Marktgläubigkeit

Von Christoph Mörgeli

Die hiesigen Linken finden die Marktwirtschaft igit. Besser sei der Service public. Am besten sei ein «Primat der Politik», also wenn die Politik alles lenkt. «Demokratischer Sozialismus» nennen Hans-Jürg Fehr und seine SP im geltenden Parteiprogramm ihr Paradies auf Erden. Doch nicht einmal mehr auf die Linke kann man sich verlassen. Denn in einem einzigen Politikbereich ist alles anders: bei der Zuwanderung. Da braucht's nach den Vorstellungen der Linken den Staat eigentlich fast überhaupt nicht. Die Personenfreizügigkeit sei «ein wichtiges Freiheitsrecht aller Erwerbstätigen». Und – so steht's im neusten SP-Migrationspapier – ein grosser Teil der Zuwanderung gehe «auf die Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften zurück».

Die Wanderungsbewegungen, flöten Sozialdemokraten und Grüne, würden durch die Konjunktur aufs schönste gesteuert. Sobald es bei uns mit der Wirtschaft etwas abwärtsgehe (und dafür werden die Linken schon sorgen), kämen auch bald weniger Ausländer ins Land. Darum meint die SP in ihrem aktuellen Migrationspapier: «Es bringt nichts, die Einwanderung über administrative Hürden, Kontingente oder Einwanderungsbeschränkungen steuern zu wollen.»

Ach ja, «flankierende Massnahmen» seien natürlich wichtig. Dieses Zauberwort der Linken zu diesem Thema ist auch bei den Medien äusserst beliebt. Weil niemand genau versteht, was es bedeutet. Mehr als diese rätselhaften «Flankierenden» braucht es nach linker Auffassung aber nicht. Die Wirtschaft macht da eigentlich alles allein. Die Linken, für einmal total marktgläubig. Nur leider total am falschen Ort.

Auch wenn sich die Konjunktur in der Schweiz abschwächt, ist die Wohlstandsdifferenz zu den andern Staaten immer noch gross genug, um Einwanderung in die Schweiz auszulösen. So weit werden selbst die Linken die Schweiz nicht herunterwirtschaften können, dass sie auf dem gleichen Niveau wie das serbelnde EU-Europa landet. Die Steuerung und Begrenzung der Einwanderung ist deshalb unverzichtbar. Der Staat hat einige Kernaufgaben. Die Förderung von Spielfilmen und Spitzensport gehört eher nicht dazu. Die Kontrolle der Grenze gehört eher dazu. Ausgerechnet dort, wo der Staat notwendig wäre, hat die Linke ihn vergessen. Vielleicht, weil sie bei allem Unnötigen dauernd an ihn denkt.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Umsteigen, bitte

Von Peter Bodenmann — Eisenbahnsommer 2012: Simplon zu Brenner zu. Und neue Pendolini für den alten Gotthard.



Nachweislich unkoordiniert: Gotthard-Basistunnel bei Faido TI.

Wer erinnert sich an den Durchschlag im neuen Gotthard-Basistunnel, als Moritz Leuenberger noch Bundesrat war? Und als alt Bundesrat Adolf Ogi die Tränen kamen?

Es ist lange her. Und es wird noch viel länger dauern, bis der Gotthardtunnel in Betrieb genommen wird. Brauchen die SBB diesen Tunnel gar nicht? Wollen sie deshalb den zu teuren Betrieb erst ein Jahr nach der Weltausstellung in Mailand in Betrieb nehmen? Werden deshalb noch schnell acht neue Pendolini für 250 Millionen gekauft?

Im zentralen Bereich der Alpen haben wir seit hundert Jahren drei Bahnstrecken: den Brenner, den Gotthard und den Simplon. Als der Gotthard in diesem Frühling wegen eines Felssturzes gesperrt war, schluckten die beiden anderen Bahnstrecken den Verkehr locker.

Eigentlich müssten die Regierungen und Bahndirektoren der vier betroffenen Länder Deutschland, Österreich, Italien und Schweiz zusammenarbeiten. Schliesslich funktionieren die Telefone zwischen Berlin, Wien, Rom und Bern trotz Liberalisierung immer noch reibungslos. Eigentlich.

Seit dem 8. August ist die Brenner-Eisenbahnlinie gesperrt. Dies bis zum 10. September. Kein Güterzug fährt von Österreich nach Italien oder umgekehrt. Die Zugpassagiere müssen auf Busse umsteigen. Am 12. August wurde auch die Simplon-Strecke geschlossen. Sie bleibt bis zum

2. September für alle Züge gesperrt. Die Passagiere müssen auf Busse umsteigen.

Zwei der drei zentralen Eisenbahnachsen sind gleichzeitig gesperrt. Und niemand regt sich auf, weil die Gotthard-Strecke den verbleibenden Restverkehr locker schluckt.

Die nachweislich unkoordinierten Regierungen und Eisenbahnverwaltungen können nur hoffen, dass die Natur am Gotthard nicht ein zweites Mal zuschlägt. Oder eine Alpen-Guerilla auf dumme Gedanken kommt.

Mit dem neuen Gotthard-Basistunnel könnte man viel Geld verdienen. Vorausgesetzt, ab 2016 werden alle Autos und Lastwagen – solange die Kapazität reicht – verladen. Der bisherige Tunnel hätte nur an wenigen Stosstagen im Jahr den Restverkehr zu schlucken.

Stattdessen werden wir nächstens am Gotthard fünf Löcher haben: einen zweisepurigen Eisenbahntunnel aus dem vorletzten Jahrhundert. Eine zweisepurige Autobahnrohre aus dem letzten Jahrhundert. Die zwei längsten Eisenbahnrohren dieses Jahrhunderts. Und eine neue, zweisepurige Autobahnrohre dank Doris Leuthard.

Um einen Verkehr zu bewältigen, den es gar nicht gibt. Deshalb sind zurzeit Brenner und Simplon einfach geschlossen. Ohne dass es jemand bemerkt.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Post und ante festum

Von Kurt W. Zimmermann — Es waren die schlechtesten Olympischen Spiele aller Zeiten. Doch dann begannen die Spiele.

Wenn alle Journalisten zugleich in Ver-zückung geraten, dann ist Skepsis ange-zeigt. Dann ist etwas faul im Mediengeschäft.

Zugleich in Ver-zückung gerieten alle Jour-nalisten zum Abschluss der Olympischen Spiele in London. Es waren «die besten Spiele alle Zeiten» (20 Minuten). Es waren die «best games ever» (Sonntagsblick). Es waren «grandiose Spiele» (Neue Luzerner Zeitung). Es waren «fantastische Spiele» (Basler Zeitung). Es war «eine Party für das Volk» (NZZ). Es war ein «grossartiges Fest» (Tages-Anzeiger).

Das Fest wurde allerdings erst post festum ein Fest. Ante festum verkündete der mediale Mainstream monatelang das absolute Gegen-teil. Bis zum Beginn der Spiele sagten uns alle Journalisten ein depressives Desaster in Lon-don voraus. «Viele erinnert die Stadt an die Sowjetunion», wusste etwa die Sonntagszeitung noch kurz vor der Eröffnungsfeier.

Noch selten in der Mediengeschichte wurde ein Grossanlass im Vorfeld derart nieder-geschrieben. Natürlich ist es gemein, wenn man nun heute zitiert, was unsere Meinungs-bildner gestern alles über die Katastrophenspiele von London verbreiteten. Weil es ge-mein ist, tun wir das natürlich gern.

Die Journalisten wetteiferten in superlati-ven Schwarzmalereien. Die Südostschweiz etwa sah einen «Verkehrskollaps» voraus. Der «Tagesschau» war das nicht dramatisch genug, sie prophezeite darum ein «Verkehrs-chaos». Nun setzte die NZZ am Sonntag noch einen drauf und sah ein «apokalyptisches Verkehrschaos» kommen.

All die anderen Untergangsszenarien waren ähnlich apokalyptisch. «In Grossbritannien geht die Terror-Angst um» (Basler Zeitung). «Es drohen olympische Regenspiele» (Aargauer Zeitung). «Die Sicherheitsverantwortlichen in London handeln geradezu stümperhaft» (Sonntagszeitung). «Mit Olympia kommen die Wu-cherpreise» (20 Minuten). «Weitere Streiks sol-len folgen – auf die Spiele hin» (Tages-Anzeiger).

All dies, so zeigte sich, war reiner Quatsch. Der Verkehr funktionierte, Anschläge blieben aus, die Sonne schien, es gab freie Hotel-zimmer. Wir fragen uns also, warum eine der-artige Negativ-Hysterie entstehen konnte.

Es hat mit der Versicherungsmentalität heu-tiger Journalisten zu tun. Das Geschäftsmodell der Assekuranz ist, wie man weiss, auf Risiken ausgerichtet. Versicherer akzeptieren Policen auf Schadensfälle, nicht aber auf Chancen. Man kann sich gegen schlechtes Wetters absichern, nicht aber auf Hochdruckperioden setzen.



«Fantastische Spiele»: Schlussfeier in London.

Medien handeln genauso. Sie agieren wie Versicherungsvertreter. Kein einziger Schweizer Journalist hat sich getraut, vor den Olym-pischen Spielen in London zu sagen, es könn-ten schöne Spiele werden. «Ach, wär's doch vorbei», titelte auch der Spiegel, bevor es über-haupt begann.

Gute Voraussagen sind schädlich

Journalisten definieren ihre Glaubwürdigkeit über die Prognosefähigkeit. Eine allzu schlechte Prognose schadet der Glaubwürdig-keit nicht, eine allzu gute Voraussage aber schon. Niemand nimmt es einem Journalisten übel, wenn er den Kollaps des Finanzsystems, das Ende der Konkordanz oder das Desaster von Olympia weissagt. Trifft es ein, dann ist die Glaubwürdigkeit der Medien bewiesen. Trifft es nicht ein, dann haben sich Finanz-system, Konkordanz und Olympia «besser als erwartet» geschlagen.

2016 finden die nächsten Spiele in Rio de Janeiro statt. Es wird wieder übel werden. «Es gibt zu wenige Hotels», weiss heute schon die Basler Zeitung. Es kommt zu einem «Verkehrsin-farkt», weiss die Frankfurter Allgemeine. Probleme sind die «öffentliche Sicherheit» (NZZ) und der «Nährboden für Kriminalität» (Tages-Anzeiger).

Wir wissen also heute schon: Es kann auch in vier Jahren heiter werden.

8,7 Millionen für grün gefärbte Hippomanie

Von Florian Schwab

Hippomanie be-zeichnet über-triebene Pferdelieb-haberei. Solche gibt es in Avenches, wo das Schweizerische Natio-nalgestüt (SNG) sei-nen Sitz hat. Die Orga-nisation wurde 1899 unter dem Namen Fohlen- und Hengst-depot ins Leben gerufen, am Ende der Blütezeit der Pferdekutsche.

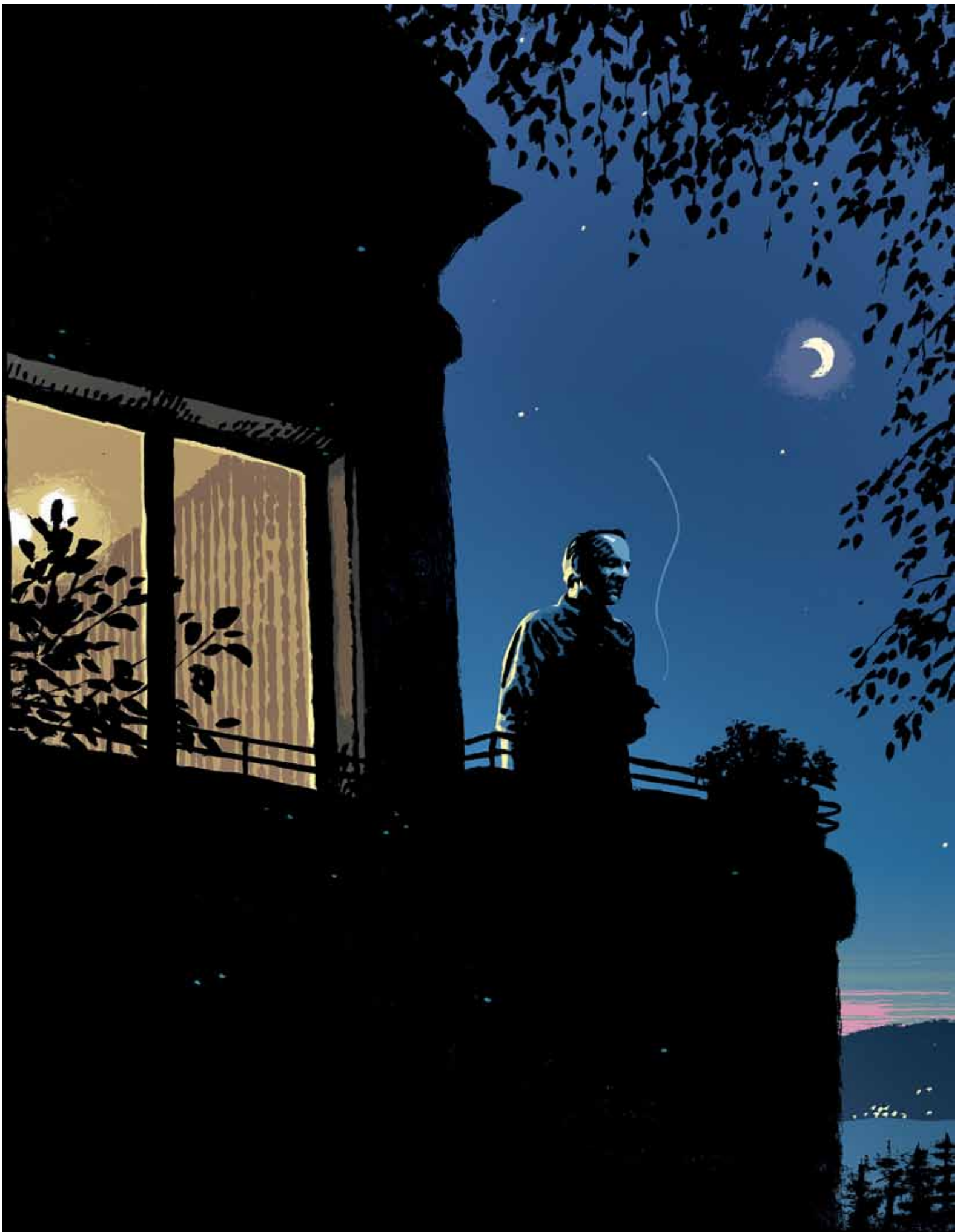


Heute hingegen kann man sich streiten, ob die Pflege des Schweizer Pferdewesens in die-sem «einzigartigen Kulturgut und Wissen-spool» (Eigenwerbung) eine Staatsaufgabe ist. Im Jahr 2011 produzierten die siebenzig Hengste des SNG und ihre Betreuer ein Minus von 8,7 Millionen Franken, finanziert durch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement.

Damit wäre ab 2012 Schluss, wenn es nach dem Willen des Ex-Finanzministers Hans-Rudolf Merz (FDP) gegangen wäre. Dieser wollte den Bundesbeitrag streichen. Im Parlament setzte sich das Vorhaben aber nicht durch. In Pferdeliebhaberkreisen kursiert das Gerücht, dass der aktuelle Dienstherr über das SNG, Schneider-Amann, dieses erhalten wolle. Weil die Zeichen der Zeit eher gegen das SNG zu sprechen schei-nen, überlegten sich die findigen Avencher Hip-pomanen: Wieso nicht die Zeit zurückdrehen?

Am vergangenen Dienstag präsentierten sie die Erfindung, mit der die Zukunftsprobleme gelöst scheinen: eine «elektrisch betriebene Kut-sche für den Einsatz von Pferden für Kommunal-arbeiten». Erstmals wurde die «E-Kutsche» als Abfallkarren eingesetzt, wie eine Medienmitteil-ung vom vergangenen Dienstag verriet. Weitere Anwendungsgebiete sind laut SNG Schultrans-porte oder die «Grünflächenbewirtschaftung». Sogar für die «soziale und berufliche Eingliede-rung» schwieriger Jugendlicher setzt das SNG auf das Pferd. Dem technischen Fortschritt möchte man sich dann aber doch nicht ganz ver-weigern, daher der Elektroantrieb: «Die Kutsche verfügt über ein System zur Messung und Unter-stützung der Zugkraft des Tieres und verleiht dem Gespann so mehr Leistungsfähigkeit und Ausdauer.» Mehr PS für den Hengst. Von der Devise «Zurück zur Pferdekutsche» verspricht man sich auch eine «Aufwertung des Pferdes im öffentlichen Leben».

Ob sich das Ziehen eines schmutzigen Ab-fallkarrens mit der Würde eines stolzen Frei-bergerhengsts verträgt, steht nicht in der Medienmitteilung.



Schlaf

Der Mensch kann nur eine Aufgabe aufs Mal richtig erledigen. Die Arbeitswelt aber verlangt, dass man mehrere Dinge gleichzeitig tut. Das ist unökonomisch, unbefriedigend und wirkt sich negativ auf die Fähigkeit aus, Ruhe zu finden. Von Linus Reichlin und Benjamin Güdel (Illustration)

Wer wissen will, ob ein Mensch gut und ausreichend schläft, muss einen Blick in dessen Pendenzenkörbchen werfen. Ein Abteilungsleiter einer Grossbank erzählte mir vor einiger Zeit, er habe früher, zu Beginn seiner Karriere, keinerlei Schlafprobleme gehabt. Er führte das auf sein damaliges Pendenzenkörbchen zurück, das sich von seinem heutigen in einer entscheidenden Hinsicht unterschied: Es war abends oft leer. Er sagte, morgens bei Arbeitsbeginn sei es so voll gewesen wie heute. Aber man habe die Pendenzen tagsüber zumeist abtragen können, vor allem deshalb, weil es früher möglich gewesen sei, Aufträge linear abzuarbeiten, einen nach dem anderen. Man habe zuerst den Auftrag A erledigt, dann den Auftrag B und so weiter, gemäss der Maxime *Only do one thing at a time*. Fast jeden Arbeitstag habe er mit dem guten Gefühl beendet, etwas erledigt zu haben. Dieses Gefühl von *mission completed*, die Befriedigung darüber, dass tagsüber eine Arbeit abgeschlossen worden war, habe ihm abends, wenn er seinen Kopf aufs Kissen gelegt habe, den Übergang in den Schlaf leichtgemacht. «Es war etwas erreicht worden, nun konnte man beruhigt einschlafen», sagte der Abteilungsleiter. Am nächsten Tag wartete natürlich wieder ein grosses Arbeitspensum auf ihn, aber der Gedanke daran schreckte ihn nicht, denn dadurch, dass man sich einer neuen Aufgabe erst zuwandte, wenn die vorherige erledigt war, kam man in den Genuss von Etappensiegen.

In den letzten zehn, fünfzehn Jahren, so der Abteilungsleiter, habe sich die Arbeitswelt aber radikal verändert. Die Linearität sei verlorengegangen, plötzlich sei man gezwungen gewesen, gleichzeitig Auftrag A und Auftrag B zu bearbeiten, und bevor man A habe erledigen können, sei Auftrag C dazwischengekommen. Es sei weniger darum gegangen, Aufträge zu erledigen, als darum, möglichst viele gleichzeitig zu bearbeiten: *Do ten things at a time*.

Das Pendenzenkörbchen des Abteilungsleiters wird abends nicht mehr leer, aber nicht weil das Arbeitspensum insgesamt gestiegen ist, sondern weil die gleichzeitige Bearbeitung mehrerer Aufträge zu einem *concentration hopping* zwingt. Konzentration und *hopping* ist aber ein Widerspruch in sich und unökonomisch. Ökonomisch ist *Only one thing at a time*. Je intensiver man sich auf

eine bestimmte Aufgabe konzentriert, desto effizienter kann man sie erledigen, weil die Geisteskraft gebündelt eingesetzt wird. Ist man aber gezwungen, mitten in der Beschäftigung mit der Aufgabe A sich mit der Komplexität der Aufgabe B vertraut zu machen, wird die Konzentration zur Schrotflinte. Wer schon mal mit einer Schrotflinte auf eine Herde Kühe geschossen hat, weiss, was ich meine: Man trifft alle, aber keine richtig. Im Arbeitsprozess bedeutet *concentration hopping* Zeitverlust, denn wenn man sich nach der Beschäftigung mit Aufgabe B wieder A zuwendet, dauert es eine Zeit, bis man wieder mit demselben Sachverstand an A arbeiten kann, über den man verfügte, bevor die Beschäftigung mit B einen aus der Konzentration riss. Aber das alles ist nicht nur unökonomisch: Vor allem ist es unbefriedigend.

Seit von ihm *concentration hopping* gefordert wird, schläft der Abteilungsleiter nicht mehr gut. Das liegt nicht daran, dass er überfordert ist, er bewältigt sein tägliches Arbeitspensum zur Zufriedenheit aller. Der Schlaf will sich nicht einstellen, weil er nur noch selten mit dem Gefühl zu Bett geht, tagsüber etwas erledigt zu haben. Er leidet unter einem Erledigungsmangel, obwohl es objektiv gesehen nicht stimmt. Er erledigt Aufträge, er schliesst Geschäfte ab, er bringt etwas zu Ende. Aber dadurch, dass er nun dauernd simultan mit mehreren Aufträgen beschäftigt ist, also mit vielen unvollendeten, unbewältigten Aufgaben, nimmt in seiner Empfindung das Unvollendete einen höheren Stellenwert ein als das Vollendete. Ist ein Auftrag beendet, so empfindet er darüber keine Befriedigung angesichts der neun noch pendenten Aufgaben. Er hat das Gefühl, jeden Tag sein Bestes zu tun und dennoch nicht vorwärtszukommen. Erschöpft legt er sich schlafen, aber hat er denn Schlaf verdient? Steht es ihm zu, zu schlafen, während neun unerledigte Aufgaben da draussen in der Nacht wimmern wie verirrte Kinder? Nein, er muss aufstehen und sich um diese neun Aufgaben kümmern, hier noch eine E-Mail, hier noch eine Aktennotiz, die Besprechung von morgen noch einmal im Geist durchgehen. Erst wenn ihm am Küchentisch die Augen zufallen, hält er sich für befugt, wieder ins Bett zurückzukehren und die wenigen Stunden, die ihm jetzt bis zum Klingeln des Weckers noch bleiben, mit Schlaf zu verträdeln.

Es schläft der gut, der sich mit der Gewissheit ins Bett legt, dass er den Schlaf verdient hat. Dass es ihm zusteht, sich sieben Stunden lang aus der Welt zu verabschieden, bye-bye, bis morgen früh. Die Welt dreht sich von selbst, niemand muss die Sonne anschieben, damit sie über den Horizont steigt. Schlafen bedeutet, die Welt zu verlassen, so wie man im Urlaub die Wohnung verlässt: Herd abschalten, Wasserhähne zudrehen, Fenster schliessen, dem Nachbarn die Wohnungsschlüssel in die Hand drücken, damit die Blumen nicht verdorren. Man schliesst mit dem Tag ab und übergibt sich der Nacht: Man stirbt ein bisschen.

Aber man stirbt nicht gern, wenn so vieles unerledigt ist. Man möchte ein wohlbestelltes Haus hinterlassen. Dass alles seine Ordnung hat, alles erledigt ist. «Ich kann gar nicht mehr alles erledigen», sagte mir der Abteilungsleiter, «diesen Anspruch habe ich schon längst aufgegeben. Meine Haupttätigkeit besteht darin, das Unerledigte zu verwalten.» Er hat ein schönes Haus in Herrliberg am Zürichsee, zwei gesunde Kinder, ist glücklich mit seiner Frau: Es geht ihm gut, ihm fehlt nichts ausser Schlaf. Sein Arzt hat ihm ein Schlafmittel mit dem Wirkstoff Zolpidem verschrieben. Zolpidem ist die pharmakologische Entsprechung zu den *smart bombs*, fast keine Kollateralschäden, und vor allem: Es erzwingt den Schlaf. Zweimal die Woche lässt der Abteilungsleiter sich von Zolpidem in den Schlaf zwingen, denn permanente Unausgeschlafenheit kann er sich nicht leisten. *Concentration hopping* ist anstrengend, bei jedem Hoppen von einer unerledigten Aufgabe zur anderen verliert man Energie, wie ein Stein, den man übers flache Wasser schlittern lässt. Man verliert sich im dringend zu erledigenden Unerledigten: *Do hundred things at a time today, two hundred tomorrow*. Der Abteilungsleiter muss schlafen, wir alle müssen schlafen, es muss uns irgendwie gelingen.

Neue Serie

Der Schweizer Autor **Linus Reichlin** schreibt für die *Weltwoche* in loser Folge über «Grundbegriffe des Lebens» wie Ehre, Treue, Liebe etc. Reichlin wurde für seine Reportagen, Kolumnen und Bücher mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet. Zuletzt erschien von ihm der Roman «Er» (Galiani-Verlag). Reichlin, Jahrgang 1957, lebt in Berlin.



«Für einen Atheisten oder Andersgläubigen ergibt der Gesang keinen Sinn.» Roger Zeller



«Schwierige Auswahl»: Jean-Daniel Gerber, Präsident der Gemeinnützigen Gesellschaft.

Wie wäre es mit einer Hanfblume?

Nr. 32 – «<Visionen> ohne Gott»; Urs Paul Engeler über die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft

Die ganze Diskussion ist lächerlich, die Schweiz hat mit der anachronistischen Nationalflagge viel grössere Sorgen: Was soll ein Kreuz (christlich) auf (blut)rotem Hintergrund heissen? Man könnte es mit einem neutralen Symbol, etwa einer Blume auf weissem Hintergrund, ersetzen. Es sollte sich allerdings um eine «politisch korrekte» Blume handeln. Da fangen die Probleme an: Leider sind Edelweiss und Gänseblümchen schon als Logo bei Schweizer Grossunternehmen oder als Symbol für ausländische politische Parteien im Einsatz. Wie wäre es mit einer Hanfblume?

Massimo Morandini, Lugano

Die Landeshymne (Schweizer Psalm) hat kaum Bezug zur Schweiz. Stattdessen geht es im Text um Gott. Und der wird auf klebrige Art gepriesen. Schön, die meisten Schweizer sind auf dem Papier Christen. Doch für einen Atheisten oder Andersgläubigen ergibt der Gesang keinen Sinn. Gerade in der heutigen Zeit steigen die Austritte aus den Kirchgemeinden stark. Daher kann man eine Änderung des Textes nicht arrogant nennen. Ich denke, dass das viele wünschen. Besser finde ich den Text der alten Nationalhymne. Der hatte zwar auch Bezug zu Gott,

war aber kämpferisch und sehr patriotisch. Im Sinne von «Legt euch nicht mit uns an!» Dass die Auswahl eines neuen Liedes schwierig wird, ist klar. Und recht machen kann man es nie allen.

Roger Zeller, Lenk

Mit im Futterkörbchen

Nr. 32 – «Die Seele bleibt heil»; Christoph Landolt über Kirche und Staat

Kirchenfunktionäre erhalten (arbeitszeitbereinigt) so 200 000 Franken pro Jahr – du meine Güte! So was nähert sich dem Showbusiness an. Hatte ich doch als promovierter Chemiker/Gymnasiallehrer (arbeitszeitbereinigt) einen Lohn von 85 000 Franken. (Aus diesen Worten spricht nicht Neid, sondern Gerechtigkeitssinn. Kirchenämter sind mir ohnehin unbeneidbar.) So sicher wie das Amen in der Kirche wird auch der Islam ins Futterkörbchen reinklettern und «Landeskirche» sein wollen – und dies mit Fug und Recht. Da bleibt nur ein einziger Ausweg: Alle Kirchen – alle! – als Vereine ins einschlägige Recht einbetten.

Thomas Doppler, Ennetbaden

Wie in «Terminator 3»

Nr. 32 – «Acht Millionen»; «Editorial» von Roger Köppel

Mein erster Verdacht entstand, als ich die neue Brille im Gesicht von Verleger und Chefredak-

tor Roger Köppel zum ersten Mal sah. Dann dies: «Von mir aus können Millionen indischer oder südafrikanischer Software-Ingenieure einreisen, wenn sie hier einen sinnvollen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten.» Nun hatte ich Gewissheit: Roger Köppel wurde von Aliens entführt, und eine Invasion aus dem All steht bevor! Die Eroberung der Schweiz wird durch eine infiltrierende Software geschehen, wie im Film «Terminator 3», als die Software Skynet die Vernichtung der Welt auslöste. Liebe Aliens, bitte gebt uns unseren Roger Köppel zurück, denn die Schweizer Presselandschaft braucht ihn, um nicht ganz im linken Einheitsbrei elendiglich zu krepieren.

Stephan Amacker, Neftenbach

Für einmal gehe ich mit dem Autor nicht einig. Seines Erachtens könnten Millionen indischer oder südafrikanischer Software-Ingenieure in die Schweiz einreisen, wenn sie hier zum Wirtschaftswachstum beitragen. Die gleiche Argumentation wäre ja auch für Ärzte et cetera anwendbar. Ich finde, wir sollten viel eher hier in der Schweiz genügend Fachspezialisten ausbilden, um nicht zu sehr auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen zu sein.

Roland Burkhard, Bern

Verhandlungskraft zurückgewinnen

Nr. 32 – «50 Milliarden pro Monat»; Florian Schwab über die Nationalbank

Statt für fünfzig Milliarden Schweizer Franken im Monat Schrott-Euros zu kaufen, täte die Schweiz besser daran, nach dem Vorbild arabischer und asiatischer Staaten über einen nationalen Investitionsfonds im grossen Stil hochwertige Firmen oder Firmenbeteiligungen im Euro-Raum zu kaufen. In Zeiten der Vermischung von politischen und wirtschaftlichen Interessen könnte damit auch die dringend benötigte Verhandlungskraft der Schweiz zurückgewonnen und durch den Kauf von Energie- und Rohstoffkonzernen zum Beispiel die zukünftige Versorgung der Schweiz sichergestellt werden. Um einen solch realpolitischen Kurs zu fahren, ist die Schweiz, welche sich noch immer um eine nicht existierende internationale Kooperation bemüht, leider zu blauäugig, was zum langfristigen Abstieg der Erfolgsnation Schweiz führen wird.

Luca Madone, Zollikon

Mehr Humor

Nr. 32 – «So lebt sich's ohne Vorhaut»; Essay von Thomas Meyer

Selten so gelacht! Ein Kompliment an den Essayisten und die *Weltwoche*, der Humor

muss mehr Platz in den Medien haben, wenn diese überleben wollen! Ein plötzlich aktuelles Thema, welches seit Jahrhunderten in allen Erdteilen eben keines ist und wohl auch keines werden wird, beschäftigt die westliche Welt – vom Mediziner bis zum Richter. Ist der Blinddarm ein überflüssiges Evolutionsrelikt, die Vorhaut ein Schutz vor oder Sammler von Mikroorganismen? Sicher ist nur eines: Wer sie noch hat, gibt sie keinesfalls mehr her! Ergo kann nur der mündige Träger selbst dem besten Stück die Würde nehmen!

Felix Kramer, Zürich

Wohltat

Nr. 32 – «Nein – jetzt erst recht!»; Christian Wasserfallen über die EU

Die Antwort des jungen FDP-Nationalrates Christian Wasserfallen an die EU-Verherrin Christa Markwalder ist geradezu eine Wohltat. Endlich hat jemand den Mut, die Wahrheit über einen möglichen EU-Beitritt klar auszusprechen. Welche Interessen treiben eigentlich Christa Markwalder an, täglich in den Medien für den EU-Beitritt zu werben?

Rolf Leuzinger, Pfäffikon

Schuld und Sühne

Nr. 25 – «Das Dilemma des freien Willens»; Alex Reichmuth über den Breivik-Prozess

Es ist ein abgründiges Paradox: Der norwegische Massenmörder Breivik beharrt vor Gericht auf seiner Zurechnungsfähigkeit, während involvierte Repräsentanten von Psychiatrie und Justiz sie ihm absprechen wollen, aus welchen Gründen auch immer. Nichts könnte deutlicher die fortschreitende

Zerstörung jener Begriffe charakterisieren, die auf tatsächlichen Realitäten der menschlichen Seele basieren – Realitäten, die uns zu tiefst und wesentlich zu Menschen machen: Verantwortung, Schuld, Sühne.

Die moderne Anschauung, die Leben und Bewusstsein auf chemisch-physikalische Abläufe reduziert, scheint seit einiger Zeit gerade bei führenden Chemikern und Physikern an Boden zu verlieren. Nun hat dieses simplistische Modell eine neue Nische gefunden – bei den Hirnforschern. Wenn sie das menschliche Bewusstsein auf determinierende gehirnorganische Abläufe reduzieren, gibt es keinen Raum mehr für freies und damit verantwortliches Handeln.

Die Justiz ihrerseits ist heute ganz nahe bei einem folgenreichen neuen Dogma: Die Tat selbst, wenn sie schwer genug wiegt, ist auch schon der Beweis für die geistige Störung ihres Urhebers. Dieser Irrtum ist fundamental. Im Fall Breivik lässt sich nüchtern feststellen, dass seine Verantwortlichkeit schon existierte, als er begann, sich seiner exklusiven völkischen Wahnidee hinzugeben. Der Autofahrer muss schon wissen, was er tut, wenn er vor einer Fahrt zu trinken beginnt. Verantwortung beginnt vor dem aktuellen Handeln, ihre mögliche Einschränkung im Augenblick der Tat setzt sie nicht prinzipiell ausser Kraft.

So arbeiten heute Hirnforschung, Teile der Psychiatrie und Justiz in derselben Richtung: Der Mensch ist grundsätzlich nicht verantwortlich, Dostojewskis «Schuld und Sühne» Vergangenheit. Die sekundäre Folge dieses Weltbilds wäre der Zusammenbruch jeder menschlichen Gemeinschaft; die primäre jedoch bestünde schlicht und einfach darin, dass der Mensch sich selbst nicht mehr erkennen würde.

Oskar Meyer, Luzern

Darf man das?

Leser fragen, die Weltwoche antwortet



Darf man als gutausgebildete Frau in leitender Stellung den Job an den Nagel hängen und sich ohne schlechtes Gewissen rund um die Uhr um den Nachwuchs kümmern?

Cristina Bisang, Winterthur

Warum sollten Sie ein schlechtes Gewissen haben, wenn Sie lieber bei Ihren Kindern bleiben, als weiterhin Karriere zu machen? Aber Sie fragen ja nicht ohne Grund. Der Punkt ist, dass Sie ein schlechtes Gewissen haben werden, ob Sie sich für Weiterbildung in der Firma oder Hausarbeit und Kindererziehung entscheiden. Behalten Sie Ihren Job, wird es sich bei der kleinsten Beule melden, die eines Ihrer Kinder zum Weinen bringt, während Sie eine Sitzung leiten. Bleiben Sie daheim, regt sich das schlechte Gewissen, wenn Ihnen am Sandkasten langweilig ist und Sie den Kick der Herausforderung am Arbeitsplatz vermissen. Denn leider ist ein schlechtes Gewissen die elendeste aller Frauenkrankheiten. Wenn es Sie überfällt, daheim oder im Beruf, denken Sie daran: Es ist so überflüssig wie ein Kropf.

Beatrice Schlag

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion Weltwoche, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem Weltwoche-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.


CRESTA PALACE

Herbstzauber

Grosser SPA-, Pool-, Beauty- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub.
Wandern, Golfen, Biken, Tennis uvm.
Zimmer/Frühstück ab CHF 110.– pro Person
Ab 2 Nächten: freie Fahrt auf ÖV + Bergbahnen
Sommersaison bis 14. Oktober 2012

★★★★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Elisabeth und Hanspeter Herren


das Bergjuwel

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der Weltwoche erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion Weltwoche,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

«Gleich wie EWR»

Von Urs Paul Engeler — Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf schickt einen untertänigen Brief nach Brüssel, kündigt drei weitere Konzessionen an und will die Schweiz dem EU-Recht unterwerfen. Aus bilateral wird EWR.



Helvetischer «Konsens»: Widmer-Schlumpf mit EU-Kommissionspräsident Barroso in Brüssel.

Diplomatische Höflichkeit ist eine Zier, Unterwerfung eine Schande. Der ergebene Brief, den Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf (BDP) am 15. Juni an «Son Excellence Monsieur José Manuel Barroso, Président de la Commission européenne, Bruxelles» geschickt hat, verdient alle Verdikte zwischen «kriecherisch» und «servil».

Die Bundespräsidentin, die konsequent in der Ichform schreibt, und nicht etwa als Sprecherin der Landesregierung, reagiert mit ihrer demutsvollen Depesche samt Anhängen auf die seit Dezember 2010 wiederholten Zumutungen der Brüsseler Administration, die Schweiz habe im bilateralen Bereich endlich das EU-Recht mehr oder weniger automatisch zu übernehmen und diese Anpassung überdies durch die Richter einer internationalen Behörde kontrollieren zu lassen; gemeint ist der Europäische Gerichtshof (EuGH).

Statt Kopfschütteln und Widerstand signalisiert die Bundespräsidentin umfassendes Ver-

ständnis für die Arroganz der EU. Widmer-Schlumpf hofiert diese im französisch abgefassten, auf Deutsch übersetzten Bittschreiben: «Der Bundesrat war bei der Ausarbeitung der Vorschläge bestrebt, den Bedenken [«préoccupations», die Red.] der EU, [...], so weit wie möglich Rechnung zu tragen. Er stellt fest, dass nach Ablauf der Konsultationen ein Konsens im Hinblick auf das zentrale Ziel besteht, die Einheitlichkeit des durch die Abkommen zwischen der Schweiz und der EU geschaffenen gemeinsamen Regelwerks zu gewährleisten.»

Dass es einen solchen «Konsens» gebe, ist, wie im Detail nachgewiesen werden kann, glatt gelogen. Das Ziel einer gesamteuropäischen «Einheitlichkeit» bedeutet zweitens einen gravierenden Paradigmenwechsel, der politisch überhaupt nicht abgesegnet ist. Die Verhandlungstaktik schliesslich, die gar keine ist, erschöpft sich im vorauseilenden Nachgeben; nicht die kleinste Gegenforderung wird eingebracht.

Im Gegenteil: Die Bundespräsidentin verspricht auf Vorrat, die Schweiz sei derzeit gerne zu drei weiteren Konzessionen bereit.

— «Ebenfalls freut es mich [«j'ai le plaisir», die Red.], Ihnen mitteilen zu können, dass der Bundesrat am 1. Juni 2012 einen Mandatstext für den Dialog mit der EU über die Besteuerung von Unternehmen verabschiedet hat, so dass demnächst Verhandlungen in diesem Bereich aufgenommen werden können.» Bis jetzt beteuerte Bern an die Adresse der allzu gutgläubigen Schweizer, diese Verhandlungen, welche die eigenständigen Steuergesetze des Bundes und der Kantone aushebeln und die Fiskaleinnahmen einbrechen lassen werden, seien gar keine konkreten «Verhandlungen», sondern lediglich ein harmloser «Dialog». Gegenüber Brüssel bestätigt die Finanzministerin nun hingegen, dass die Schweiz freudvoll schädliche «négociations» aufnehme.

— «In gleicher Weise bin ich erfreut, dass mehrere Dossiers, an denen die EU Interesse bekundet hat – zum Beispiel die Schweizer Beteiligung am GNSS oder am Rahmenprogramm Euratom für die Zahlperiode 2012–2013 –, Gegenstand konstruktiver Verhandlungen sind.» GNSS ist die technische Abkürzung für das desaströse Satellitennavigationssystem «Galileo», das bereits über 5 Milliarden Euro verschlungen hat und dessen Start Jahr für Jahr um Jahre verschoben wird. Aktuell spricht man von einer Betriebsaufnahme ums Jahr 2019. Die Schweiz hat schon Dutzende von Millionen Franken an das gefährdete Endlosprojekt überwiesen; Brüssel erwartet eine dreistellige Millionensumme.

— Drittens stellt Widmer-Schlumpf «im Lichte der Gesamtheit unserer Beziehungen zur EU» eine erneute Aufstockung der Gelder für die Osthilfe in Aussicht. Nachdem die umstrittene «Kohäsionsmilliarde» bereits einmal um 300 Millionen aufgerundet wurde, ist eine dritte Tranche in der Pipeline. Damit das zauberhafte «Licht der gegenseitigen Beziehungen» in Zukunft noch heller strahlen möge, wird José Manuel Barroso zu einem Besuch in Bern eingeladen, mit immerwährenden Kostenfolgen für den Schweizer Bürger.

In den Grundzügen sind die Vorschläge zur künftigen «institutionellen Architektur», die Widmer-Schlumpf Herrn Barroso übermittelt hat, zwar bekannt. Um die Schweizer Rechts-

anwendung und -auslegung jener der EU anzupassen, will der Bundesrat eine neue nationale «Überwachungsbehörde» installieren. Der Brief nach Brüssel enthüllt jedoch Details, die Besorgnis auslösen müssen. Das hohe Gremium soll mit Kompetenzen ausgestattet werden, die «mit jenen der Europäischen Kommission vergleichbar wären».

Die Aufseher sollen befähigt werden, beim Bundesgericht direkt Verfahren einzuleiten und so in der Schweiz EU-Recht durchzusetzen. Denn die eigenen fremden Richter, so liest man erstaunt in den verräterischen Anhängen der widmer-schlumpfschen Dokumentation, erhielten verbindlich «die Verpflichtung, die Auslegung des Gerichtshofs der EU betreffend EU-Acquis zu berücksichtigen». Dazu und zur reibungslosen «Weiterentwicklung des Acquis» haben sie einen «institutionalisierten Dialog» mit den EU-Richtern zu führen. Mehr noch: Sie haben als Vasallen Brüssels Klagen der Europäischen Kommission direkt entgegenzunehmen und umzusetzen.

Dieses Modell soll im Stromabkommen, das zurzeit verhandelt wird, erstmals implementiert werden. Danach könnte es auf alle neuen Verträge angewendet werden. Offen ist allein die Frage, wann und wie weit es auf den gesamten bilateralen Bereich, also auch auf die bereits bestehenden Verträge, ausgedehnt werden wird, was die Wirtschaft entschieden bekämpft.

Der Bundesrat hat seine aussenpolitische Wende in – ebenfalls nicht publizierten – zehn «Grundsätzen zu institutionellen Fragen» niedergeschrieben. Kernpunkt des Anpassungsprogramms ist das «Ziel der Einheitlichkeit», das die Regierung verfolgt: In der Schweiz soll künftig das gleiche Recht gelten wie im EU-Raum. Das umständlich und verwirrt formulierte Papier windet sich zwischen Floskeln einer «Erneuerung des bilateralen Wegs» und Argumenten zu dessen Überwindung. Auf den Punkt bringt es ein Satz, der so im bundesrätlichen Programm steht: «Diese Bestimmung entspricht jener des EWR-Abkommens.»

Tatsächlich hat die Landesregierung mit ihrem Hauptziel «Einheitlichkeit» (oft auch «Homogenität» genannt) einen einschneidenden Paradigmenwechsel eingeleitet. Um sich die Bedeutung dieses Schritts zu vergegenwärtigen, ist die «Botschaft zur Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EG» zu konsultieren. Am 23. Juni 1999 versicherte der Bundesrat dem Parlament und dem arglosen Volk: «Im Unterschied zum EWR-Abkommen wird die gesetzgeberische Autonomie der Schweiz beibehalten, mit dem Gegenstück einer weniger gesicherten Homogenität der zwischen der Schweiz und der EU gültigen Rechtsordnung.» Im Klartext: Die Selbstbestimmung der Schweiz sei höher zu gewichten als eine europäische Konformität.

Vor der Abstimmung über das bilaterale Paket versicherte der Bundesrat: «In den sie-

ben Verträgen haben die Vertragsparteien ihre Entscheidungsautonomie behalten. Sie haben keine Gesetzgebungskompetenz an eine supranationale Instanz übertragen.» Genau diese Grundsätze der Eigenständigkeit und der Absage an fremde Richter will er nun opfern. Unter den irreführenden Vokabeln, den Bilateralismus zu konsolidieren und weiterzuentwickeln, verfolgt er verdeckt das Ziel, den 1992 verworfenen EWR doch noch ein- und den Verlust an Souveränität herbeizuführen.

Tatsächlich wird Widmer-Schlumpf nicht müde, in ihrem Brief den Brüsseler Funktionären die institutionellen Vorschläge der Schweiz als EWR-kompatibel darzustellen. Nicht weniger als zehn Mal betont sie die Parallelität der beiden Systeme: inspiriert «von den Vorschriften zur Regulierung des EWR», «gleich wie im EWR», «wie im Falle des EWR» oder «[...] Homogenitätsgebot, das jenem des EWR-Abkommens gleicht». Was im Inland mit Tücke als «bilateral» verkauft wird, darf in Brüssel als «EWR» verstanden werden.

Die innenpolitische Täuschung wird kurze Beine haben. Wer immer sich mit der neuen Europapolitik des Bundesrates vertieft befasst hat, ist mehr als misstrauisch oder kritisch. Er warnt und lehnt ab. So analysierte der Berner Regierungsrat Hans-Jürg Käser (FDP) als Vizepräsident der Konferenz der Kantonsregierungen in seinem Votum vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK): «Keine Freude haben wir aber an den Vorschlägen des Bundesrates betreffend die Überwachung zukünftiger Abkommen. Eine Überwachungsinstanz ist grundsätzlich nur dann notwendig, wenn sich mehr als zwei Parteien an einem Vertrag beteiligen, wie dies im EU-Binnenmarkt

und im EWR der Fall ist. Im bilateralen Verhältnis ist eine solche Instanz überflüssig.»

Auf den Denkfehler wies in der APK Hans-Jürg Fehr (SP, SH) hin: «Unserer Meinung nach wäre eine solche Überwachungsbehörde eine Fehlkonstruktion.» Das Äquivalent zur Europäischen Kommission und damit zuständig für die korrekte Umsetzung des Rechts sei nicht ein neues Gremium, sondern der Bundesrat, die Exekutive. Für seine Genossen erklärte er, «dass wir dieser Überwachungsbehörde mit grösster Skepsis, wenn nicht sogar Ablehnung gegenüberstehen». Schliesslich wagte Fehr noch die flapsige Prognose: «Dieses Geisslein wird vermutlich nicht lange leben.» Selbst die Widmer-Schlumpf-Partei BDP teilte via Nationalrätin Ursula Haller (BE) mit, dass sie diese Behörde ablehne.

Nach einer kontroversen bis chaotischen Diskussion, die sich über drei Sitzungen erstreckte, einigte die nationalrätliche APK sich auf weniger als das Minimum: Sie beschloss mit 12 gegen 9 Stimmen, gar keine Meinung zu haben und nicht einmal über das aussenpolitische Projekt abzustimmen. Die APK des regierungshörigen Ständerats, die ebenfalls nicht entscheiden mochte, liess sibyllinisch nur verlauten: «Einige Stimmen aus der Kommission äusserten sich positiv.»

Der helvetische «Konsens», den Widmer-Schlumpf in die EU-Zentrale gemeldet hat, ist nachweislich eine Falschaussage. Wenn es ein schweizerisches Einvernehmen geben sollte, dann in der Missbilligung dieser institutionellen Anbindung und in der Kritik der neuen Konzessionen. Korrekt wäre somit, wenn Widmer-Schlumpf ihren irreführenden und devoten Brüsseler Brief, der die Schweiz nur schwächt, schleunigst zurückziehen würde. ○

J'ai aujourd'hui le plaisir de vous transmettre en annexe la teneur de nos propositions, dont j'ajoute qu'elles ont fait l'objet d'intenses discussions sur le plan interne dans le cadre d'une consultation menée auprès des Commissions de politique extérieure du Parlement fédéral, des Cantons et des organisations faïtières représentant les partenaires sociaux. En les élaborant, le Conseil fédéral a veillé à prendre en compte dans toute la mesure du possible les préoccupations exprimées par l'UE, notamment dans les conclusions du Conseil du 14 décembre 2010 portant sur les relations avec la Suisse. Il constate en particulier qu'au terme des consultations menées, un consensus s'est dégagé autour de l'objectif cardinal d'assurer l'homogénéité des règles communes créées par les accords entre la Suisse et l'UE.

En outre, j'ai le plaisir de vous informer qu'en date du 1^{er} juin 2012, le Conseil fédéral a adopté le texte du mandat relatif au dialogue mené avec l'UE au sujet des régimes fiscaux des entreprises, ce qui permet la prochaine ouverture de négociations dans ce domaine. Dans le même esprit, je me réjouis de constater que plusieurs dossiers pour lesquels l'UE a manifesté de l'intérêt - à l'instar d'une participation de la Suisse à GNSS ou au programme-cadre Euratom 2012-2013 - font l'objet de négociations constructives. Enfin, je tiens à rappeler que le Gouvernement suisse décidera en temps voulu et à la lumière de l'ensemble de nos relations avec l'UE d'un éventuel renouvellement de la contribution suisse à la réduction des disparités économiques et sociales au sein de l'Europe élargie, dans le cadre de l'approche d'ensemble et coordonnée. En prenant sa décision, il tiendra également compte des expériences réalisées avec la contribution actuelle ainsi que des besoins des potentiels pays bénéficiaires.

Konsequent in der Ichform: Auszüge aus Widmer-Schlumpfs Brief (Faksimile auf Seite 24/25).



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

La présidente de la Confédération

Swiss Confederation

Berne, le 15 juin 2012

Monsieur le Président,

Je me réfère à nos entretiens du 20 mars dernier à Bruxelles, au cours desquels nous avons évoqué les perspectives de consolidation et de développement des intenses et étroites relations que la Suisse entretient avec l'Union européenne. A cette occasion, nous avons notamment convenu d'accompagner ensemble les prochaines étapes, tant sur le plan technique que politique, sur la base de propositions de solutions institutionnelles transmises par la Suisse.

Conformément et à l'approche d'ensemble et coordonnée dont nous avons décidé, le Conseil fédéral a adopté un certain nombre de principes applicables aux questions institutionnelles se posant dans le cadre de nos relations, qu'il propose de concrétiser, en premier lieu, dans le contexte des négociations en cours relatives à l'accès au marché. A cet égard et comme vous le savez, nous considérons que le dossier de l'électricité se prête particulièrement bien à cette approche, car les négociations matérielles y sont déjà avancées et parce qu'un tel accord est dans l'intérêt des deux Parties.

J'ai aujourd'hui le plaisir de vous transmettre en annexe la teneur de nos propositions, dont j'ajoute qu'elles ont fait l'objet d'intenses discussions sur le plan interne dans le cadre d'une consultation menée auprès des Commissions de politique extérieure du Parlement fédéral, des Cantons et des organisations patronales représentant les partenaires sociaux. En les élaborant, le Conseil fédéral a veillé à prendre en compte dans toute la mesure du possible les préoccupations exprimées par l'UE, notamment dans les conclusions du Conseil du 14 décembre 2010 portant sur les relations avec la Suisse. Il constate en particulier qu'au terme des consultations menées, un consensus s'est dégagé autour de l'objectif cardinal d'assurer l'homogénéité des règles communes créées par les accords entre la Suisse et l'UE.

Son Excellence
Monsieur José Manuel Barroso
Président de la Commission européenne

BRUXELLES

Bundesgasse 3, 3003 Berne, Suisse
www.dff.admin.ch

Ainsi, les orientations institutionnelles proposées permettent d'assurer que les règles du marché intérieur applicables dans le cadre de nos accords soient appliquées de manière homogène et aussi simultanée que possible, en tenant compte du statut de la Suisse, non-membre de l'UE mais néanmoins étroitement imbriquée dans son espace économique et juridique. A cette fin, les principes exposés en annexe trouvent leur source d'inspiration notamment dans les solutions d'ores et déjà acceptées et appliquées par les deux Parties dans certains accords récents ainsi que sur les règles institutionnelles de l'accord multilatéral régissant l'Espace économique européen (EEE).

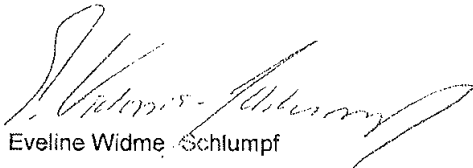
Permettez-moi de souligner toute l'importance que le Conseil fédéral a accordé à l'élaboration de propositions institutionnelles respectueuses des intérêts des deux Parties et aptes à consolider la voie bilatérale suivie depuis l'échec de la participation de la Suisse à l'EEE et le gel consécutif de la demande d'adhésion, en 1992.

En vous transmettant les propositions annexées, le Conseil fédéral entreprend une démarche proactive et substantielle qui crée les conditions nécessaires à des progrès décisifs dans les négociations que nous menons dans le cadre de l'approche d'ensemble et coordonnée dont nous sommes convenus. En particulier, je suis convaincue qu'une approche ouverte et constructive à l'égard de ces propositions nous permette d'avancer dans les négociations actuelles et futures en matière d'accès au marché.

En outre, j'ai le plaisir de vous informer qu'en date du 1^{er} juin 2012, le Conseil fédéral a adopté le texte du mandat relatif au dialogue mené avec l'UE au sujet des régimes fiscaux des entreprises, ce qui permet la prochaine ouverture de négociations dans ce domaine. Dans le même esprit, je me réjouis de constater que plusieurs dossiers pour lesquels l'UE a manifesté de l'intérêt - à l'instar d'une participation de la Suisse à GNSS ou au programme-cadre Euratom 2012-2013 - font l'objet de négociations constructives. Enfin, je tiens à rappeler que le Gouvernement suisse décidera en temps voulu et à la lumière de l'ensemble de nos relations avec l'UE d'un éventuel renouvellement de la contribution suisse à la réduction des disparités économiques et sociales au sein de l'Europe élargie, dans le cadre de l'approche d'ensemble et coordonnée. En prenant sa décision, il tiendra également compte des expériences réalisées avec la contribution actuelle ainsi que des besoins des potentiels pays bénéficiaires.

C'est dans cet esprit de partenariat ouvert et constructif que j'ai l'honneur de vous inviter pour une visite de travail à Berne dans les semaines à venir, dans le cadre de l'accompagnement politique que nous avons décidé d'apporter à cet important processus lors de notre dernière rencontre à Bruxelles.

Dans cette attente, je vous prie de croire, Monsieur le Président, à l'expression de ma haute considération.


Eveline Widmer-Schlumpf

Annexes:

- Principes applicables à la résolution des questions institutionnelles dans le cadre de l'accord "électricité" entre la Suisse et l'Union européenne
- Exemples illustratifs de concrétisation des principes institutionnels dans le cadre d'un accord sur l'électricité

Anders, als Sie denken.

Mehr Durchblick

Mehr Recherche

Mehr Vielfalt



Bestellen Sie jetzt ein Probe-Abonnement à 10 Ausgaben für nur Fr. 40.–.
Telefon: 043 444 57 01, E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch,
oder unter www.weltwoche.ch/abo.

«Immer in der Defensive»

Der Schweiz fehle das Gespür für internationale Entwicklungen, sagt Luzius Wasescha, der nach über dreissig Jahren beim Bund als WTO-Botschafter abtritt. Verhandlungsdelegationen müssten mit eigenen Lösungsvorschlägen auftrumpfen, um mehr herauszuholen. *Von Alex Reichmuth und Olivier Vogelsang (Bild)*

Herr Wasescha, Sie standen über dreissig Jahre im Dienst der Schweizer Diplomatie und waren zuletzt Botschafter bei der Welt handelsorganisation (WTO). Nun warfen Sie kürzlich der Schweizer Verhandlungsdiplomatie Mutlosigkeit vor. Wieso?

Der Vorwurf der Mutlosigkeit gilt nicht der Verhandlungsdiplomatie, sondern vielmehr unserem politischen System. Es ist vor allem systembedingt, dass wir Schweizer in Verhandlungen jeweils von Anfang an den Kompromiss suchen – aus einem Harmoniebedürfnis heraus und aus Angst, in die Ecke getrieben zu werden. So können wir unsere Interessen aber nicht optimal vertreten.

Liegt das wirklich am politischen System?

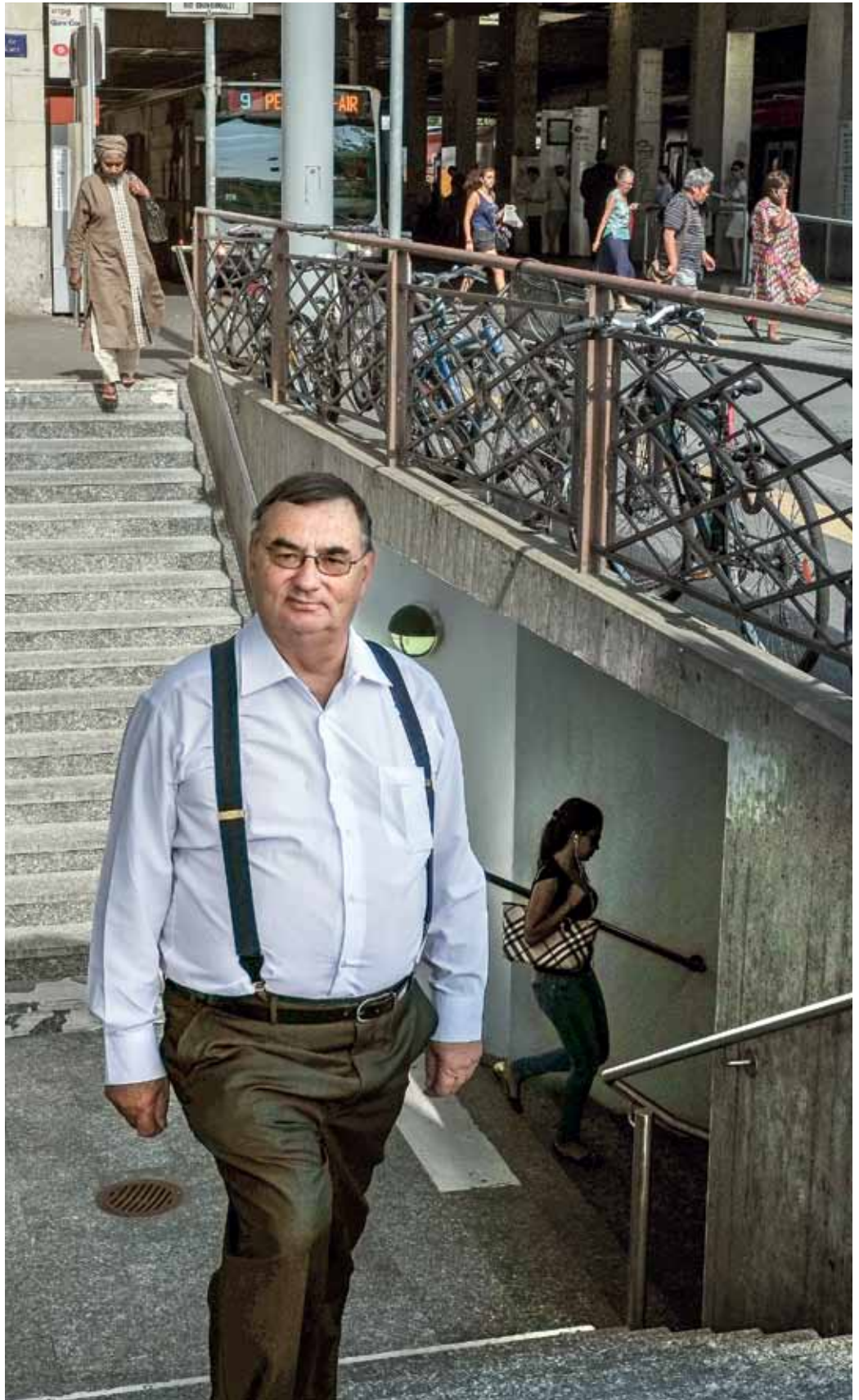
Schon. In unserem Land brauchen wir Kompromisse, die alle Mehr- und Minderheiten einigermaßen mittragen können. Bei internationalen Verhandlungen hingegen muss man auffallen. Der Schweizer aber fällt nicht gerne auf. Wir geraten darum dauernd in Situationen, wo wir aus der Defensive operieren müssen. Man müsste offensiv auftreten und eigene Vorschläge auf den Tisch legen. Aber dazu sind wir politisch nicht fähig.

Lässt sich das ändern?

Die Schweiz sollte versuchen, die Nachteile des eigenen Systems zu korrigieren, indem sie ihren Delegationen mehr Freiheiten und Verantwortung bei Verhandlungen gibt. Sie sollten nach bestem Gutdünken handeln können. Für mich waren die schwierigsten Verhandlungen immer diejenigen mit der eigenen Verwaltung. Hinter jedem, der etwas tut, stehen dort fünfzehn andere, die ihn überwachen. Und jeder weiss, vor allem nachher, wie man es besser machen könnte.

Ist das in anderen Ländern nicht ebenso?

Zum Teil sicher, aber bei uns ist dieser Kontrollwahn schon sehr ausgeprägt. Genau deshalb werden wir Schweizer regelmässig überrascht von Problemen, die voraussehbar wären. Zum Beispiel warnte ich schon vor über zehn Jahren vergebens vor den Schwierigkeiten, die auf den Finanzplatz Schweiz zukommen. Die Schweiz zählte zwar bis Ende der 1990er Jahre zu den sieben stärksten Nationen punkto Finanzgeschäfte. Aber als erste Probleme auftauchten, betrachteten wir diese ausschliesslich durch die bilaterale



«Ausgeprägter Kontrollwahn»: Handelsdiplomats Wasescha.

Brille. Man schaute jeweils auf das Land, das sich äusserte, und wollte die Angelegenheit allein mit ihm regeln. Damit fehlte der Überblick über die grossen Entwicklungen – wie oft. Erst wenn es nicht mehr anders geht, akzeptieren wir hierzulande ein Problem. Ein typisches Beispiel dafür ist der Streit um den Fluglärm am Flughafen Zürich, wo wir früher einen besseren Deal viel billiger hätten haben können.

Sie meinen, die Schweiz hätte den Vertrag mit Deutschland zur Verteilung des Fluglärms, der vor zehn Jahren vorlag, nicht ablehnen dürfen?

Sicher nicht. Die Schweiz hätte sogar noch viel früher, als einige süddeutsche Gemeinden erstmals wegen des Fluglärms reklamierten, mit diesen verhandeln sollen. Man hätte bestimmt eine Lösung gefunden, die wesentlich besser gewesen wäre als die heutige.

Sie sagten, der ehemalige Bundesrat Merz habe nie über das Bankgeheimnis verhandelt, er habe es einfach aufgegeben. Hätte er denn eine Alternative gehabt?

Hans-Rudolf Merz sagte, das Bankgeheimnis sei nicht verhandelbar. Doch dann gab er es auf, ohne auch nur verhandelt zu haben. Das ist aber weniger als Vorwurf an Merz gemeint, sondern wiederum als Kritik an unserem System. In der Schweiz glaubt man, unbesiegbar zu sein, weil man sich an Positionen hält, die rein rechtlich korrekt sind. Aber andere Staaten haben weit mehr Mittel als juristische, uns unter Druck zu setzen. Wir können uns zudem kaum in die Position anderer versetzen. Und weil die Schweiz isoliert und bei wichtigen Organisationen nicht dabei ist, ist sie immer wieder ein willkommenes Opfer anderer Länder, die sich auf Kosten der Schweiz profilieren wollen. Es scheint mir, wie wenn wir ein Auto mit einem Vorwärts- und sechs Rückwärtsgängen entwickelt hätten – und nun glauben, in der Formel 1 siegen zu können.

Liegen die Probleme darin, dass die Schweiz nicht EU-Mitglied ist?

Wir haben ein verkrampftes Verhältnis zur EU. Unsere Grundmotivation gleicht der in einem süddeutschen Fürstentum: weg vom Reich. Wir halten uns für einzigartig. Zwar haben wir in einzelnen Bereichen fantastische Lösungen gefunden, wie die Entwicklung eines politischen Systems aus einer Alpgemeinschaft. Aber wir sind zunehmend unfähig, Mehrheiten für eigene Lösungen zu finden. Denken Sie an unsere Landwirtschaft. Es ist die schönste Landwirtschaft der Welt, wenn auch die teuerste. Wir könnten sie schrittweise an die Erfordernisse der Welthandelsorganisation anpassen. Aber in der Schweiz ist das äusserst schwer durchzusetzen.

Ist der bilaterale Weg der Schweiz mit der EU am Ende – wie man es in Brüssel, aber auch vom Bundesrat immer wieder hört?

Wenn die EU uns sagt, dass die heutigen Vertragsstrukturen zu kompliziert seien, erfolgt dies nicht etwa aus bösem Willen der Schweiz gegenüber, sondern weil mit der EU-Osterweiterung viele Staaten zur EU stiessen, die es nicht interessiert, was die Schweiz tut. Und diese Staaten akzeptieren nicht, dass die Schweiz besser behandelt wird als ein Mitglied der EU. Das gibt Spannungen, denen wir uns stellen müssen.

Also sehen Sie kaum eine Zukunft für den bilateralen Weg?

Man kann die Probleme sicher teilweise bilateral lösen. Aber vermutlich genügt das nicht. Ist eine geteilte Souveränität nicht besser als eine formell ungeteilte, die man in der Realität aber nicht ausüben kann – weil wir nicht dabei sind, wenn Entscheidungen über unsere Zukunft gefällt werden?

Sollte die Schweiz Verträge abschliessen, die die automatische Übernahme von EU-Recht vorsehen?

Nein. Der automatische Nachvollzug würde die Selbstaufgabe der Souveränität bedeuten. Wenn man Selbstbestimmung aufgibt, muss man stattdessen mitgestalten können.

Dann bleibt nur der Beitritt zur EU.

Der EU-Beitritt sollte zumindest eine Option sein. Leider gibt es in unserem Land immer einen Aufschrei, wenn man den Begriff Europa nur in den Mund nimmt. Wir sind bei diesem Thema wahnsinnig verkrampft, ohne es sein zu müssen. Denn kein noch so bürokratischer EU-Beamter würde einem Schweizer Jodler verbieten zu jodeln.

Möglich, aber ein Beitritt hätte gewaltige Nachteile.

Wenn wir Vorteile bewahren wollen, müssen wir – technokratisch gesprochen – Handelshemmnisse vermeiden. Irgendwann kommt der Zeitpunkt, wo wir uns eingestehen müssen, dass es so nicht weitergehen kann. Es braucht eine politische Güterabwägung, die nicht nur auf der sogenannten Stimmung im Volk aufbaut, sondern mittel- und langfristige Vor- und Nachteile abwägt.

Ist dieser Zeitpunkt schon da?

Für mich persönlich schon lange. Wären wir von Anfang an bei der EU dabei gewesen, hätten wir nicht ein derart verkrampftes Verhältnis zu ihr. Sehen Sie doch: Ein Bayer blieb ein Bayer, obwohl Deutschland in der EU ist. Ich sehe, ausser vielleicht beim Thema Bankgeheimnis, keine Frage, wo es nicht möglich erscheint, innerhalb der EU Lösungen zu treffen, die auch für uns Schweizer vernünftig sind.

Eine solche Frage ist die der Personenfreizügigkeit mit der EU. Da gibt es grosse Probleme wegen der starken Zuwanderung.

Sicher ergeben sich wegen der Zuwanderung einige zusätzliche Schwierigkeiten. Aber die Menschen kommen ja in die Schweiz, weil sie hier Arbeit finden. Und mit dieser Zuwanderung werden unsere Unternehmen wettbewerbsfähig und können in der weltweiten Wertschöpfungskette mithalten. Wir müssen uns auch hier davon lösen, alles kontrollieren zu wollen. Diese Kontrollsucht liegt leider in der Schweizer Mentalität: Wenn man hierzulande zehn Minuten widerrechtlich ein Parkfeld besetzt, wird man sofort darauf aufmerksam gemacht – nicht von der Polizei, sondern von irgendwelchen Passanten.

Wie soll die Schweiz reagieren, wenn deutsche Bundesländer CDs mit gestohlenen Daten von Schweizer Bankkunden kaufen?

Auch hier zeigt sich, dass die Schweiz einmal mehr in der Defensive ist. Die Schweiz hat gute Geschäfte gemacht mit Geldern, die nach unserer Rechtsauffassung legal sind, aber nicht nach ausländischer Auffassung. Sich jetzt als Opfer zu bezeichnen, passt schlecht dazu.

Die Schweiz will die Reste ihres Bankgeheimnisses retten, indem sie Steuerabkommen mit einzelnen Ländern abschliesst. Wird das funktionieren?

Es ist sicher ein gangbarer Weg. Aber man darf nicht den Fehler machen und meinen, mit dem Abschluss solcher Verträge seien die Probleme für immer aus der Welt geschafft. Man kann sich fragen, ob es nicht gescheiter wäre, den langjährigen Trend umzusetzen, den es in der OECD gibt.

Also den automatischen Informationsaustausch akzeptieren.

Ich bin überzeugt, dass der automatische Informationsaustausch nicht das Gelbe vom Ei ist. Wenn jedoch die ganze Welt diejenigen, die sich nicht daran halten, als Gauner anprangert, wird uns ein Verzicht darauf einen grossen Reputationsschaden bringen. Aber über so etwas wird in der Schweiz nicht diskutiert. Es ist tabu. Ich bedauere, dass die Schweiz nicht den Mut hat, über Themen wie den automatischen Informationsaustausch zu sprechen. Wir wollen immer null Risiko.

Diplomaten pflegen in der Öffentlichkeit zu schweigen – vor allem, wenn sie abgetreten sind. Sie geben Interviews, obwohl Sie seit Anfang August in Pension sind. Warum?

Offensichtlich besteht eine Nachfrage nach Interviews. Und in einer freien Marktwirtschaft sollte man eine Nachfrage befriedigen, oder?

Luzius Wasescha, 66, vertrat bis Ende Juli die Schweiz bei der Welthandelsorganisation (WTO). Er diente dem Bund über dreissig Jahre als Handelsdiplomate und Botschafter. Trotz Ruhestand behält er Ehrenfunktionen wie den Vorsitz des Club Diplomatique in Genf oder das Präsidium des Naturparks Ela in Graubünden.

Tod im Gebärsaal

Eine Chefärztin des Spitals Wil ist wegen fahrlässiger Tötung verurteilt worden. Trotzdem ist sie immer noch in Amt und Würden. Sanktionen wurden keine ergriffen. Kanton und Spitalleitung versuchten, den Vorfall möglichst diskret zu behandeln. *Von Christoph Landolt*



Schuldspruch mit Seltenheitswert: Chefärztin Leimgruber an einer Pressekonferenz, in der es nicht um ihren Fall ging.

Am 12. Oktober 2007 brach das Unglück über die Familie Stähelin (Name geändert) herein. Es begann damit, dass Mutter Monika, die in der 36. Woche schwanger war, einen stechenden Schmerz in der Bauchgegend verspürte. Das Kind, das irgendwann im nächsten Monat hätte geboren werden sollen, trat und boxte nicht mehr. Monika Stähelin hatte bereits sieben Kinder auf die Welt gebracht. Sie wusste, dass etwas nicht stimmen konnte. Am Nachmittag verliess sie mit ihrem Mann Martin Haus und Hof im Toggenburg, um sich im Spital Wil SG untersuchen zu lassen. Das winzige Herz, das auf dem Monitor des Ultraschallgeräts hellblau leuchtete, stand still.

Die Tragödie, die folgen sollte, wird erst jetzt, fünf Jahre später, strafrechtlich aufgearbeitet. Die Chefärztin der Gynäkologie, Cécile Leimgruber, wurde vor zwei Monaten vom Kreisgericht Wil wegen fahrlässiger Tö-

tung zu zwei Jahren bedingt verurteilt. Es ist ein Schuldspruch mit Seltenheitswert. Obwohl bekannt ist, dass in Schweizer Spitälern immer wieder teilweise auch gravierende Kunstfehler gemacht werden, kommt es höchst selten vor, dass ein Arzt dafür haftbar gemacht wird. Was ist an diesem Herbsttag passiert?

Für Monika Stähelin war klar, dass sie ihr totes Kind ohne Zuwarten auf die Welt bringen wollte. Die Ärzte verabreichten ihr Medikamente, um ein Uhr nachts setzten die Wehen ein. Die Schmerzen waren schlimm – schlimmer als bei den sieben Geburten, die Stähelin bereits erlebt hatte. Und die Schmerzen wichen auch nicht, nachdem der kleine Leichnam draussen war. Das hätte hellhörig machen müssen, denn der Unterleib der 34-Jährigen war zuvor mittels Periduralanästhesie (PDA) betäubt worden.

Um 6.30 Uhr brach Monika Stähelins Kreislauf zusammen, sie erlitt einen schweren

Schock. Der Blutdruck sackte ab, der Puls fiel. Cécile Leimgruber, die verantwortliche Gynäkologin, stellte eine Diagnose, die sich später als falsch herausstellen sollte: Atonie. Die Gebärmutter ziehe sich nicht zusammen, so die Annahme. Leimgruber wies das Pflegepersonal und die Hebammen an, den Bauch der Patientin zu massieren. Die Leitung übernahm die Chefärztin jedoch nicht, weitere Untersuchungen nahm sie nicht vor. Auch die Spektula, den Blick in die Vagina, wie er in solchen Fällen gemäss dem Medizinstandardwerk Pschyrembel zwingend ist, unterliess sie. Auf Leimgrubers Programm stand zuerst der Morgenrapport.

Es muss während des Rapports gewesen sein, als zum ersten Mal ein Arzt das Wort Gebärmutterriss in den Mund nahm. Man ging nicht weiter darauf ein. Die Diagnose Atonie blieb gültiger Befund. Gegen 8 Uhr nahmen Leimgruber und eine ihrer Oberärztinnen einen

Augenschein bei der Patientin im Gebärsaal, die zu diesem Zeitpunkt wohl noch bei Bewusstsein war. Die Gynäkologinnen besprachen sich mit dem Anästhesisten, der die Stellung gehalten hatte. Dieser machte Leimgruber darauf aufmerksam, dass es neben Atonie noch zwei weitere Erklärungen für den Zustand der Patientin gebe: unvollständig abgelöste Plazenta und Gebärmutterriss. Doch die Chefärztin beharrte auf ihrer Diagnose. Die Operationen, die für diesen Morgen geplant waren, wollte sie nicht absagen, stattdessen beauftragte sie die Oberärztin damit, Patientin Stähelin zu betreuen. In den nächsten zwei bis zweieinhalb Stunden verlor die Frau literweise Blut.

Bis Monika Stähelin gegen Mittag mit der Ambulanz ins Kantonsspital St. Gallen transportiert worden war, war es zu spät. Zwar erkannten die Gynäkologen des Zentrumsspitals den Ernst der Lage. Sie fanden sofort heraus, dass die Gebärmutter gerissen war. Die Ärzte stoppten die Blutung, so gut es ging. Durch den hohen Blutverlust war das Gewebe angegriffen worden. Monika Stähelin starb an akutem Herzversagen, hervorgerufen durch irreversible Sauerstoffmangelschäden.

Witwer nicht informiert

Fünf Jahre sind seither vergangen. Die Kinder der Stähelins, nun alle im Volksschulalter, haben ihr Lachen wieder gefunden. Bevor sie pünktlich ins Bett gehen, geben sie dem Reporter freundlich die Hand. Ihr Vater, ein starker, aufrechter Mann mit verschmitztem Lächeln, sagt, es gehe ihm «recht». Er hat wieder geheiratet. Über sein Schicksal sprechen möchte er nicht. «Das bringt mir meine Frau auch nicht zurück.»

Das Urteil des Kreisgerichts interessiert Stähelin jedoch brennend. Er hat von der *Weltwoche* erfahren, dass die Gynäkologin, die bis zum Schluss an ihrer ersten (Fehl-)Diagnose festgehalten hat, schuldig gesprochen worden ist. Er hat nicht damit gerechnet.

Staatsanwalt Paul Frei ist mit dem Richterspruch zufrieden. Das Kreisgericht Wil sei seinem Antrag weitgehend gefolgt und habe ein Urteil im obersten Bereich der unbedingten Freiheitsstrafe gefällt, das dem Verschulden angemessen sei. «Die Gerichte kleben bei Fällen von fahrlässiger Tötung immer im untersten Drittel des möglichen Strafmasses. Das ändert sich hoffentlich.»

Cécile Leimgruber sagte vor Gericht, sie habe alles richtig gemacht, ihr Verteidiger plädierte auf unschuldig. Eine schriftliche Begründung hat sie jedoch nicht verlangt und das Urteil somit akzeptiert. Seit einem Monat ist der Richterspruch rechtskräftig. Vielleicht hat die Ärztin auf einen Weiterzug verzichtet, weil sie einen Schlussstrich ziehen wollte. Vielleicht war sie auch erleichtert, dass keine Zeile über die Verhandlung geschrieben worden ist (spätestens, wenn sich das Kantonsgericht

über den Fall beugen muss, wäre er nicht länger geheim zu halten). Cécile Leimgruber reagiert weder auf Anrufe noch auf Mails. Ihr Anwalt sagt, er stehe nicht zur Verfügung.

Drei weitere Verfahren

Beim Spital Wil und beim Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen tat man zunächst so, als ob nichts wäre. Chefärztin Leimgruber operiert immer noch und bleibt in Amt und Würden. Obwohl das Urteil seit zwei Monaten vorliegt, wurde die Öffentlichkeit mit keiner Zeile informiert. Erst nachdem die *Weltwoche* das Spital am Montag dieser Woche mit den Recherchen konfrontiert hatte, musste es schnell gehen. In aller Eile verfasste das Departement eine Medienmitteilung. Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann (SP)

Der Anästhesist mahnte, aber die Chefärztin beharrte auf ihrer falschen Diagnose.

sagt, man habe nichts zu verbergen und pflege eine offene Kommunikationspolitik. Dass das Communiqué erst jetzt kommt, erklärt sie mit den Sommerferien ihrer Mitarbeiter. Das Urteil sei erst seit dem 12. Juli rechtskräftig.

Für das Spital Wil besonders gravierend ist, dass sich nicht nur die Chefärztin der Gynäkologie vor Gericht verantworten musste. Ende August und Anfang September stehen vor dem Bezirksgericht drei weitere Verhandlungen an. Die Staatsanwaltschaft hat auch die Oberärztin der Gynäkologie sowie den Chef- und den Oberarzt der Anästhesie angeklagt. Wenn gleich vier ranghohe Ärzte verurteilt würden, liesse sich Leimgrubers Versagen nicht als individueller Fehler abtun.

Hauptschuldige ist aus Sicht der Anklage aber die Chefärztin. Zahlreiche Leute seien um das Bett von Monika Stähelin herumgestanden, sagt Staatsanwalt Paul Frei. «Das Spitalpersonal hat gut gearbeitet, aber ohne Kopf.» Frei spricht von «gravierendem Pfusch». Das Fehlverhalten sei nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. «Augenblicksversagen, wie bei einem Autofahrer, der einmal zu spät bremst, liegt nicht vor. Frau Leimgruber hat stundenlang gar nichts getan.» In seinem Plädoyer vor dem Gericht warfer der Ärztin drei Fehler vor: ärztliche Inkompetenz, Desorganisation, starres und überholtes Hierarchiedenken. Obwohl andere Ärzte Zweifel an der chefärztlichen Diagnose geäussert hätten, sei stur daran festgehalten worden. Niemand habe Widerspruch gewagt.

Müsste ein derart eindeutiges Urteil keine personellen Konsequenzen haben? «Käme wiederholt ein gravierender Fehler vor, ja», meint die Gesundheitsdirektorin. Bis jetzt hatte der Tod von Monika Stähelin keinerlei disziplinarische Folgen, weder für Chefärztin Leimgruber, noch für die anderen angeklagten Ärzte

oder die Spitalleitung. Doch kann es sich ein öffentliches Spital leisten, eine vorbestrafte und verurteilte Gynäkologin zu beschäftigen? Ist eine Frau, die eine Fehldiagnose stellt und während Stunden nicht auf die Bedenken ihrer Umgebung eingeht, als Chefärztin die richtige Besetzung? «Eine Garantie dafür, dass so etwas nicht vorkommen kann, hat man leider nie. Auch mit einem Wechsel nicht», sagt Hanselmann.

Man habe umgehend gehandelt, sagt Hanselmann. Frau Leimgruber sei ein sehr renommierter Gynäkologe zur Seite gestellt worden, Prof. Dr. med. Urs Haller, ehemaliger Direktor der Frauenklinik des Unispitals Zürich. Professor Haller habe Leimgruber in den fünf Jahren intensiv begleitet, «im Sinne eines Coachings». Die Kosten seien bescheiden gewesen, denn für alle Beteiligten sei nicht das Honorar, sondern die Qualität der medizinischen Versorgung im Vordergrund gestanden, sagt Hanselmann. Diverse Fachorganisationen bescheinigten Leimgruber, gute Arbeit zu leisten, so Hanselmann weiter. Patientenumfragen hätten gezeigt, dass die Geburtshilfeabteilung und ihre Chefin viel Vertrauen genossen. Der Verwaltungsrat des Spitals habe «in Aussicht genommen», dass Frau Leimgruber in ihrer Funktion bleiben solle. Die Frage, ob eine Chefärztin, die fachlichen Beistand nötig hat, die Richtige ist, um in strittigen Fällen korrekte Entscheide zu treffen – sie scheint bereits entschieden. ○

Abonnenten profitieren.



Wöchentlich ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen.
www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH

Die verflixte Schweigespirale

Fukushima hat das Vertrauen in die Kernenergie nur oberflächlich beschädigt. Entpuppt sich die «grüne Wende» als Illusion, kann die Stimmung schnell wieder kippen. Zu diesem Schluss gelangt eine bisher unveröffentlichte Konsumentenstudie der ETH Zürich. *Von Alex Baur*



Ein eigentlicher Meinungsumschwung fand nicht statt: Atomkraftwerk Gösgen.

Aus wissenschaftlicher Sicht war es ein Glücksfall. Im Herbst 2010 führte Professor Michael Siegrist, ein auf das Verhalten von Konsumenten spezialisierter Forscher der ETH Zürich, eine breite Untersuchung über die Akzeptanz der Kernenergie in der Schweiz durch. Kaum lagen die Auswertungen vor, kam es im japanischen Fukushima zur Kernschmelze. Siegrist nutzte die Gelegenheit, um den gleichen Leuten zwei Wochen nach dem nuklearen GAU noch einmal die gleichen Fragen zu stellen. Im Herbst 2011 – zwischenzeitlich hatten die Regierung und das Parlament in Bern den Atomausstieg verkündet – wiederholte er die gleiche Befragung ein drittes Mal.

Die Untersuchung der ETH ist aus verschiedenen Gründen von besonderer Aussagekraft. Zum einen zeigt sie die Meinungsbildung in der Bevölkerung über den Zeitraum von einem Jahr in einer heissen Phase auf. Vor allem aber

ist die Erhebung der ETH-Forscher viel feiner und präziser als die üblichen Meinungsumfragen, die sich auf ein simples, aber oft trügerisches Pro und Kontra beschränken. Die Resultate sind deshalb nicht so einfach auf den Punkt zu bringen. Und doch gelangte Siegrist zu einem überraschenden Fazit: Fukushima hat das Vertrauen in die Kernenergie zwar beschädigt, von einem eigentlichen Meinungsumschwung kann aber keine Rede sein.

Eine der Besonderheiten der Umfrage liegt darin, dass den Befragten (tausend Personen) zwölf Thesen zur Beurteilung vorgelegt wurden, zu denen sie nicht mit einem «Ja» oder einem «Nein» Stellung nehmen konnten. Vielmehr wurden die zufällig ausgewählten Kandidaten eingeladen, ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer Skala von eins bis sieben zu bestimmen. Anders als bei den meisten bisher publizierten Umfragen wurden

auch Argumente berücksichtigt, die für die Kernenergie sprechen. Die Fragen verteilten sich auf vier Themenbereiche: generelle Akzeptanz, Wahrnehmung der Risiken, Wahrnehmung der Vorteile, Vertrauen in Wissenschaft und Institutionen.

Auf den ersten Blick fällt das Resultat wie erwartet aus: Die Vorteile der Kernenergie wurden nach Fukushima generell tiefer eingestuft als zuvor, die Risiken dagegen höher. Allerdings fällt auch auf, dass die Ausschläge relativ gering sind. Das Vertrauen in die Wissenschaft sank etwa vom Mittelwert 4,87 auf 4,30, jenes ins Bundesamt für Energie von 4,41 auf 3,86.

Je nachdem erscheint die Kernenergie als das kleinere Übel – und damit als bessere Lösung.

Das Vertrauen in die Sicherheit neuer Kernkraftwerke sank vom Mittelwert 4,25 auf 3,24, mithin unter den «Neutralwert» von 3,5. Zugleich stellten die Forscher aber auch fest: Die Verschiebungen sind bei den Befürwortern der Kernenergie etwa gleich wie bei den Gegnern – doch die Fronten haben sich nicht gross verschoben.

Im Klartext: Fukushima hat die Befürworter der Kernenergie nur selten zu Gegnern gemacht, sondern lediglich ihre Zustimmung abgeschwächt. Mag sein, dass dies bei einer Volksabstimmung über den Atomausstieg den Ausschlag geben könnte. Fragt sich nur, wie lange der Fukushima-Effekt anhält. Aufgrund vergleichbarer Untersuchungen, die 1986 im Umfeld von Tschernobyl erhoben wurden, gehen die Forscher der ETH davon aus, dass die Stimmung schnell wieder kippen kann.

Gemäss Professor Siegrist hat die aktuelle Untersuchung gezeigt, dass für die Bevölkerung nicht etwa die Risiken der Kernenergie im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile und die Versorgungssicherheit. Anders gesagt: Der Ölpreis oder ein drohender Blackout dürften auf längere Frist einen grösseren Einfluss haben auf das Abstimmungsverhalten als Fukushima. «Sollte sich die Energiewende als Illusion erweisen», so Siegrists Fazit, «dann dürfte die Akzeptanz der Kernenergie in der Bevölkerung wieder rasch zunehmen.»

Die bislang noch unveröffentlichte Umfrage der ETH stellt nicht nur den im Wahljahr 2011 hastig verkündeten Atomausstieg in Frage. Sie

widerspricht auch der von praktisch allen Medien unisono verbreiteten Meinung, das Ende der Kernenergie sei in der Schweiz längst beschlossene Sache und werde vom Volk diskussionslos getragen. Mutter dieser These ist eine Meinungsumfrage des Instituts Iso-public, welche die *Sonntagszeitung* nur wenige Tage nach der Tsunami-Katastrophe in Japan publizierte. Gemäss jener Umfrage lehnten 74 Prozent der Schweizer den Bau neuer AKW ab; gar 87 Prozent wollten angeblich aus der Atomenergie aussteigen.

Selbst bürgerliche Politiker, die wenige Wochen zuvor noch für den Neubau des AKW Mühleberg geworben hatten, kippten in der Folge wie Dominosteine. Der damalige FDP-Präsident Fulvio Pelli interpretierte die Umfrage der *Sonntagszeitung* gar als «klaren Auftrag, nach Alternativen zur Atomenergie zu suchen». Für CVP-Präsident Christophe Darbellay wurde die Vermutung, dass «Kernkraftwerke nicht mehr mehrheitsfähig» sind, mit einem Schlag zum Dogma. Den spektakulärsten Sprung vom Lager der Atombefürworter zu den Gegnern vollzog die BDP, die sich damit mehr oder weniger elegant die Wiederwahl von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf durch die Linken sicherte.

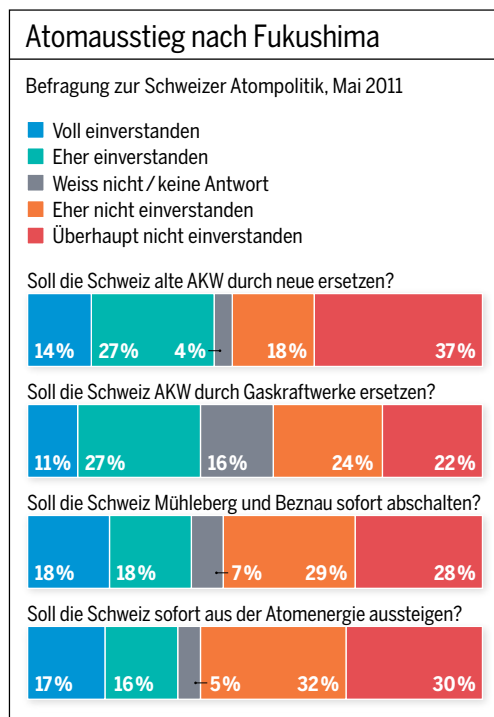
Wichtige Grundsatzentscheide werden in der Schweiz allerdings nicht von den Politikern und Meinungsforschern gefällt, sondern vom Souverän. Schon ein oberflächlicher Blick zeigt, dass die Umfrage der *Sonntagszeitung* mit Vorsicht zu geniessen ist. Wie kommt es, dass 87 Prozent der Befragten für den Atomausstieg sind, jedoch bloss 74 Prozent gegen den Neubau von Atomkraftwerken? Des Rätsels Lösung liegt bei den Fragen und vor allem beim Kontext, in dem sie gestellt werden. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die sogenannte Schweigespirale. Das Phänomen ist in der Meinungsforschung hinlänglich bekannt: Jene, die eine vermeintlich verpönte Meinung vertreten, bringen diese zurückhaltend oder gar nicht zum Ausdruck, während sich jene, die sich in der Mehrheit wännen, ungeniert und dezidiert äussern.

Bei einem geheimen Urnengang kommt die Meinung der Bevölkerung indes ungefiltert zum Ausdruck. Ein Beispiel dafür ist die Minarett-Initiative, die vom Souverän deutlich angenommen wurde, obwohl die Meinungsforscher eine überwältigende Ablehnung prognostiziert hatten. Bei der nicht minder emotional geladenen Atomfrage kommt dazu, dass die Antwort immer von den Alternativen abhängt. Niemand wünscht sich ein AKW, wenn es nicht nötig ist. Die Frage lautet vielmehr, ob man andere Optionen hat und ob diese tatsächlich besser sind. Denn klar ist nur eines: Ohne Strom geht nichts mehr. Je nachdem erscheint die Kernenergie als das kleinere Übel – und damit als bessere Lösung. Im Gegensatz zu den meisten Politikern, die

mit eingängigen Parolen auf Stimmenfang gehen, scheint die Bevölkerung durchaus in der Lage zu sein, derartige Differenzierungen vorzunehmen. Dies zeigt etwa eine Umfrage, welche das Institut gfs.bern unter der Leitung von Claude Longchamp (SP) im Mai 2011 erhob, also auf dem Höhepunkt der Japan-Krise. Wohl wurde auch hier ein markanter Anstieg bei den Atomskeptikern registriert. Angestiegen ist allerdings auch der Anteil jener, die Engpässe bei der Stromversorgung für «eher» bis «sehr» realistisch halten (von 35 auf 53 Prozent).

Gas noch unbeliebter als Atom

84 Prozent sprachen sich damals trotz Fukushima-Schock gegen einen «überstürzten Ausstieg» aus, lediglich 33 Prozent wollten die bestehenden AKW vor dem Ende ihrer Laufzeit



Die Debatte hat erst angefangen.

abschalten. Unter dem Eindruck von Fukushima befürworteten zwar nur noch 41 Prozent der Befragten den Ersatz der alten Kernkraftwerke durch neue. Gaskraftwerke als Ersatz fanden allerdings eine noch geringere Zustimmung von 38 Prozent (siehe Grafik oben).

Ein ähnliches Bild vermittelt die sogenannte Eckwertstudie, die das Institut Demoscope seit zehn Jahren im Auftrag von Swissnuclear erhebt. Die letzte Umfrage fand im vergangenen Oktober statt, also gut ein halbes Jahr nach Fukushima. Jeweils rund zwei Drittel der 2000 Befragten waren der Meinung, unsere AKW seien «eher sicher» und notwendig für unsere Stromversorgung, es werde auch in Zukunft neue Grosskraftwerke brauchen und sie wären nicht bereit, für einen Atomausstieg den Verlust von Arbeitsplätzen in Kauf zu nehmen. Allerdings vertraten damals auch 57 Prozent die Ansicht, Stromsparen und erneuerba-

re Energien würden ausreichen, um auf die Atomenergie zu verzichten.

Diese Resultate mögen auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen. Tatsächlich bestätigen sie den Befund, den Professor Siegrist von der ETH mit seinen verfeinerten Methoden erhoben hat: Der vom Bund propagierte Atomausstieg ist nur mehrheitsfähig, solange die Bevölkerung an die Machbarkeit einer wirtschaftlich tragbaren «grünen» Energie-wende glaubt. Inzwischen scheint aber selbst Energieministerin Doris Leuthard (CVP) ihre Zweifel an dieser Vision zu haben, fordert doch auch sie neuerdings den Bau von Gaskraftwerken als «Übergangslösung». Während sich allmählich Widerstand gegen geplante Windanlagen formiert, haben nach dem Berner Stimmvolk kürzlich auch die Neuenburger an der Urne eine neue Abgabe zur Förderung von Alternativenergien abgelehnt.

Langfristig betrachtet – über die letzten Jahrzehnte – hat die Akzeptanz der Kernenergie eher zugenommen. 1979 wurde eine erste Initiative, die den Bau neuer AKW faktisch verunmöglicht hätte, bloss knapp (49,2 Prozent Zustimmung) abgelehnt. Eine zweite Ausstiegsinitiative fand 1984 nur noch 45 Prozent

Langfristig betrachtet hat die Akzeptanz der Atomenergie eher zugenommen.

Zustimmung. Nach Tschernobyl witterten die Atomgegner Morgenluft, doch 1990 schickte der Souverän die nächste Atom-Initiative bachab (47,2 Prozent Ja-Stimmen). 2003 schmetterte das Schweizer Volk letztmals den Atomausstieg mit 66,3 Prozent Gegenstimmen ab.

Für diese Entwicklung hat Professor Michael Siegrist eine Erklärung: Wurde die Kernenergie in den 1970er und 1980er Jahren noch mit der Atombombe in Verbindung gebracht, ging dieser Konnex nach dem Ende des Kalten Krieges zusehends verloren. Die Anti-Atom-Bewegung hat ihre Wurzeln in der Friedensbewegung, die in Deutschland besonders stark war. Das ist Geschichte. Doch die Generation, die heute an den Hebeln der Macht sitzt, wurde in jenen Jahrzehnten politisch geprägt.

Allerdings gibt es Anzeichen, dass just der Atomausstieg der breiten Öffentlichkeit die Vorteile der Kernenergie (Versorgungssicherheit, keine Immissionen) und die Nachteile der vermeintlichen Alternativen (unzuverlässig und ineffizient) vor Augen führt. So stufte gemäss Demoscope 2008 eine knappe Mehrheit den Atomstrom noch als «eher teuer» ein. Im letzten Herbst hielten 61,9 Prozent der Befragten die Kernenergie dagegen für «eher günstig». Die AKW-Frage ist noch lange nicht entschieden. Die Debatte hat erst angefangen. ○

Angriff aufs Privateigentum

Vermögensabgaben, Erbschaftssteuern, Enteignungen: Weltweit greifen die Staaten nach dem Eigentum ihrer Bürger. Auch die Schweiz macht mit – mit negativen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und das Vertrauen in die Rechtsordnung. *Von Florian Schwab*



18 Milliarden Franken: Bundesrätin Leuthard.



«Vermögensabgabe»: Staatspräsident Hollande.



Gratis-Kultur: Justizministerin Sommaruga.

Im Mai dieses Jahres gab der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk der *Zeit* ein Interview. Er brandmarkte das überall sichtbare «Prinzip Gratis» und konstatierte eine allgemeine Anspruchshaltung: Wir wollen zwar konsumieren, aber nicht zahlen. Auf diese Einstellung müssten zwangsweise irgendwelche Enteignungen folgen. Die ersten Opfer, so der Philosoph, werden künstlerische Werke sein, denn die könnten sich nicht wehren: «Auch das Prinzip Gratis kennt Derivatgeschäfte, und die fangen an mit dem wehrlosesten Gut, mit den Zeichen.»

Die philosophisch überhöhte Analogie kann man folgendermassen lesen: Das Gratis-Haus, das seine Hypothekarzinsen durch seinen jährlichen Wertzuwachs selbst finanziert und dadurch zur vermeintlich risikolosen Anlage wird, die man dutzendfach verbrieft und weiterverkaufen kann, ist ebenso eine Folge dieser Anspruchshaltung wie das hemmungslose Ko-

pieren und Rauben im Internet. Sloterdijk befürchtet, dass mit den Gratis-Versprechungen der Wert des Eigentums ausgehöhlt wird. Was auf den ersten Blick vielleicht verlockend klingt (wer hat nicht gerne etwas gratis?), stellt eine wichtige kulturelle Errungenschaft in Frage: Bis jetzt haben wir das Eigentum geachtet. Darum lohnte es sich, überhaupt welches zu haben.

Der Respekt vor dem Hab und Gut der anderen befindet sich im freien Fall.

Vieles deutet darauf hin, dass Sloterdijk recht hat und der Respekt vor dem Hab und Gut der anderen sich im freien Fall befindet. Da ist zunächst die erwähnte Gratis-Mentalität: Es ist nicht bekannt, ob Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP), zuständig unter anderem für

die Garantie des Urheberrechts, das Sloterdijk-Interview in dem linksliberalen Blatt gelesen hat. Auf jeden Fall handelt sie genau nach dem von Sloterdijk befürchteten Schema: Die Bundesrätin setzte vergangene Woche eine Arbeitsgruppe ein mit dem Ziel: «Optimierung der kollektiven Verwertung von Urheberrechten». Im Klartext: Sommaruga verweigert sich einer schärferen Gangart gegen die Internet-Piraterie und sucht das Heil statt im Markt in quasi-öffentlichen Verwertungsorganisationen wie Pro Litteris. Sogar eine Kultursteuern auf Internet-Anschlüsse wird im Rahmen der Möglichkeiten erwogen, um alle Internet-Nutzer pauschal zur Kasse zu bitten.

Aus dem staatlichen Topf würden dann erfolgreiche und weniger erfolgreiche Künstler alimentiert. Für den Konsumenten wäre alles gratis, sobald er dem Staat seinen Obolus entrichtet hat. Die Beziehung zwischen Konsu-

menten und Produzenten würde auseinandergerissen, der Staat spielte Markt. Sloterdijks Diagnose scheint also zuzutreffen: In der Politik ist jegliches Gespür für das Eigentum verlorengegangen.

Für den Gratis-Trend kann man Dutzende weitere Beispiele anfügen: Manche Vorhaben geistern erst durch die Köpfe von Intellektuellen und politischen Fantasten, wie das «bedingungslose Grundeinkommen». Die Piratenpartei in Deutschland ist ebenso wie Ex-UBS-Chefökonom Klaus Wellershoff dafür, dass jedermann vom Staat einen fixen Betrag überwiesen bekommt, unabhängig von seinem Arbeitseinsatz.

Bei anderen Vorhaben hat sich das Prinzip Gratis schon durchgesetzt. Griechenland hat erreicht, dass die Schulden der Vergangenheit mit einem Federstrich reduziert wurden (*haircut*): Gratis-Konsum im Nachhinein. Auch die von den Notenbanken nahe null gehaltenen Zinsen signalisieren: Geld ist gratis. Sobald sich die Bürger an diesen Zustand gewöhnt haben, schätzen sie den Wert des Geldscheins nicht mehr hoch ein. Es folgt die Inflation.

Die Realität beweist, dass die Rechnung beim Prinzip Gratis nicht aufgeht. Nicht umsonst heisst einer der unverrückbarsten Grundsätze der Volkswirtschaft: «There is no such thing as a free lunch.» Güter und Dienstleistungen entstehen auf Dauer nicht von selbst, sondern weil jemand bereit ist, für sie zu bezahlen. Auch für scheinbare Gratis-Ware wird irgendjemand im Verborgenen zur Kasse gebeten. Heute oder in Zukunft.

Beliebte Tarnung als Robin Hood

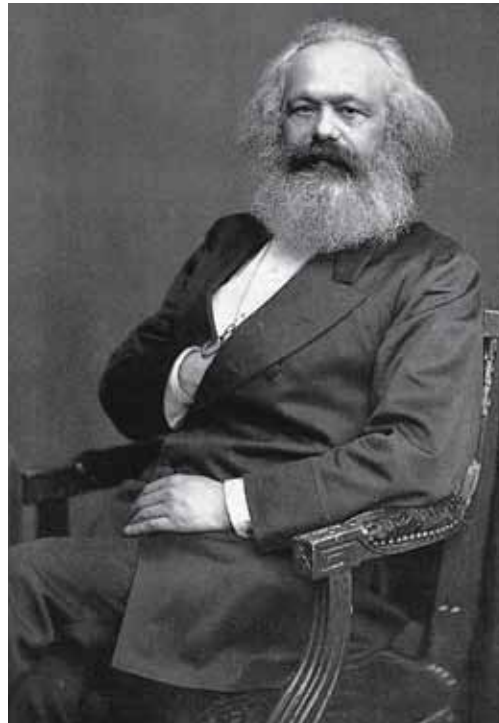
Der Gratis-Trend ist aber nur ein Schauplatz im Kampf ums Eigentum. Der zweite Schauplatz sind politische Massnahmen, die das Privateigentum gefährden. Nennen wir sie «Enteignungen», obwohl das strenggenommen zu schmeichelhaft ist, denn für eine Enteignung wird man finanziell entschädigt.

In Frankreich führt der neugewählte sozialistische Präsident François Hollande eine «Vermögensabgabe» ein und erhöht die Erbschaftssteuern. Auch in Deutschland ist das Vorhaben, die Reichen mit einer speziellen Steuer zur Kasse zu bitten, nur noch einen dunkelrot-rot-grünen Wahlsieg auf nationaler Ebene entfernt. In der Schweiz hat sich die SP mit einer Volksinitiative für eine Erbschaftsteuer als Bürgerschreck in Stellung gebracht. Beflügelt vom Erfolg der Zweitwohnungs-Initiative (auch sie reduziert den Wert zahlreicher Grundstücke in Berggebieten), will der Bundesrat in der ganzen Schweiz den Rotstift bei den Bebauungsplänen ansetzen – Doris Leuthards (CVP) milliardenschwerer Anschlag auf das Grundeigentum.

Ein ganzes Buch könnte man dem Thema «Bankgeheimnis» und «finanzielle Privatsphäre» widmen: Staaten beginnen, weltweit

auf das Vermögen ihrer Bürger zuzugreifen, und machen vor der Souveränität anderer Rechtsordnungen kaum noch halt, wovon die Schweiz in jüngster Zeit regelmässig betroffen ist. Kaum ein politischer Beobachter zweifelt daran, dass diese Entwicklung anhalten wird. Als nächstes Thema geistert bereits die Konzernbesteuerung durch die internationalen Gremien: Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bereits brieflich zugesagt, mit ihm das Thema «Besteuerung von Holdinggesellschaften» zu besprechen.

Dazu kommen verschiedene grosse und kleine politische Vorstösse, Gesetzesänderungen und Pläne. Ihnen ist gemeinsam, dass über das Hab und Gut der Bürger verfügt wird (siehe Seite 34). Entweder gedankenlos oder mit voller



Falsche Annahmen: Theoretiker Marx.

Absicht. Besonders gerne tarnen sich die Umverteilungspolitiker als Robin Hood, der von den Reichen nimmt und an die Armen gibt. Nur: Erstens tragen die sogenannten Reichen bereits die Hauptlast des Umverleistungsstaates, und zweitens haben sie ihr Vermögen in Rechtsstaaten wie Frankreich, Deutschland und der Schweiz nicht kriminell angehäuft, sondern innerhalb der anerkannten Spielregeln der Marktwirtschaft durch Glück, Gewerbeleiss und Genius verdient. Wer sein Vermögen legal erworben hat, sollte es behalten dürfen. Nachträgliche Zugriffe reduzieren das Vertrauen der Bürger in die Rechtsordnung und stellen einen Grundpfeiler des Wohlstands in Frage: «Das Eigentum ist gewährleistet», heisst es in Artikel 26 der Schweizer Bundesverfassung. Und weiter: «Enteignungen und Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, werden vollentschädigt.»

Diese Sätze stehen so ähnlich in fast jeder Verfassung. Besonders prominent in der US-Verfassung von 1796. In der Schweiz ist die Eigentumsgarantie seit 1848 verfassungsmässig verbrieft. Das geht nicht auf irgendeine Laune der Geschichte zurück, sondern auf die weise Erkenntnis, wie wichtig der Schutz des Privatbesitzes für eine freie Gesellschaft und die Entwicklung des Wohlstands im Lande ist.

Der massgebliche Vordenker des Eigentums ist der englische Philosoph John Locke, der bereits Ende des 17. Jahrhunderts die damals revolutionäre Idee präsentierte, dass jeder Mensch sein eigener Herr ist, also zumindest der Besitzer des eigenen Körpers. Daraus folgte er, dass man auch ein Anrecht auf die Früchte eigener Hände Arbeit habe. Spätere Denker wie der Begründer der Volkswirtschaftslehre, Adam Smith, erkannten, dass der Schutz der Eigentumsrechte eine Bedingung für die wirtschaftliche Entwicklung ist. Nur wer mit dem Schutz seines Eigentums rechnen kann, wird sich überhaupt daranmachen, solches aufzubauen. Dieses Eigentum kann dann investiert werden (als Kapital) und schafft wirtschaftlichen Fortschritt, Arbeitsplätze und Wohlstand. Kein Wunder, fliehen internationale Investoren Länder wie Venezuela und Simbabwe, wo die Regierungen mit einem einzigen Federstrich ganze Industriezweige verstaatlichen.

Karl Marx stellte diese Zusammenhänge in Frage. Er forderte die Abschaffung des Privateigentums an sämtlichen Gütern, welche für die wirtschaftliche Produktion gebraucht werden (solche Produktionsmittel sind Grund und Boden, Anlagekapital oder Maschinen).

Marx' Forderung entsprang der Annahme, dass der technische Fortschritt ganz von allein zu immer höherem Wohlstand führt, es also die Dynamik des im Wettbewerb stehenden Kapitals nicht braucht. Er blendete die Produktionsseite aus und forderte eine gleichmässige Verteilung des, wie er meinte, stets wachsenden Kuchens.

Weg aus der Armut

Wie falsch er lag, zeigt der wirtschaftliche Kollaps der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre, die während siebzig Jahren, seit Lenin, alle volkswirtschaftlichen Vorgaben des Marxismus radikal umgesetzt hatte und dadurch die Wirtschaft regelrecht aufzehrte. Aus Schaden klug geworden, führte das kommunistische China im Jahr 2004 das Privateigentum an Produktionsmitteln wieder ein – die Initialzündung für das hohe Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre. China hat sich des Marxismus entledigt, bevor dieser China erledigt hätte.

Man sieht, dass Privateigentum und positive wirtschaftliche Entwicklung wie siamesische Zwillinge miteinander verbunden sind – ein Zusammenhang, den zahllose wissenschaft-

Abc der Enteignung

Mehrere aktuelle politische Vorhaben gefährden das Privateigentum in der Schweiz. Ein Streifzug.



Wertverlust für Besitzer: Grindelwald BE.

Autosteuer: Kaum ist der erste Ärger über die Anfang Juni eingeführte CO₂-Abgabe abgeklungen, die den Import von Autos verteuert, plant das Bundesamt für Energie (BFE) aus dem Departement Leuthard den nächsten Schritt: Laut Entwurf für das neue Energiesgesetz soll die Importsteuer für Autos mit hohen CO₂-Emissionen von vier Prozent auf acht Prozent verdoppelt werden.

Erbschaftssteuer-Initiative: Jährliche Zusatzeinnahmen von drei Milliarden Franken möchte eine von der SP, sonstigen linken Parteien und den Gewerkschaften lancierte Erbschaftssteuer-Initiative in die Staatskasse spülen. Erbschaften über zwei Millionen Franken sollen mit zwanzig Prozent versteuert werden.

Piraterie: Die Internet-Piraterie möchte Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) mit Modellen zur «kollektiven Verwertung der Eigentumsrechte» faktisch legalisieren. Die «Allianz gegen Internet-Piraterie», ein Zusammenschluss von Schweizer Kulturschaffenden und der Kreativwirtschaft, bekämpft das Vorhaben.

Raumplanungsgesetz: Die von Umweltministerin Doris Leuthard (CVP) einge-

brachte Revision des Raumplanungsgesetzes verpflichtet die Kantone, bis zu 18 000 Hektaren Land aus der Bauzone zu entfernen. Das sind 180 Millionen Quadratmeter. Nimmt man an, dass dadurch der Preis des betroffenen Grundeigentums um 100 Franken pro Quadratmeter sinkt, so beläuft sich das Enteignungsvolumen auf 18 Milliarden Franken. Zudem soll in Zukunft eine Mehrwertabgabe zahlen, wessen Land durch eine Einzonung an Wert gewinnt.

Kapitalbezug: Das Bundesamt für Sozialversicherungen (Departement Berset) überlegt sich Reformansätze für die zweite Säule. Unter anderem ist geplant, den vorzeitigen Kapitalbezug aus der zweiten Säule abzuschaffen. Das im Zwangssystem der beruflichen Vorsorge eingeschlossene Eigentum wäre damit bis zum Erreichen der Pension endgültig der Verfügungsgewalt dessen entzogen, der es verdient hat.

Kartellrecht. Bundesrat Schneider-Ammann (FDP) will vertikale Abreden aus Prinzip unter Strafe stellen. Dadurch könnte der Eigentümer eines Produktionsbetriebs nicht mehr frei entscheiden, mit wem er unter welchen Bedingungen im Vertrieb zusammenarbeitet.

Konzernbesteuerung: Die Europäische Union möchte, dass die Schweiz einen EU-internen Verhaltenskodex zur Unternehmensbesteuerung unterschreibt. Damit wäre es mit der vorteilhaften Besteuerung ausländischer Holdinggesellschaften in der Schweiz vorbei. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) hat Kompromissbereitschaft signalisiert.

Zweitwohnungsinitiative: Wie das Raumplanungsgesetz, greift auch die vom Volk angenommene Zweitwohnungsinitiative ins Privateigentum ein. Der entsprechende Entwurf einer «Verordnung über den Bau von Zweitwohnungen» des Departements Leuthard hält fest, dass das vor der Annahme der Initiative am 20. März bestehende Bauland nicht für Zweitwohnungen genutzt werden kann, wenn eine Gemeinde einen Zweitwohnungsanteil von 20 Prozent überschreitet. Landbesitzer müssen in den betroffenen Gemeinden einen Wertverlust ihres Baulands in Kauf nehmen. (fsc)

liche Studien eindeutig belegen. Der in der Schweiz aufgewachsene peruanische Ökonom Hernando de Soto gilt als einflussreichster Deuter der Eigentumsrechte. Er hat in seinem Werk die Erkenntnisse aus Dutzenden Studien ausgewertet und fasst zusammen: «Wenn man die USA seit dem 19. und Europa seit dem 16. Jahrhundert betrachtet, dann wird klar, dass die Armut in den heute entwickelten Ländern durch Eigentumsrechte besiegt wurde, welche die durch die Abstammung bestimmten Privilegien abgelöst haben.» Verdienst statt Herkunft.

Mit seiner Arbeit wurde Hernando de Soto zu einem einflussreichen Ökonomen. Marxistische Gruppierungen verübten Anschläge auf sein Leben, das *Time Magazine* kürte ihn 1999 zu einem der innovativsten lateinamerikanischen Köpfe des 20. Jahrhunderts. Besonders bedeutsam sind seine Erkenntnisse für Länder ohne Bodenschätze. Hier ist eine wirtschaftliche Entwicklung ohne Eigentumsrechte praktisch ausgeschlossen. Allein der Schutz von Hab und Gut vermag sie aus der Armut zu befreien, wie am wirtschaftlichen Erfolg von Staaten wie Singapur, Südkorea und der Schweiz abgelesen werden kann. Ohne die Eigentumsgarantie hätte sich die Schweiz im 20. Jahrhundert nicht vom Armenhaus Europas zu einem der reichsten Länder der Welt entwickeln können.

Wie kann man sich wehren?

Die Rolle der Eigentumsrechte bei der Entstehung des Schweizer Wohlstands ist relativ klar. Was bedeutet also eine Abkehr von diesem Prinzip? Mit der schleichenden Aushöhlung des Eigentumsbegriffs werden die Anreize für wirtschaftliche Betätigung verringert, und dies wird über kurz oder lang auf Kosten der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung gehen. Ein Ende des politischen Trends zu weniger Eigentum ist nicht absehbar.

Glücklicherweise ist der Einzelne dem immer stärkeren Zugriff des Staates nicht völlig schutzlos ausgeliefert. In Zeiten hoher Mobilität von Kapital und Personen bieten sich vielseitige Möglichkeiten – von der Verlagerung des Wohnsitzes in Staaten, in denen das Eigentum stärker geachtet wird, bis hin zur Sicherung flüssiger Mittel in juristischen Behelfskonstruktionen, Trusts und Stiftungen.

Dies ist beileibe nicht nur für Superreiche erschwinglich. Auch mittelständische Unternehmer können sich eine Limited Liability Company im amerikanischen Bundesstaat Delaware leisten. Eigenwerbung eines Anbieters: «Protect your assets.» Auch eine Tochtergesellschaft in Dubai liegt für viele im Rahmen der Möglichkeiten.

Die Schweizer Bürger zu solchen Überlegungen zu zwingen, widerspricht dem gesunden Menschenverstand, der historischen Erfahrung und dem Wesen unseres Landes. ○

Thomas Minder hat recht

Weil Aktionäre zu wenig zu sagen haben, bekommen Manager zu hohe Löhne. Die «Abzocker»-Initiative sollte angenommen werden. Sie könnte zum schönsten Exportartikel der Schweiz werden.

Von Hansrudolf Schmid



Was hat die «Abzocker»-Initiative mit der Weltfinanzkrise zu tun? Mehr, als allgemein angenommen wird. Voraussichtlich am 13. März 2013 wird das Stimmvolk über Thomas Minders «Abzocker»-Initiative abstimmen. Die Annahme der Initiative wäre für die Schweiz Propaganda feinsten Art. Eindrücklicher als mit der farbigsten Werbekampagne würden wir Werte hochhalten, die unser Land auszeichnen. Wo wir den Weg weisen können, sollten wir dies mutig tun.

Angesichts der andauernden Finanzkrise ist die Ratlosigkeit weltweit gross. Freiheitliche, der Marktwirtschaft verpflichtete Ordnungen haben die Entstehung krasser Ungleichgewichte nicht verhindert. Auf den Einbruch im Jahre 2008 folgten beidseits des Atlantiks Versuche der Schadensregulierung, die mehr Fragen aufwarfen als Antworten lieferten. Hat der Kapitalismus versagt, oder wird mit ihm fahrlässig umgegangen? Wer hat die Schaffung von *moral hazards* zu verantworten? Und wie soll mit der damit verbundenen *too big to fail*-Problematik umgegangen werden? Geldschaffung und tiefe Zinsen haben den Patienten eingeschlafert, aber nicht kuriert. Geld ohne Preis führt zu Fehlallokationen in noch nie dagewesener Grösse. Über den Weg zur Besserung herrscht eine gewisse Einigkeit. Nur tut sich die Politik schwer, ihn auch zu gehen. In den USA sorgen Partikularinteressen für die Vernachlässigung des Gemeinwohles. Washington hat Wall Street nicht in die Schranken gewiesen. In Europa fehlen die Institutionen. Die Gemeinschaft wurde gefeiert, ohne den Umgang mit Verbindlichkeiten genügend zu klären. Angesichts all dieser Missstände hat das Vertrauen der Bevölkerung in Staat, Regierung, Institutionen und Eliten Schaden genommen. Im Gestrüpp von Kurzsichtigkeit, Sachzwang, Schludrigkeit, Eigennutz und mehr oder weniger legalisierter Korruption geht die Repräsentanz der Allgemeinheit verloren.

Unter all den Ungleichgewichten, die sich im Laufe der letzten zwanzig Jahre aufgetürmt haben, ist das Problem der Managementvergütungen ein altes. Schon Anfang der Neunziger wurde bei Publikumsgesellschaften, deren Aktien mehrheitlich im Streubesitz waren, Kritik an eskalierenden Boni sowie Antritts- und Abtrittsentschädigungen laut. Fliesen diese im Interesse der Aktionäre?, wurde

gefragt. Die Argumente der Bezüger und anderer, die direkt oder indirekt von ihnen abhängen, waren von Anfang an schwach und sind inzwischen entkräftet. Durchgesetzt haben die Befürworter sich trotzdem. Einmal unter Beschuss, gruben sie sich in ihren Positionen ein, von Einsicht und Bescheidenheit nicht die Spur. Der Markt diktiert es, man müsse es nehmen, wenn man das Talent nicht zur Konkurrenz ziehen lassen wolle. Heerscharen von Verwaltungsräten, Headhuntern, Consultants, Think-Tanks liefern bezahlte Unterstützung.



Freiheitliche Ordnung: Ständerat Minder.

Sie blasen noch immer ins selbe Horn. All die Milliarden, die anderen zugestanden hätten, fallen bei der Schadensermittlung dieser Fehlentwicklung ins Gewicht. Ungleich schwerer wiegt ein anderer Posten. Je offensichtlicher die Argumente der Elite auf die Wahrung des eigenen Besitzstandes abzielten, umso klarer wurde, dass die Elite der Zerfall der eigenen Glaubwürdigkeit kaltliess. Dies bedeutet das Ende jeder wirkungsvollen Interessenvertretung. Bob Diamond, der frühere CEO von Barclays, hätte im Juli seine Bank und den wichtigen Libor-Markt vor dem britischen Parlamentsausschuss wohl wirkungsvoller

vertreten, wenn die Ausschussmitglieder ihn nicht als notorischen Bonusjäger wahrgenommen hätten. Was schon vor zwanzig Jahren als stossend empfunden wurde, ist trotz lauter Kritik weiter eskaliert. Nicht selten lassen sich Chefs in Publikumsunternehmen Vergütungen zusprechen, die das Hundertfache eines Durchschnittssalärs übersteigen. So weit konnte es nur kommen, weil die Eigentümer des Unternehmens schlecht oder gar nicht vertreten sind. Die Vergütungen werden ohne Mitwirkung der Aktionäre zu deren Lasten ausgemacht. In Verhöhnung einer bewährten Lebensregel gilt hier: Wer bezahlt, hat nichts zu sagen.

Thomas Minders Initiative schafft die überfällige Remedur. Unter anderem sieht sie vor, dass die Aktionäre verbindlich über die Vergütungen der Geschäftsleitung abstimmen. Die Eliten in unserem Land bekämpfen dieses Anliegen. Nach Jahren der Verschleppung verabschiedeten die eidgenössischen Räte im März dieses Jahres einen lauen Kompromiss in der Form eines indirekten Gegenvorschlages auf Gesetzesstufe. Betreffend Managerentlohnung begnügt er sich mit einer Konsultativabstimmung in der GV. Economiesuisse stellt sich gegen die Initiative, weil man eine Schädigung des Wirtschaftsstandortes befürchtet. Was drohe, sei die Abwanderung der besten Managementtalente und Unternehmen. Das Gegenteil stimmt. Es ist kein Verlust für eine Firma, auf einem Manager zu verzichten, der die Schädlichkeit exorbitanter Bezüge nicht einsieht. Die Schweiz wird stärker, wenn sie befreit wird von Unternehmen, die darauf angewiesen sind, ihre Geschäftsleitung masslos zu vergolden.

Wenn es mit der Interessenvertretung hapert, dann kümmert man sich am besten selber um die Sache. Dies ist Pflicht jedes Bürgers und Eigentümers, dem seine demokratische und freiheitliche Ordnung am Herzen liegt. Laut und klar wird die Annahme der Minder-Initiative der Welt eine doppelte Botschaft signalisieren: Erstens schützt die Schweiz nach wie vor das Eigentum; und zweitens bringt das Schweizer Volk Dinge ins Lot, die seine Regierung verschläft. Dies ist unser schönster Exportartikel. «Occupy Wall Street» brauchen wir nicht.

Hansrudolf Schmid ist Jurist und führt die HSZ Group, ein unabhängiges Vermögensverwaltungsunternehmen mit Sitz in Hongkong, wo er seit einigen Jahren lebt.



Wofür sie eigentlich sind, weiss niemand so genau: Aktivisten in St-Imier.



«Renaissance»: Anarchist Némitz.



Gegenpol zur Arbeiter-Assoziation: Bakunin.

Im Nest der Anarchisten

Wegen Krisen und politischer Unruhen wittern die Anarchisten Morgenluft. In St-Imier wollten sie mit einem internationalen Treffen Stärke demonstrieren. Besuch in einem Milieu, das sich über Kleidervorschriften streitet und geschlechtergetrennte Diskussionen abhält. *Von Lucien Scherrer*

Die Sonne brennt unbarmherzig vom Himmel. Eine junge Frau lümmelt sich auf einen Plastikstuhl. «Es gibt noch viel zu tun», sagt sie gelangweilt, «in Komitees und direkten Aktionen und...» Der Rest ihres Vortrags zum Thema «Antifaschismus in Europa und der Aufstieg der extremen Rechten» geht im Gebell eines Strassenköters unter, der zu einer Gruppe deutscher Punks zu gehören scheint. Das Publikum, sofern es nicht vor sich hindöst, hört trotzdem mit ernsthafter Miene zu. Die meisten sind jung, tragen schwarze Kleider, Piercings und wilde Frisuren, viele Männer und eine Frau sitzen oben ohne da.

Der Geruch von Schweiß, Bier und Zigarettenrauch erinnert den Beobachter daran: Das ist kein freizügiges Uni-Seminar, sondern ein internationales Treffen von Anarchisten aus aller Welt. Rund 3000 Anhänger einer hierarchiefreien Gesellschaft sind Ende letzter Woche nach

St-Imier im Berner Jura gereist, um zu debattieren, feiern und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Es gibt Konzerte, feministische Tischgespräche, Vorträge über den Stand des anarchistischen Kampfes von Chile bis Kroatien, Ausstellungen über den spanischen Bürgerkrieg und Geschlechter-Filme mit Titeln wie «Vade retro spermató» (nicht übersetzbar).

Schon oft totgesagt, wittert die anarchistische Bewegung Morgenluft: Griechenland, Bankenkrise, Umweltprobleme und Bürgerproteste sind für sie untrügliche Zeichen, dass der Kapitalismus seinem Ende entgegenwankt (aus Vorfreude auf dessen Ableben, so besagt es eine Legende, tragen die Anarchisten Schwarz). «Seit dem Ende des real existierenden Sozialismus und dem Ausbruch der kapitalistischen Krise erleben wir eine Renaissance», sagt Michel Némitz, ein bärtiger Hüne mit wilder Mähne, im Gespräch mit der *Welt-*

woche, «auch wenn wir immer noch eine Minderheit sind.» Der 53-Jährige aus La-Chaux-de-Fonds ist ein Urgestein der Schweizer Anarchisten, Mitglied der *Fédération Libertaire des Montagnes* und einer der Organisatoren des Meetings von St-Imier.

Dass die Renaissance ausgerechnet hier, in einem verschlafenen Städtchen mit 4800 Einwohnern, zelebriert wird, ist kein Zufall. 1872 gründete der russische Anarchist Michail Bakunin in St-Imier zusammen mit jurassischen Genossen die antiautoritäre Internationale – als Gegenpol zur Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA), die ab 1871 einen zentralistischen, marxistischen Kurs fuhr. Bakunin, ein Abenteurer und Demagoge, lehnte Hierarchien strikt ab und verachtete Karl Marx als autoritären Teutonen. Dieser wiederum hielt Bakunin für einen wildgewordenen Chaoten, weshalb er ihn und seine Getreuen 1872 aus

der IAA mobbte. Die antiautoritären, libertären Lehren stiessen im Jura nicht zufällig auf Anklang. Die Täler waren im 19. Jahrhundert von Uhrmachern bevölkert, die Heimarbeit leisteten. Weil die Uhrenindustrie höchst anfällig war auf internationale Krisen – «Wenn die USA husten, ist der Jura erkältet», hiess es damals –, wuchs ihre Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus. So schlossen sich viele der sozialistischen «Fédération jurassienne» an, die bis 1872 der IAA angehörte. Marxens Plan, die Arbeiter durch eine von oben gelenkte «Diktatur des Proletariats» ins klassenlose Paradies zu führen, stiess bei den Heimarbeitern auf wenig Gegenliebe – hielten sie doch Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit und Individualismus hoch. So optierten sie für Bakunin, der einen Mix aus Revolution, Sozialismus und persönlicher Freiheit predigte.

Wenn die Welt zur WG wird

Die Uhrenindustrie und ihre Zulieferfirmen sind im Jura nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Anarchismus ist dagegen keine ernstzunehmende Kraft mehr. So werden die schwarz gekleideten Festivalbesucher in St-Imier wie Ausserirdische begafft. Manche Einheimischen fragen die Besucher scheu, ob man sie fotografieren dürfe (man darf, so lange die Fotos nicht in der «faschistischen» Presse erscheinen). Eine ältere Dame zeigt sich entzückt von all den jungen Leuten, die so freundlich grüssen, und sogar ein Polizist meint anerkennend: «Es gibt keinerlei Probleme. Wir sind positiv überrascht.»

In einer anarchistischen Gesellschaft müsste sich der Polizist, das Anarcho-Feindbild Nummer eins, nach einer neuen Beschäftigung umsehen. Denn Anarchisten kämpfen für eine Welt, in der die Menschen in selbstverwalteten Kommunen und Arbeitskollektiven leben, ohne Staat und Repression. Die Revolution, von der die Anarchos träumen, soll kein Massaker werden. Mit kleinen Schritten zur grossen Veränderung, so lautet ihre Losung. Sie beteiligen sich an Streiks, Demonstrationen und Besetzungen, mischen in Studentengruppen, Gewerkschaften oder der «Occupy-Bewegung» mit. Im 19. Jahrhundert war das anders: Da warfen Anarchisten Bomben auf Politiker und Monarchen (so 1881 auf Alexander II. von Russland) oder metzelten sie mit dem Messer nieder (so 1898 im Fall der österreichischen Kaiserin Sissi) und ruinierten ihr Image für Jahrzehnte, wenn nicht gar bis heute.

«Wir gelten leider immer noch als Chaoten und Zerstörer», sagt Nina, eine junge Aktivistin aus Slowenien, «dabei sind wir kompromisslos, aber konstruktiv.» Klar ist: Wogegen sie sind, wissen die Anarchisten genau – Staat, Kapitalismus, Parlamente, Parteien, Armee, Ausbeutung, AKW, Rassismus, Patriarchat, Faschismus, Sexismus, et cetera. Bloss wofür sie eigentlich sind, weiss niemand so genau, allen

Schlagworten von freiheitlichem Sozialismus und Selbstverwaltung zum Trotz. Da die Anarchisten jegliche Hierarchien ablehnen, müssten alle Regeln des Zusammenlebens von Grund auf diskutiert und basisdemokratisch entschieden werden: Strasse für Strasse, Kollektiv für Kollektiv – wie in einer riesigen WG. So bleibt die Bewegung schwer fassbar. Wird es eine Polizei geben? Einen Justizapparat? Geld?

Michel Némitz zuckt mit den Schultern: «Die Frage ist, welche Probleme es in einer anarchischen Gesellschaft überhaupt noch geben wird», sagt er, «erst wenn wir das wissen, werden wir über deren Lösung diskutieren können.» Denn vielleicht werde ja gar nicht mehr gestohlen, gemordet oder gehamstert. Und wenn doch? «Bestrafungen wird es sicher nicht geben», meint Némitz. Dafür werde man versuchen, den Ursachen des Fehlverhaltens mit Gesprächen auf den Grund zu gehen; Konflikte sollen «solidarisch» gelöst werden.

Wer so spricht, muss von einem unerschütterlichen Glauben an die Besserung des Menschen beseelt sein. Die Anarchisten halten es mit Jean-Jacques Rousseau, der an einen unverdorbenen Urzustand der Menschheit glaubte. Schuld an allen Übeln ist nach dieser Logik nicht der Mensch, sondern das herrschende System. «Der Kapitalismus ist den Menschen aufoktroziert worden», sagt ein

«Die Frage ist, welche Probleme es in einer anarchischen Gesellschaft überhaupt noch geben wird.»

Anarcho-Kommunist aus England, der mit seinem Sohn durch St-Imier schlendert, «wenn wir ihn abschaffen, wird es auch keine Gier mehr geben.» Dass die Menschen auch in Zukunft nicht gleich zur Welt kommen werden, ist den Anarchisten natürlich bewusst.

Was also tun, wenn sich jemand im herrschaftsfreien Kollektiv dank Eloquenz und Charisma eine dominierende Stellung erobert? Die Antwort ist auch hier: Darüber reden, Ursachen analysieren, Lösungen finden.

Wer Sitzungen nicht mag, dürfte es in dieser Welt schwer haben. Die Anarchisten versuchen bereits heute, ihren Idealen von Herrschaftsfreiheit und Solidarität nachzuleben. Doch das ist gar nicht so einfach. Die Frage, wo die Freiheit des Einzelnen die Freiheit des anderen tangiert, ist in ihren Kreisen ebenso umstritten wie in bürgerlichen Quartiervereinen, die sich mit Rasenmäher- und Heckenschnitt-Reglementen herumschlagen. Wie sich während des Festivals zeigt, streiten die Anarchisten über ähnliche Probleme. Auf einem Anschlagbrett können sich die Festivalbesucher darüber auslassen, was sie an der Veranstaltung stört. Und da gibt es einiges: Während sich jemand darüber ärgert, dass viele Leute Palästina-Tücher tragen (antisemitisch!), nörgeln

andere über betrunkene Männer, die oben ohne herumlaufen (Belästigung!). Andere wiederum würden alle Teilnehmer am liebsten nackt sehen (kein Kleiderzwang!) und Getränke, Essen und Zeltplatz umsonst bekommen (Kampf dem Kapitalismus!). Auch das Anschlagbrett selbst ist umstritten: «Es ist kleinbürgerlich, sich auf Papier auszulassen, statt eine Versammlung einzuberufen», hat jemand hingekritzelt. Es ist leicht, sich im Anarchisten-Milieu unmöglich zu machen.

Ein Milieu, das sich mit schwarzen Kleidern und revolutionären Parolen von der bürgerlichen Gesellschaft abgrenzt und auch sonst lieber unter sich bleibt. So sucht man in St-Imier vergeblich nach sogenannten Anarchokapitalisten oder Anarcholiberalen vom Schlage eines Daniel Model (*Weltwoche* Nr. 30/2012), die den Staat im Namen des freien Unternehmertums ablehnen. Ziel des Treffens ist es zwar offiziell, die unterschiedlichen anarchistischen Strömungen zu vereinen und «Konflikte zu überwinden». Die Anarcholiberalen, die ihre Wurzeln in den USA haben, sind da aber nicht mitgemeint. «Wir würden gerne mit ihnen diskutieren, wenn sie kommen würden», versichert Michel Némitz, «aber ihre Ansichten teilen wir ganz und gar nicht.» Schliesslich sei Freiheit ohne Sozialismus nicht möglich – und umgekehrt.

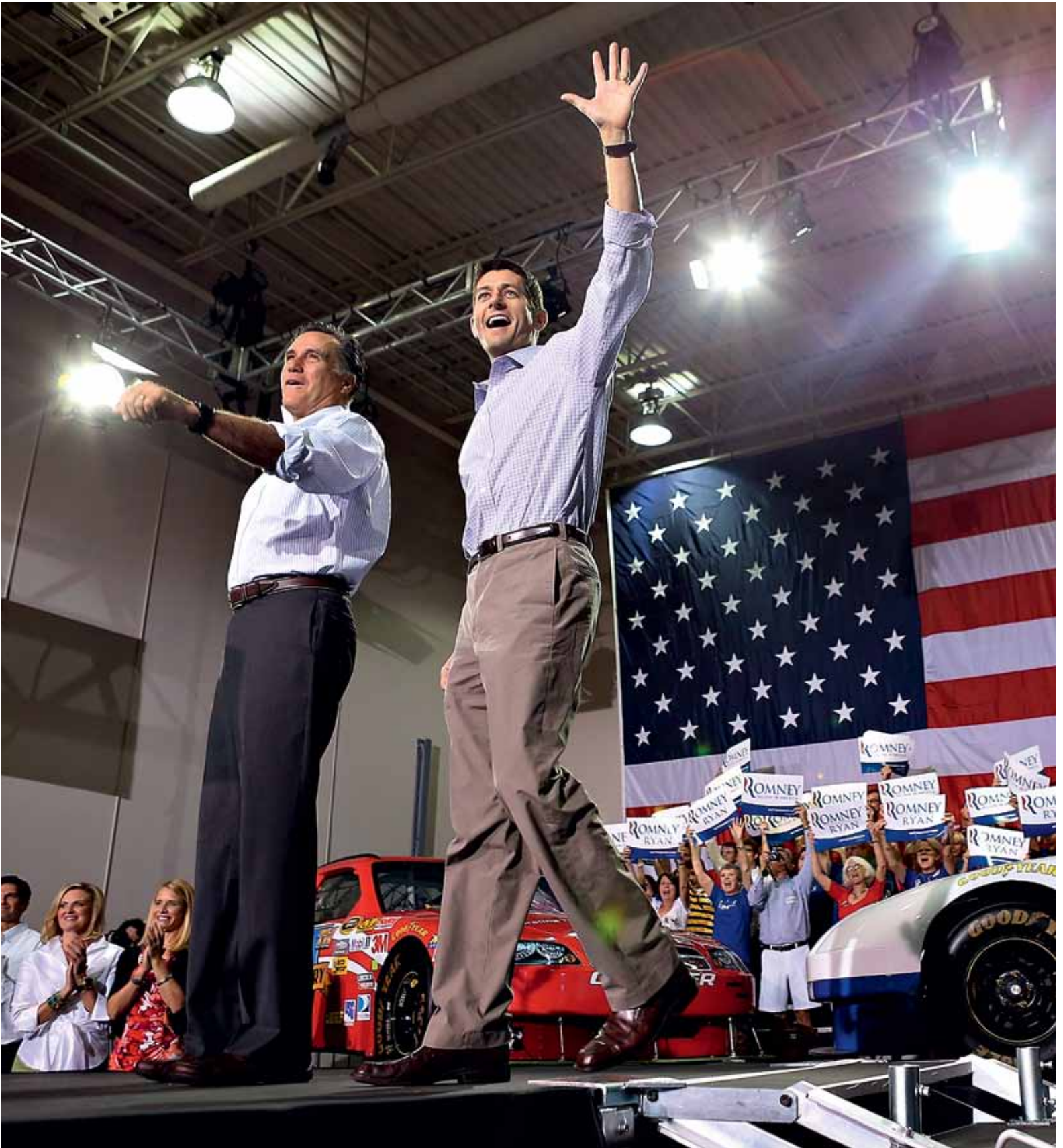
Das anarchistische Bestreben, Diskriminierungen aus der Welt zu schaffen, führt zuweilen zu neuen Diskriminierungen. So werden die Männer in St-Imier daran gehindert, an einem runden Tisch der Anarcho-Feministinnen teilzunehmen. Nur Frauen und Teilnehmer, die als Frauen sozialisiert wurden (inklusive Transvestiten), sind zugelassen. «Tut mir leid», sagt eine resolute Dame, die ein wenig an Iggy Pop erinnert, «keine Männer.» Die Behauptung, dass man sich diskriminiert fühle und als Frau sozialisiert worden sei, hilft nichts: «Das ist ein demokratischer Beschluss des Komitees. Du kannst am runden Tisch der Männer teilnehmen.» Da schütteln selbst einige Genossen das Rastalocken-Haupt. Doch sie fügen sich und trollen sich in einen separaten Raum, um bei einem Bier über die Rolle des Mannes im anarchistischen Kampf zu debattieren.

Einigkeit ist nicht ihre Stärke

Erst einmal in ihrer langen Geschichte konnten die Anarchisten ihre Ideen umsetzen: während des Spanischen Bürgerkriegs 1936 bis 1939, wobei die Kommunisten das Experiment nach kurzer Zeit beendeten. Wird es ein zweites, erfolgreicherer Mal geben? In St-Imier wurde zwar viel geredet, aber besonders schlagkräftig wirkte die Anarcho-Bewegung nicht: Am Ende konnte man sich nicht einmal zu einer gemeinsamen Erklärung durchringen. Schuld war wohl der Hauptfeind der anarchistischen Theorie – das menschliche Ego. ○

Saubermann und Falke

Seit Jahren ist Amerika mit seiner Person vertraut. Doch wer sich hinter der blank geputzten Fassade des Politikers Mitt Romney versteckt, ist den meisten ein Rätsel. Mit der Wahl des konservativen Paul Ryan zum *running mate* hat das Republikaner-Tandem die Debattenhoheit wiedererlangt. *Von Matthias Rüb*



Heisse Phase des Wahlkampfes: Republikaner Romney (l.), Ryan.

Wären die gewaltigen Bordkanonen der «USS Wisconsin» nicht längst eingemottet, Mitt Romney hätte womöglich noch Salutschüsse abfeuern lassen. Doch auch so war der politische Donnerschlag von Norfolk laut genug: Dort stellte der republikanische Präsidentschaftskandidat Romney am Samstag seinen *running mate* Paul Ryan vor, der nach den Wahlen vom 6. November das Amt des Vizepräsidenten übernehmen soll.

Die «USS Wisconsin» ist ein 270 Meter langes Schlachtschiff, das 1943 in den Dienst der amerikanischen Kriegsmarine gestellt wurde. Vom Zweiten Weltkrieg über den Koreakrieg bis zum ersten Golfkrieg von 1991 zur Befreiung Kuwaits von den Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein verdienten sich das Schiff und seine rund 1900 Mann Besatzung sechs «battle stars». Seit dem Jahr 2000 ist das maritime Schlachtross aus 45 000 Tonnen Stahl im Hafen des Nauticus-Schiffahrtsmuseums von Norfolk im amerikanischen Bundesstaat Virginia veräuert. Die «USS Wisconsin» ist der unbestrittene Superstar unter den Exponaten des Museums.

Auf ihrem Wappen stehen die Worte «Forward for Freedom» (Vorwärts für die Freiheit).

Das Museumsschiff «USS Wisconsin» war gleich aus mehreren Gründen die passende Kulisse für Romneys erste Kundgebung mit seinem neuen Vizepräsidentschaftskandidaten. Zuerst trägt das Schiff natürlich den Namen des Heimatstaates von Paul Ryan, der am 29. Januar 1970 als Spross einer irischstämmigen katholischen Familie in Janesville im Süden des Bundesstaates am Michigansee geboren wurde, wo er mit Frau Janna und seinen drei Kindern noch heute lebt.

Heisse Phase eingeleitet

Mit dem Kriegsschiff als Hintergrund und der mutigen Auswahl des jugendlich-charismatischen Chefdenkers der Republikanischen Partei zum Vizepräsidentschaftskandidaten ist Romney energisch einem Narrativ entgegengetreten, mit dem Präsident Barack Obamas Wahlkampfstab die politische Debatte der letzten Woche geprägt hatte. Es war dem Weissen Haus – unterstützt durch eine Titelgeschichte des Wochenmagazins *Newsweek* über das «Weichei Romney» – nämlich gelungen, dass von Romneys angeblicher Charakterschwäche, von seiner Zaghaftheit, ja Feigheit, zuletzt mehr die Rede war als von der jüngst wieder auf 8,2 Prozent gestiegenen Arbeitslosenquote, vom gigantischen Schuldenberg, vom abgrundtiefen Haushaltsloch oder von der anhaltenden Wirtschaftskrise.

Wenn nicht alles täuscht, hat Romney jetzt gemeinsam mit Ryan die Debattenhoheit wiedererlangt und damit die heisse Phase des Wahlkampfes eingeleitet. Zumindest bis zum Nominierungsparteitag der Republikaner in Tampa, Florida, Ende August wird in den Medien vor allem von dem noch relativ unbekanntem Paul Ryan die Rede sein.

Mit der Berufung des 23 Jahre jüngeren Paul Ryan zu seinem *running mate* hat Romney einen mutigen Schritt getan. Ryan gilt als der intellektuelle Kopf der Republikaner, dem viele zutrauen, die weltanschauliche Ausrichtung der Partei für eine ganze Generation zu prägen. Ryan, der im Alter von 28 Jahren erstmals ins Repräsentantenhaus gewählt worden war und 2011 zum Vorsitzenden des mächtigen Haushaltsausschusses aufstieg, hat im April den Budgetplan der oppositionellen Republikaner vorgelegt. Er sieht Ausgabenkürzungen in Höhe von 6,1 Billionen Dollar in den kommenden zehn Jahren vor.

Ryan ist als fiskalpolitischer «Falke» ein Liebling der rechtskonservativen Graswurzelbewegung der Tea Party. Denn er schreckt nicht davor zurück, auch über notwendige Reformen und Einsparungen bei der staatlichen Rentenversicherung Social Security sowie bei der Krankenversicherung für Senioren, Medicare, zu sprechen. In moralethischen Streitfragen gibt sich Ryan gemässigt. Er ist zwar gegen die Abtreibung und die Homosexuellenehe, er sieht die Zukunft Amerikas aber weniger durch gesellschaftliches Abweichen vom biblischen Weg als durch Schulden und Defizit bedroht.

Als Kandidat für das Vizepräsidentenamt ist Paul Ryan das Gegenstück zum damaligen Senator Joseph Biden, den Obama vor vier Jahren als Vize ausgewählt hatte. Biden ist neunzehn Jahre älter als Obama, er galt und gilt als intellektuelles Leichtgewicht. Tatsächlich hat sich Biden in den gut dreieinhalb Jahren als Vizepräsident vor allem durch peinliche Versprecher und sonstige Fehlritte einen Namen gemacht. Seinen Job findet Biden gerade deshalb gut, weil er eigentlich nichts zu bestimmen hat, aber gleichwohl irgendwie bedeutsam ist. Romney dagegen hat sich mit Ryan einen Kandidaten ausgesucht, der intellektuell und programmatisch «auf Augenhöhe» mit ihm ist, der die nachfolgende Politikergeneration repräsentiert und mithin zu einem möglichen Konkurrenten heranwachsen könnte.

Ryans Jungfernrede als Vizepräsidentschaftskandidat reflektierte die wesentlichen politischen Überzeugungen Romneys. Niemand bestreite, dass Obama sein Amt in einer schwierigen Lage angetreten habe, sagte Ryan. Doch in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit, als Obamas Demokraten «Washington vollständig kontrollierten», habe der Präsident fast seine gesamte politische Agenda durchsetzen können. «Doch das hat die Lage nicht verbessert: Heute sind wir eine Nation von Schulden, Zweifel und Verzweiflung», rief Ryan: «Wie immer man das erklären oder entschuldigen mag, dies ist ein Zeugnis des Scheiterns.» Amerika sei auf den «Prinzipien von Freiheit, freiem Unternehmertum und Selbstbestimmung» gebaut. Amerika sei «das Versprechen gleicher Ausgangschancen, nicht der Angleichung der Einkommen».

Ryan flocht in seine Rede gewiss nicht zufällig das eine oder andere Zitat aus Mitt Rom-

neys programmatischem Buch «No Apology. Believe in America» von 2010 ein. Überhaupt sind die Amerikaner seit Jahr und Tag mit dem Politiker Romney vertraut, schliesslich hatte er schon 2008 einen ersten Anlauf aufs Weisse Haus genommen; er war aber früh dem späteren Kandidaten John McCain unterlegen, der dann seinerseits gegen Obama verlor. Doch wer steckt hinter der irgendwie stets blankgeputzten Fassade des Politikers Mitt Romney?

Der Hund auf dem Autodach

Es gibt gleich zwei Anekdoten von Autodächern, die Mitt Romneys Charakter erklären helfen. Die eine ist in den USA weithin bekannt, von der anderen wissen nur wenige. Die erste handelt von einer Fahrt in den Familienurlaub im Sommer 1983. Von Boston an der neuenglischen Atlantikküste ging es nach Westen, ans kanadische Ufer des Huronsees. An der Eliteuniversität Harvard nahe Boston hatte Romney von 1971 bis 1975 die Rechte sowie Wirtschaftswissenschaften studiert. Nur ein gutes Dutzend Studenten war überhaupt zu dem anspruchsvollen Doppelstudium zugelassen worden, und in beiden Fächern schloss Romney als einer der Jahrgangsbesten ab. Noch an der Universität wurde er vom damals führenden Wirtschaftsberatungsunternehmen Boston Consulting Group (BCG) angeworben, in dem sich Romney bald nach oben arbeitete. Die Jahre bei BCG waren für Romney aber noch nicht die Zeit des grossen Geldes. Die sollte erst von 1984 bis 1998 beim Investitionsunternehmen Bain Capital kommen.

Die Familie mit den fünf Söhnen lebte 1983 im Vorort Belmont in einem eher bescheidenen Haus, zu dessen Kauf Romneys Eltern tüchtig zugeschossen hatten. Das Familienauto war ein weisser Chevrolet-Kombi. Und der war für die Fahrt in die Sommerfrische mit den Eltern Ann und Mitt Romney auf den Vordersitzen, mit den fünf Söhnen im Fond sowie mit allerlei Gepäck bis unters Dach vollgestopft. Für den irischen Setter Seamus war nur noch Platz auf dem Dachgepäckträger. Dort verstaute Mitt Romney den Hund in seinem Transportkäfig. Zum Schutz vor dem Fahrtwind gab es sogar eine improvisierte Windschutzscheibe.

Dennoch schlug die Fahrt Seamus auf den Magen. Irgendwann erhob sich im Fond grosses Geschrei, denn eine braune Flüssigkeit rann die Heckscheibe herab. Vater Romney hielt kurzerhand an einer Tankstelle an, liess sich einen Schlauch, spritzte Hund, Käfig und Auto gründlich mit Wasser ab – und setzte die Fahrt fort. Die Sache mit Seamus liegt schon fast drei Jahrzehnte zurück. Doch politische Gegner Romneys wollen in dessen Umgang mit dem Familienhund allen Ernstes einen Ausdruck der Gefühlskälte und des herzlosen Krisenmanagements des späteren Unternehmenssanierers und Politikers erkennen.

Die andere, weniger bekannte Episode ereignete sich zu jener Zeit, als Romney bei dem

Vaters Versagen als Lehrstück

1968 bewarb sich George Romney für das Amt des Präsidenten – und scheiterte am rechten Parteiflügel. *Von Urs Gehriger*



Zurückhaltend: Gouverneur Romney (M.), 1967 in Detroit während der Ausschreitungen.

Das grösste Lob sprach der politische Gegner: «Derjenige Typ, gegen den ich nicht kandidieren will, ist Romney», sagte Präsident John F. Kennedy 1963 seinem Freund Paul Fay, wenige Monate bevor ihn die Kugeln eines Attentäters aus dem Leben rissen.

Über die Parteigrenzen hinweg galt George Romney (1907–1995) als Modernisierer. Während seiner Amtszeit als Gouverneur erlebte Michigan einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Steuergesetzgebung wurde reformiert; und die Bürgerrechtsgesetze wurden eingeführt. Beflügelt durch seine Erfolge, bewarb sich der Republikaner 1967 um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei.

Just in diesem Moment bebte in seinem Heimatstaat die Erde. Ausgelöst durch eine Polizeirazzia in einer Bar ohne Ausschankgenehmigung, flammten im Juli die Detroitter Rassenunruhen auf. Mit 43 Todesopfern und 1189 Verletzten ging die Revolte als der bis anhin brutalste Rassenkonflikt der USA in die Geschichte ein. Als Ursachen galten rassistisch motivierte Polizeigewalt sowie Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Afroamerikaner.

Für Romney waren die Aufstände eine besonders bittere Pille. Der Gouverneur hatte Jahre damit verbracht, die rampo-

nierten Wohngebiete in Detroit's Innenstadt auf Vordermann zu bringen und Schwarzen den Zugang zur Mittelklasse zu öffnen. Zu allem Übel gelang es Gouverneur Romney nicht, mit den gewalttätigen Ausschreitungen fertig zu werden. Er musste bei Präsident Johnson, einem Demokraten, Bundestruppen anfordern.

Für Richard Nixon, Romneys Konkurrenten im Rennen um die republikanische Präsidentschaftskandidatur, war klar: «Wir müssen bereit sein, Gewalt mit Gewalt zu begegnen.» Um konservative Wähler hinter sich zu scharen, zögerte Nixon nicht, «den Feldmarschall der Weissen» zu spielen, wie Historiker Rick Perlstein in «Nixonland» schreibt.

Romneys Reaktion auf die Randalen war zurückhaltend. Als Mitglied der Mormonen, einer oft ausgegrenzten religiösen Gruppe, fühlte er eine Verbundenheit mit der schwarzen Minderheit. «Wenn wir unseren Kurs nicht umkehren und ein neues Amerika bauen, wird das alte Amerika zugrunde gehen», mahnte er Parteikollegen. Er redete in ein Vakuum. Die Republikaner waren wenig an den Problemen der Gettos interessiert. Und die Gettos scherten sich nicht um Romneys Lösungen.

Wie Sohn Mitt heute wirkte Vater Romney hölzern, farblos und bisweilen kauzig. In ausserpolitischen Themen wenig beschlagen, liess er sich von geopolitischen Schwergewichten ins

Bild setzen. Im Frühling 1967 wurde Henry Kissinger mit Pferd und Wagen zu Romneys Landsitz gefahren. Ein Augenzeuge erinnert sich: «Das Pferd liess einen feuchten Furz fahren, direkt ins Gesicht des Professors. Kissinger hüstelte indigniert, liess den Blick in die Ferne schweifen und sagte: «Ich sehe, wir haben einen weiten Weg vor uns.»

Parallelen zu Nixon

Der Krieg in der Ferne sollte Romneys Kandidatur den Gnadenschoss versetzen. 1965 hatte er eine Reise nach Vietnam unternommen. Zurück von der Front, sagte er: «Die Intervention war moralisch richtig und nötig.» Im Wahlkampf tönte er plötzlich anders: Die USA hätten in Vietnam «nie eingreifen sollen». TV-Interviewer Lou Gordon, bekannt dafür, seinen Gästen kompromittierende Aussagen zu entlocken, konfrontierte Romney im August 1967 mit dessen Gesinnungswandel. Seine Erklärung: «Als ich von Vietnam zurückkehrte, wurde ich der grössten Gehirnwäsche unterzogen, die man bekommen kann.»

Der Satz war verhängnisvoll. Kommunistische Staaten wurden bezichtigt, durch Gehirnwäsche die Gedanken ihrer Völker zu manipulieren. Die Referenz im Zusammenhang mit eigenen Militärs und Diplomaten liess Romney paranoid und naiv erscheinen. Der Vorsprung Nixons in den Umfragen stieg auf 26 Prozent. Im Februar 1968 zog Romney seine Bewerbung zurück.

Als George Romney das Handtuch warf, war Mitt zwanzigjährig. Als er Jahre später selbst in die Politarena trat, liessen sich Ähnlichkeiten mit dem Vater ausmachen: das breite Kinn, die schlaksige Sprache, das Suchen nach dem passenden Wort. Auch seine politische Karriere hat Mitt am selben Punkt angetreten, wo sein Vater letztlich gescheitert war: knapp rechts der politischen Mitte, als moderater Republikaner.

2008 schien sich die Familiengeschichte zu wiederholen. Mitt unterlag in der innerparteilichen Ausmarchung für die Präsidentschaftskandidatur. Seither hat er sein Profil korrigiert. Mitt Romneys Umgang mit dem konservativen Lager gleicht eher demjenigen von Nixon. Mehr und mehr lässt er agilen Opportunismus durchblitzen.

Im Streit um Abtreibung, Homo-Ehen und Umweltpolitik haben seine gemässigten Positionen einer konservativen Haltung Platz gemacht. Mit der Wahl Paul Ryans, einer Galionsfigur der Partei-Rechten, zum *running mate*, hat die Häutung des farblosen Zentristen ihr markantestes Stadium erreicht. In der Hitze des Gefechts ums Weisse Haus scheint Mitt Romney die Lehren aus dem Scheitern seines Vaters gezogen zu haben.

Investitionsunternehmen Bain Capital schon viele Millionen Dollar verdient hatte und sich einen BMW Cabrio als Drittwagen leisten konnte. Romneys Lieblingsauto gefiel freilich auch Ehefrau Ann, die bald mehr mit dem Wagen fuhr als ihr Mann. An einem schwülen Sommernachmittag vergass Ann Romney, das Verdeck des auf der Garagenzufahrt geparkten Wagens zu schliessen. Der bald einsetzende Platzregen verursachte am Auto praktisch Totalschaden.

Mitt Romney verlor kein böses Wort wegen des Missgeschicks seiner Frau. Der älteste Romney-Sohn Taggart, inzwischen 42 Jahre alt und selbst mehrfacher Vater, weiss zu berichten, dass sein Vater in der Öffentlichkeit seiner Mutter niemals widersprochen und bei Auseinandersetzungen daheim die Mutter fast immer das letzte Wort und die Oberhand behalten habe. Mitt Romney selbst sagt über seine Frau: «Ihre Liebe zu mir ist für mich die grösste Quelle der Freude, die ich mir nur denken kann.» Er bezeichnet sie zudem als seine beste Ratgeberin, die viel rascher und sicherer erkenne, ob etwas oder jemand echt und authentisch sei oder falsch und geheuchelt.

Schlimmster Tag seines Lebens

Diese Familie, die neben dem mormonischen Glauben den Grundstein im Leben, Denken und Handeln Mitt Romneys bildet, mag für manche gar zu traditionell sein. Romneys Ehefrau Ann brachte 1970, unmittelbar nach dem Abschluss ihres Französischstudiums, den ältesten Sohn Taggart zur Welt; bis 1981 folgten die übrigen vier Söhne. Ann Romney sagte zu ihrer Rolle in der Romney-Familie in einem Interview: «Meine Karriereentscheidung war es, Mutter zu sein. Und es war harte Arbeit, das können Sie mir glauben. Andere Frauen treffen andere Entscheidungen. Wir müssen alle Frauen respektieren, gleichwohl, welche Entscheidungen sie treffen.» Diese Aussage hat sie freilich nicht davor geschützt, als reiches Heimchen am Herd karikiert zu werden.

Ann und Mitt Romney kennen sich seit Grundschulzeiten, und in der High School versprachen sie sich einander. Zu den fünf Söhnen und fünf Schwiegertöchtern sind inzwischen achtzehn Enkelkinder hinzugekommen.

1998 wurde bei Ann Romney multiple Sklerose diagnostiziert – es war nach Mitt Romneys Worten der schlimmste Tag seines Lebens. Mit einer neunmonatigen intravenösen Steroidtherapie, dazu mit ganzheitlichen Behandlungsmethoden, zu denen auch das Reiten gehörte, überwand sie die Krankheit weitestgehend. 2008 überstand Ann Romney zudem eine Brustkrebserkrankung, die im Frühstadium erkannt worden war.

Willard Mitt Romney wurde am 12. März 1947 in Detroit im Bundesstaat Michigan geboren, wo sein Vater George Romney zunächst

in der Automobilindustrie und später, von 1963 bis 1969, als Gouverneur von Michigan reüssierte. 1968 bewarb sich George Romney um das Präsidentenamt, musste sich aber bei den republikanischen Vorwahlen früh Richard Nixon geschlagen geben. Der holte George Romney Anfang 1969 dann als Wohnungsbauminister ins Kabinett nach Washington.

Romney als Moderater. 2006 unterzeichnete er in Boston eine Gesundheitsreform für Massachusetts, die manche Ähnlichkeit mit Obamas nationaler Gesundheitsreform vom März 2010 aufweist. Romney lehnt jedoch «Obamacare» ab, weil er in der Gesundheitspolitik die fünfzig Bundesstaaten und nicht die Regierung in Washington entscheiden lassen will.



Kennen sich seit der Grundschule: Ehepaar Romney auf dem Winnepesaukee-See in New Hampshire.

Für Mitt Romney, das jüngste von vier Kindern, war sein Vater stets Leitbild und Vorbild. Dass der Sohn den Vater nicht nur beim wirtschaftlichen Erfolg weit überflügelt hat – Mitt Romneys Vermögen wird auf 250 Millionen Dollar geschätzt, deutlich mehr als George Romneys Hinterlassenschaft –, sondern auch dem Weissen Haus viel näher gekommen ist als dieser, begreift Sohn Mitt gewiss als eine Reverenz an den Vater George.

Seinen ersten Wahlkampf verlor Mitt Romney: 1994 unterlag er dem Demokraten Ted Kennedy im Kampf um den Senatsitz für den Bundesstaat Massachusetts. Den Schritt in ein öffentliches Amt tat Romney dann 2001, als er zum Manager der Olympischen Winterspiele 2002 von Salt Lake City in Utah berufen wurde. Die Vorbereitungen der Spiele waren nach einem angeblichen Bestechungsskandal in eine Vertrauens- und Schuldenkrise geraten. Romney gelang es, die Kosten zu reduzieren und vor allem das Vertrauen in das Organisationskomitee wiederherzustellen.

Das Etikett «Retter der Spiele», das Romney sich selbst verlieh, half ihm wesentlich dabei, die Gouverneurswahlen im linksliberalen neuenglischen Bundesstaat Massachusetts von 2002 zu gewinnen – fast schon ein Meisterstreich für einen Republikaner. In seiner Amtszeit von Anfang 2003 bis Januar 2007 regierte

In der Aussen- und Sicherheitspolitik sind der Einfluss der Neokonservativen und deren Forderung nach einer starken und aktiven amerikanischen Weltmachtspolitik zu erkennen. In einer Grundsatzrede vor einem Veteranenverband sagte Romney jüngst: «Ich sehe Amerika nicht als einen Punkt oder eine Macht unter vielen auf der strategischen Weltkarte, die irgendwie ausbalanciert werden müsste. Ich glaube an unser Land als die grösste Kraft für das Gute, die die Welt je gesehen hat. Und ich glaube, dass unser Einfluss heute so notwendig ist wie eh und je. Ich lasse mich leiten von der Überzeugung und der Leidenschaft, dass dieses Jahrhundert ein amerikanisches Jahrhundert sein muss.»

In einer Verbeugung vor dem republikanischen Säulenheiligen Ronald Reagan zitierte Romney dessen Überzeugung, dass «eine gesunde amerikanische Wirtschaft die Grundlage für amerikanische Macht ist». Die durch Obama vertiefte Wirtschaftskrise, so Romney, schlage sich deshalb unmittelbar in der Führungsschwäche Amerikas nieder und finde in Obamas Ideologie vom «Führen aus der zweiten Reihe» ihren Ausdruck. Wer weniger Freiheit daheim und ein schwaches Amerika draussen in der Welt haben wolle, der solle für Obama stimmen, sagte Romney. Wer aber mehr Freiheit, mehr Wachstum und ein starkes Amerika haben wolle, müsse ihn unterstützen. Und Paul Ryan. ○



Ein Boom, ein Rausch: Strand von Varoscha in Zypern, Ende der sechziger Jahre.

In den Ruinen des Paradieses

Weisser Sand, Nachtclubs und niedrige Preise machten Varoscha auf Zypern zu einem der ersten Traumziele für Charters touristen und Filmstars. Dann kam der Krieg. Am 14. August 1974 besetzte die türkische Armee die Stadt. Varoscha ist seither Sperrgebiet. Doch nun tut sich etwas in der Geisterstadt. *Von Boris Kálnoky*

Am Toreingang der alten Stadtmauer von Famagusta lungern einige Taxifahrer. Fünf Uhr nachmittags, vierzig Grad Hitze, keine Kunden. Nur zuweilen taucht der eine oder andere ziellos herumschleudernde Tourist auf, auf der Suche nach irgendetwas, was sich nach Ferien anfühlt, und findet es ganz offenkundig nicht.

«Früher war alles anders, bevor die verdammten Türken kamen», sagt Cemaal, einer der Taxifahrer und selbst Türke. Er sagt es im Auto, ausser Hörweite der anderen, denn die sind Festlandtürken, solche, die nach dem

Krieg als «Kolonisten» nach Zypern kamen, aus Adana und Mersin und anderen staubigen Orten der anatolischen Provinz. Man versprach ihnen Häuser, Jobs und Geld. Jetzt sind sie in der Mehrheit im türkisch besetzten Teil Zyperns, und sie verstehen keinen Spass, wenn die ursprünglichen Türken der Insel über sie fluchen. Cemaal ist kein Ostanatolier, er ist türkischer Zypriot, und sein Vater war es auch und dessen Vater. Alle waren Taxifahrer, seit drei Generationen. Von ihnen hat Cemaal all die Geschichten gehört – von der goldenen

Zeit vor dem Krieg, bevor die Türken kamen und die Griechen verschwanden und mit ihnen die Touristen und das Geld.

«Es war alles voller Touristen damals», sagt Cemaal, «das Geschäft blühte.» Hotels säumten den Strand des Stadtteils Varoscha. Der weisse Sand, das flache, laue Wasser, Nachtclubs und niedrige Preise machten Varoscha in den frühen siebziger Jahren zu einem der ersten Traumziele für Charters touristen. Aber auch Berühmtheiten wie Brigitte Bardot, Richard Burton und Elizabeth Taylor sonnten sich hier, und Varoscha



Sperrgebiet: Geisterstadt Varoscha, von Famagusta aus gesehen.



«Was interessieren uns Schauspieler?»: Hollywoodstars Newman (r.), Woodward in Famagusta, 1960.

diente als Kulisse für Hollywoodfilme wie «Exodus» mit Paul Newman. Der Ort finanzierte fast im Alleingang ganz Zypern. Es war ein Boom, ein Rausch, der endlos schien.

Doch dann kam der Krieg. Vor genau 38 Jahren, am 14. August 1974, besetzte die türkische Armee die Stadt. Varoscha ist seither Sperrgebiet, eine Geisterstadt. Die Skelette der Hotels säumen den seit Jahrzehnten unberührten, einst schönsten Strand Europas, in den Garagen verstauben BMW und Fords aus den Siebzigern, in Kleiderschränken hängen noch die Kleider der Geflohenen.

Sehen kann man all das von dem einen Hotel aus, das die Türken wieder in Betrieb genommen haben, das «Palm Beach» am nördlichen Rand Varoschas. Manchmal schaffen es Fotografen in die Zone, in türkischen Armeeuniformen dank bestechlicher Soldaten, und machen gespenstische Bilder.

Alles ist tot. Und doch auch nicht. Der Geist von Varoscha lebt weiter in den Herzen der Zy-

prioten, die den Ort einst gross machten: Geschäftsleute und Hoteliers, die nach dem Krieg im griechischen Teil neu anfangen, wieder erfolgreich wurden, aber Varoscha nie vergessen haben. Sie wollen die Stadt zu neuem Leben erwecken. Es klingt verrückt – aber es könnte passieren.

Kaum 25 Kilometer südlich von Varoscha, im griechischen Teil der Insel, genießt Lakis Avraamides, Chef der örtlichen Tourismusbehörde, einen morgendlichen Grapefruitsaft auf der Terrasse des Luxushotels «Nissi Beach». Die ganze Küste hier pulsiert, ein Hotel neben dem anderen, und «Nissi Beach» gilt als eines der besten. Ein Traumhotel für Traumhochzeiten: ein oder zwei Hochzeitsfeste pro Tag in der Hochsaison. Die Jungvermählten sind meist Briten.

«Zypern war eine britische Kolonie, die Angehörigen der Soldaten kamen zu Besuch, für sie entstanden erste kleine Hotels», sagt Avraamides. Dann kam 1960 die Unabhängigkeit –

und erste Spannungen zwischen Griechen und Türken – und ab 1964 Uno-Blauhelme, zusätzlich zu den Briten, die bis heute eine grosse Militärpräsenz auf der Insel haben.

«Die Uno-Soldaten brachten auch Touristen, ihre Freunde und Familien», sagt Avraamides. Zypriotische Geschäftsleute erkannten die Gunst der Stunde. Drei grössere Hotels entstanden in Varoscha, direkt am Strand, die ersten Charterflugzeuge landeten. Mehr Hotels wurden gebaut.

Avraamides, heute bereits etwas betagt, hat alles mit angesehen: «Ich war damals jung und spielte Fussball.» Er schaffte es bis in die Nationalmannschaft und erinnert sich wehmütig an ein knapp verlorenes Spiel gegen Deutschland 1969, 0:1.

«Für Touristen war es perfekt», sagt er, ein «fast noch unberührter Fleck. Auch viele Berühmtheiten kamen.» Zwar war Varoscha nicht Monte Carlo, aber es hatte einen ent-

scheidenden Vorteil: Die Hollywoodstars, die in Monte Carlo von Fotografen umschwärmt gewesen wären, wurden in Varoscha von niemandem erkannt. «Sophia Loren beispielsweise, ich habe Gerüchte gehört, dass sie da war. Aber wer ist Sophia Loren für uns Zyprioten? Wenn Männer sie sahen, werden sie sie angesehen haben, weil sie toll aussah, aber nicht weil sie Sophia Loren war – die war bei uns kein Begriff.»

Als Tourismusmanager hat er nach dem Krieg auch den ganzen Wiederaufbau miterlebt. «95 Prozent der Kapazitäten lagen im türkischen Sektor, das war alles verloren, und wir mussten bei null anfangen», erinnert er sich. Den «Flüchtlings-Hoteliern» wurden Land und billige Kredite angeboten, und wer das Herz dafür hatte, nahm das Geld und fing noch mal von vorne an. So entstanden all die Hotels – unter demselben Namen – im Süden neu. Der Schlüssel zum Erfolg war aber nicht nur das Geld, sondern die Unverzagtheit und das Know-how der alten Hoteliere.

Wie schwer es für manche war, weiss Eugen Leontiades, Eigentümer des malerischen «Mimosa»-Hotels in Protaras, nur wenige Kilometer südlich von Varoscha. Sein Vater war Händler, wie die meisten der ersten Hoteliere. «Er erkannte, dass die vielen Briten, die vorübergehend hier wohnten, Möbel lieber mieten als kaufen wollten, und startete eine kleine Mietmöbel-Manufaktur. Irgendwann baute er ein kleines Hotel, weil gerade Flaute war, und er seine Arbeiter beschäftigen wollte.»

Das, meint Leontiades, seien die wirklich goldenen Zeiten gewesen, vor den ersten Betonhotels am Strand in Varoscha. «Die unberührte Gegend, die kleinen Hotels, das war paradiesisch. Auch berühmte Leute kamen – weil es schön war und sie ihre Ruhe hatten, niemand kannte sie. Jemand wie Elizabeth Taylor konnte da den endlosen Strand entlangspazieren – und vielleicht niemandem begegnen.»

Welche Berühmtheiten ausser der Taylor? Leontiades lacht: «Niemand weiss es, weil wir sie ja nicht erkannten.» Aber er ruft seine Mutter an. «Was kümmern uns Schauspieler?», schallt es aus dem Hörer. Aber dann: «König Faruk von Ägypten, vielleicht war er einmal da.»

Raffinierter Plan B

Der Wiederaufbau war etwas ganz anderes als das, was in Varoscha gewesen war. «Es war ein bitteres Ringen, es ging um politische Verbindungen, und die Kredite bekam man nur, wenn man riesige Hotels für den Massentourismus baute, weil die Banken behaupteten, es sei sonst nicht rentabel.» Sein Vater wollte das nicht mehr auf sich nehmen, er fühlte sich zu alt, und als Eugen Leontiades sich spät – in den achtziger Jahren – doch noch aufraffte, das Familienerbe wiederaufzubauen, wurde ihm fast der Kredit verweigert, weil er ein schnuckeliges kleines Hotel wollte, so eines wie das seines Vaters. Aber nun steht es da, das «Mi-

mosa», nur drei Sterne, himmlische Ruhe, fantastische Lage und vielleicht das schönste, harmonischste Ambiente auf ganz Zypern.

Leontiades hat die Händlernatur seines Vaters geerbt. Und die Liebe für Famagusta und Varoscha nie verloren. «Ich habe einem befreundeten türkisch-zypriotischen Händler in Famagusta den Vorschlag gemacht, den alten Markt in der Altstadt zu pachten. Das geht, aber nur er kann es, er ist Türke. Ich würde es finanzieren, das Ganze aufbauen. Wir alten Zyprioten sind in der Pflicht, alles wiedergutzumachen.»

«Inshallah», sagte der Türke, «wenn Gott will.» Wer weiss, ob etwas daraus wird. Jedenfalls ist das Händlerherz der alten Zyprioten die beste Chance, irgendetwas zu verändern.

«Es tut sich etwas», sagt George Michaelides, Chef der örtlichen Industrie- und Handelskammer. Er ist ein waschechter alter Famagustianer und hat die Hoffnung nie aufgegeben. «Vor einiger Zeit hielt ein Vertreter der türkischen Geschäftsleute-Vereinigung aus dem Norden bei uns einen Vortrag. Er sagte, dass sie die Griechen wieder in Varoscha haben wollen. Die Stadt solle wieder leben.»

Das ist nicht nur Träumerei – es gibt einen raffinierten Plan in der Türkei, aus Varoscha ein trojanisches Pferd zu machen, um eine endgültige Teilung der Insel durchzusetzen. Plan B heisst er. (Plan A sieht eine Wiedervereinigung nach türkischen Vorgaben vor, also unter Beibehaltung zweier Teilstaaten. Diesen hat Ankara vor einigen Monaten für mehr oder minder gescheitert erklärt.) Plan B sieht vor, Varoscha unter Uno-Kontrolle zu beleben, die ursprünglichen Bewohner dorthin zurück zu lassen. Varoscha ist der einzige Ort im türkischen Teil der Insel, den sogar die Türkei nicht als türkisch, sondern als «besetzt» erklärt und eines Tages als Tauschobjekt zurückgeben will.

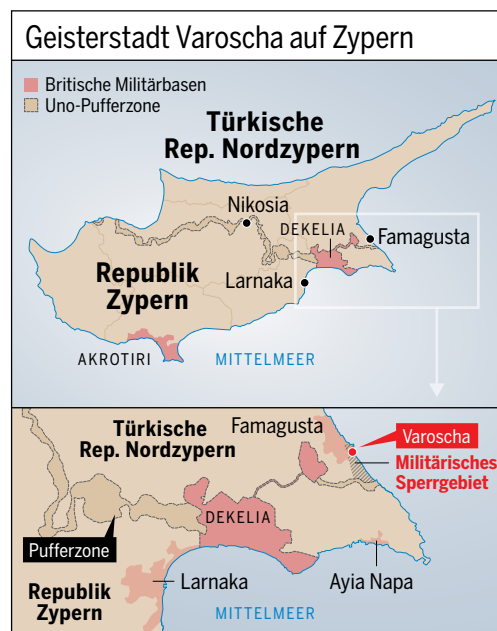
«Im Gegenzug soll der Süden den türkischen Flughafen Ercan anerkennen, beide Seiten wür-

den ihre Häfen für die Gegenseite öffnen, und die EU soll darauf die wegen Zypern blockierten Kapitel der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei öffnen», sagt Michaelides. Und dann käme, nach diesen Vorarbeiten, irgendwann die internationale Anerkennung des Nordens als separater Staat, zunächst durch vierzig islamische Länder, die angeblich dazu bereit sind.

Michaelides berichtet, dass die Uno derzeit nach Geschäftsleuten suche, die zumindest den Teilaspekt einer Öffnung Varoschas unter Uno-Verwaltung mit Leben erfüllen wollen. Männer wie Leontiades, die es insgeheim sowieso schon versuchen. Aber viel ist schon geredet worden, und es ist ein langer Weg, bis sich etwas tut.

Auch Michaelides muss lachen bei der Frage nach den Hollywoodstars der guten alten Zeit in Varoscha. «Es hat uns nicht interessiert», schmunzelt er, «niemand kannte sie. Aber ich glaube, Paul Newman war hier.» Michaelides erinnert sich aber an illustre Gäste, die er – nach dem Krieg, im griechischen Teil – selbst bewirtete. An Willy Brandt und Oskar Lafontaine, «zirka 1983/84. Vielleicht kamen auch sie, um nicht erkannt zu werden, ich glaube, beide hatten junge Frauen im Schlepptau.» Besonders beeindruckt war Michaelides vom Verleger Axel Springer: «Er weigerte sich aus Prinzip, in den türkischen Sektor zu gehen, obwohl der deutsche Botschafter dies für ihn organisieren wollte.» Springer habe gesagt, die Teilung der Insel sei aus moralischen Gründen inakzeptabel.

Und wenn diese Teilung eines Tages wirklich überwunden oder zumindest Varoscha wieder geöffnet werden wird? «Als Erstes würde ich alles dort abreißen», sagt Leontiades. «Schöne alte Zeit hin oder her, diese Betonhotels am Strand in Varoscha waren der Sündenfall, der Beginn des Massentourismus. Es muss wieder so schön werden wie zu Beginn, mit kleineren, feineren Hotels.»



Situation an der Ostküste von Zypern.



«Sündenfall»: verlassenes Hotel in Varoscha.

Pussy Riot liegen falsch

Das Einsperren der Punkband war klar ungerecht. Aber machen wir uns nicht vor, dass Pussy Riot ernsthafte Dissidenten sind – oder dass gewöhnliche Russen sie unterstützen. *Von Dennis Sewell*

Schwer zu sagen, welches die absurdere Überreaktion auf Pussy Riots 51-Sekunden-Aktionskunst in Moskaus Erlöserkirche im vergangenen Februar ist – die des russischen Staates oder die der westlichen Medien.

Es versteht sich von selbst, dass die Behandlung, die den drei Retropunks widerfuhr, grausam und repressiv war und in einem grotesken Missverhältnis zu dem begangenen Vergehen stand: fünf Monate Untersuchungshaft im Gewahrsam liebloser Gefängniswärter, Isolation von ihren Familien, stark ausgeschmückte Anklagepunkte, ihre Zurschaustellung auf einer Anklagebank in einem aquariumartigen Raum, Androhung einer Gefängnisstrafe von sieben Jahren durch einen voreingenommenen Richter. Aber es reicht nicht mehr, zu sagen, dass dies sich von selbst versteht. Jetzt, da der Fall zu einer *cause célèbre* geworden ist, ist man gezwungen, sich an die gängigen Pietäten zu halten und vor der Ikonenwand eine feierliche Litanei des Entsetzens nachzubeten. Wer dies nicht tut, wird als Putin-Apologet hingestellt.

Falls Sie immer noch meinen Standpunkt anzweifeln, lassen Sie mich auch nur ein Fünkchen von Zweideutigkeit auslöschen. Was dem Trio angetan wurde, ist Unrecht, Unrecht und brutales Unrecht. Nadeschda, Marija und Jekaterina (Vornamen genügen, nachdem sie in unsere Promikultur aufgenommen worden sind) sind auf zynische Weise missbraucht worden, um die russische Opposition einzuschüchtern. Ich bin zudem bereit, zu sagen, dass Präsident Putin ein übles, skrupelloses Wiesel ist, wenn dies hilft, auf den Punkt zurückzukommen. Und der Punkt ist der: War der Empfang, den unsere Medien den Pussy-Riot-Frauen bereiteten, nicht auch etwas unmässig, etwas überschwänglich und ziemlich widerwärtig?

Die in der Prozessberichterstattung zu erwartenden Anspielungen auf Kafka und Ionesco waren noch erträglich, aber als der Pussy-Riot-Schabernack mit der Dreyfus-Affäre verglichen wurde und gar die *New York Times* sich mit ins Zeug legte, sehnte ich mich danach, dass ein fiktiver alter Franzose aufstehen und wie Lloyd Bentsen sagen würde: «Ich kannte Alfred Dreyfus, und ihr Punks seid kein Alfred Dreyfus.» (Bentsen, Vizepräsidentenskandidat 1988, sagte zu seinem Widersacher Quayle: «Senator, ich kannte Jack Kennedy, Jack Kennedy war mein Freund, Sie Senator, sind kein Jack Kennedy»).

Eine gewaltige Last politischer Bedeutsamkeit ist den Frauen aufgebürdet worden, die zu tragen das arme Performance-Art-Kollektiv zu schwächlich scheint. Mit der Selbstsicherheit

von kokainaufgeputschten Brokern in einem Bullenmarkt haben Kommentatoren erklärt, Pussy Riot würden dem nationalistischen Kraftmeierpopulismus von Putin das gleiche Schicksal bereiten wie die Beatles dem Kommunismus – ihn zum Einsturz bringen. Die führende Rolle der Popmusik bei der Aushöhlung des Sowjetsystems wird heute, so scheint es, für gegeben gehalten. Es ist, als ob das wirtschaftliche Versagen, die Nationalitätenfrage, Ronald Reagan, Michail Gorbatschow, die Cruise- und Polarisraketen bloss Nebensache waren.

Verschwendete Solidarität

Laut der *Observer*-Journalistin Carole Cadwaladr haben Pussy Riot «wahrscheinlich mehr dafür getan, um den moralischen Bankrott des Putin-Regimes blosszustellen, als irgendjemand sonst. Kein Politiker, kein Journalist, keine Oppositionsfigur, keine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens hat so viel Wirbel gemacht. Und auch nicht eine derart potenziell bedeutsame Diskussion angestossen.» Wirklich?

Seit Putin und seine FSB-Bande die Macht übernommen haben, sind siebzehn russische Recherchierjournalisten getötet worden oder verschwunden. Ist ihr Schweigen nicht beredamer als das Herumhämmern auf Gitarren? Russland hat immer noch konventionelle Dissidenten, Männer wie den Politiker Boris Nemtsov oder den Antikorruptionsaktivisten Alexei Nawalny.



Instinktilos: Nadeschda, Marija, Jekaterina.

Sie werden immer wieder verhaftet. Nawalny muss wegen einer dubiosen Diebstahl-Anklage vor Gericht. Wenn es zum Verfahren kommt, werden wir im Westen wahrscheinlich alle unsere Solidaritätsreserven auf Pussy Riot verschwendet haben. Dies wird Präsident Putin passen.

In der umfangreichen Pussy-Riot-Berichterstattung hat etwas gefehlt: ein moralisches Überdenken ihres Protests und der Art und Weise, wie sie ihn ausgeführt haben. Die Punks störten einen Gottesdienst, bereiteten den Kirchgängern Ungemach und versetzten mindestens eine Nonne in Schrecken. Sie sprangen vor dem Altar auf und ab und kreischten ein Pseudogebet an die Muttergottes, sie solle Putin entfernen. Für solches Handeln kommen einem Worte wie dumm, krass, instinktilos und respektlos in den Sinn. Wieso braucht niemand diese Worte?

Gewöhnliche Russen scheinen die Angelegenheit mit anderen Augen als der Westen zu sehen. Laut einer Meinungsumfrage äusserte ein bedeutend höherer Prozentsatz von Befragten letzte Woche die Meinung, dass die Demonstrantinnen für ihre Kapriolen in der Kathedrale bestraft werden sollten. Nur 2 Prozent meinten, sie sollten ungeschoren davorkommen. Dies bedeutet, dass nicht nur Putins Anhänger, sondern eine riesige Anzahl seiner politischen Feinde die Handlungen von Pussy Riot missbilligen und sie mit Gefängnis, Busen oder Sozialarbeit bestrafen möchten.

Obschon viele russisch-orthodoxe Kirchgänger mit den von Pussy Riot gemachten Vorwürfen einiggehen, wonach einige in der Kirchenhierarchie unter Putin genauso finanziell korrupt und politisch kompromittiert sind wie unter dem Kommunismus, glauben sie jedoch nicht, dass Käuflichkeit des Klerus eine genügende Entschuldigung für die Störung der Gebete und die Verhöhnung der Muttergottes ist. Im Westen hingegen sagt niemand, dass die Punks etwas Unrechtes oder auch nur Fragwürdiges getan haben.

Ironischerweise ist der gegen Pussy Riot erhobene Anklagepunkt kein Überbleibsel aus der Zarenzeit, sondern entspringt direkt dem heutigen westlichen legislativen Drehbuch: «Hooliganismus, verschärft durch religiösen Hass oder Feindseligkeit.» Dies ist absurd hart. Nicht Bösartigkeit hat Pussy Riot zur Tat getrieben, aber auch nicht der Wunsch, für den Säkularismus eine Lanze zu brechen. Sie war der Ausdruck einer kollektiven verrohten Sensibilität. Kein politisches Posieren, kein postmodernes Geschwafel und kein Medienhype kann dies verbergen.

Aus dem Englischen von **Hanspeter Born**

Altern in Pop und Würde

Tom Jones, Paul McCartney, Bob Dylan: Plötzlich sind die Rocker 70. Sind wir jetzt etwa auch von gestern? Von Thomas Würdehoff



Eingesperrt in einem Gefängnis aus Songs: Pop-Idol Tom Jones, 72.

Tief versunken in Gedanken sitzt der weisshaarige Mann in einem leeren Zimmer und räsoniert über verpasste Gelegenheiten und verlorene Freunde. Die Möbel sind längst ausgeräumt, und so singt er über das Ende der Liebe, über die Erinnerung an grosse Zeiten. Über brennende Brücken, «die wir hätten überqueren können». Eingesperrt in einem Gefängnis aus Songs, aus dem er immer wieder «komische Stimmen» vernimmt. Es ist Tom Jones, der mit der «goldenen Stimme», und in seinem neusten Video singt er das wohl schönste und gleichzeitig schmuckloseste Lied über die Lebenskrise im Alter, das man sich nur denken kann, Leonard Cohens «Tower of Song». Tom Jones ist 72 Jahre alt, und einst war er ein Pop-Idol.

Tom Jones war immer vorne an der Rampe, der «Tiger» hat sich bis zum Gehtnichtmehr verausgabt bei seinen Auftritten, und so passte er Cohens Text denn auch dem eigenen Suchtverhalten an: Cohens «siebenundzwanzig Engel» fesseln ihn nunmehr nicht an «diesen Tisch», sondern an «diese Bühne». Es hört halt nie auf – ein Pop-Star geht nicht in Rente. Nimmermehr.

Eine ganze Generation ist betroffen

Plötzlich ist es da, das Alter. Eine ganze Generation ist schockartig davon betroffen: Paul McCartney wurde 70, Bob Dylan 71, Ringo Starr ist gerade 72 geworden. Und als Brian Wilson kürzlich die Zielgerade zum Alter überquerte, versicherte er flugs, dass er keinesfalls aussehe wie 70, «und ich benehme mich auch nicht so». Natürlich kommen auch Persönlichkeiten aus anderen Branchen in die Jahre: in diesen Tagen etwa alt Bundesrat Adolf Ogi, Martin Scorsese feiert im November, und bei Catherine Deneuve ist es nächstes Jahr so weit.

Doch während man dem immer noch jugendlich wirkenden «Dölf» artig und gerührt gratulieren und der grossen Deneuve dann unzählige Retrospektiven nebst Blumen zu Füßen legen wird, kann es einem bei Bob Dylans oder Mick Jagers Jubiläum schon etwas mulmig werden. Immerhin waren Stones, Beatles, Byrds und Konsorten die allzeit frischen Blaupausen unserer unordentlichen frühen Jahre. Sie waren vermutlich weniger Vorbilder als vielmehr *role models* für unsere Unsicherheiten: So kann man also Eindruck machen, wenn man nicht gut aussieht. Pete Townshend (67) etwa brachte mit seiner Stratocaster die Leute trotz Riesennase in Wallung, Elton John war übergewichtig und sogar schwul – egal, bei seinen Auftritten trieb er sein Publikum erbarmungslos bis zur physischen Erschöpfung und zeigte ihnen, wo Gott am Piano wohnt. Die Szene ist reich und freigiebig, für jeden und jede war und ist die passende Orientierung zu finden: Janis Joplin, David Bowie, Jimi Hendrix und Grace Jones. Die Ahnengalerie setzte sich fort, von Johnny

Rotten, Madonna, Prince, Bruce Springsteen, Britney Spears bis hin zur stimmungsgewaltig pralenden Adele.

Doch zurück zum Erwachsenwerden. Irgendwann kam man aus dem Alter heraus, in dem man sich nur mit Roger Daltreys Frisur, John Lennons Brille oder Dieter Meiers Moustache richtig stark fühlen konnte. Bei aller Bewunderung für die einstigen Idole – die eigene Identität hatte inzwischen Fortschritte gemacht: Die Haare waren grau oder dünn geworden, man fand Gefallen auch an Hornbrillen, und Bärte wurden zunehmend als lästig empfunden. Der Bauch kam auf. Man hatte sich an sich gewöhnt.

«Was? Das Fossil lebt noch?»

Stars wie Mick Jagger, Leonard Cohen oder Lou Reed hatten jedoch damit keinesfalls ihre Schuldigkeit getan. Idole waren sie für die inzwischen gereiften Fans wohl nicht mehr, aber durch ihren Jahresvorsprung konservierten sie die Jugend ihrer Bewunderer: Paul McCartney war immer elf Jahre älter als der Autor dieser Zeilen. Ebenso wie Dylan und andere Altvordern schreibt er neue Songs und tourt nach wie vor durch die Hallen dieser Welt. Erstaunlicherweise besteht das Publikum der rüstigen Rocker nicht nur aus fröhlich-angegrauten Zauseln beiderlei Geschlechts; es sind die heutigen Kids und Twens, die vor Begeisterung auszucken. Und so geht das seit Jahrzehnten: Egal, ob The Rolling Stones, ob The Who, ob Police oder Depeche Mode – die Gottväter und -mütter des Pop-Olymps ziehen beständig auch die jeweiligen Teens und Twens an, die sich an den verwiterten Denkmälern berauschen.

Für die abgeklärten Rock- und Pop-Fans ein Segen. Da sich dieses Genre seit etwa dreissig Jahren ohnehin nicht mehr gross verändert hatte, schien die Zeit wunderbarerweise stehengeblieben. Wechselnde Generationen entdeckten immer wieder aufs Neue die Beatles, Bruce Springsteen, Aretha Franklin, die Beach Boys, Joe Cocker. Die jungen Fans der Pop-Granden wuchsen immer wieder nach, himmelten unsere Götter immer wieder aufs Neue an – dass wir und unsere Favoriten etwa von gestern sein könnten, wäre einem nie in den Sinn kommen. «May you stay forever young.» Dylans Gebet war wohl erhört worden.

Früher wehte der Wind den Alten schärfer um die Nase. «Was? Das Fossil lebt noch?», spottete 1967 ein garstiger John Lennon, als man ihn nach Grossvater Sinatra fragte. Der war damals Anfang fünfzig, aber für einen ordentlichen Hippie schlicht nicht satisfaktionsfähig. Auf Jahre hinaus wäre niemand unter dreissig auf die Idee gekommen, ein Frank-Sinatra-Konzert zu besuchen. Noch in den späten Siebzigern verätzte Sid Vicious von den Sex Pistols Frankie Boys Schwerenöter-Hymne «My Way» hasserfüllt bis zur Unkenntlichkeit. Die Botschaft war klar: Mit der Musik

(und nicht nur mit der Musik) der alten Säcke wollte keiner etwas zu tun haben. Das war die Welt der saturierten Spiesser. Fast so schlimm wie Schlager.

Aber auch eine weitergehende Rückschau wäre niemandem in den Sinn gekommen. Ist es heute normal, dreissig oder vierzig Jahre alte



Grandios, ungeschminkt: Marianne Faithfull.

Kamellen zu hören, war das vor wenigen Dekaden noch undenkbar. Wer hätte sich 1975 schon an Fred Astaires «Cheek to Cheek» aus dem Jahr 1935 gelobt? Vierzig Jahre – das ist, von heute aus betrachtet, 1972. Da lief Roberta Flacks zart-verhangenes «The First Time Ever I Saw Your Face», Elton Johns «Rocket Man» und «Tumbling Dice» von den Stones. Carly Simon sang «You're So Vain» (einfühlsam mit Mick Jagger als Backgroundsänger besetzt), Neil Young verewigte sich mit «Heart of Gold», und der unvergessene Bill Withers erfand das zeitlos gültige «Lean On Me» – alles Titel, die jeder Radiosender auch heute noch ungestraft rauf und runter spielen kann. Und auch unbekanntere Songs wie «If You Don't Know Me By Now» von Harold Melvin & The Blue Notes kann man heute locker auf jeder iTunes-Liste unterbringen, ohne als nostalgisch erstarrter Nestor abgeschrieben zu werden.

Im Wettstreit um die Jugend

Und so kann es bitteschön weitergehen, bis sämtliche Altvordern und ihr Anhang in die Grube fahren. Denn eigentlich hat es doch etwas Idyllisches, dem altersgegerbten Tun von Keith Richards zuzuschauen, Marianne Faithfull zu bestaunen, wie sie so grandios wie ungeschminkt in Filmen wie «Irina Palm» brilliert. Wenn Paul Weller (zwar über die Massen erblondet, musikalisch aber noch raufstübig) immer

noch Meisterwerke produzieren kann – wie im Übrigen auch Elton John, Rickie Lee Jones oder eben auch der unverzichtbare Bob Dylan.

Gut – hin und wieder kommt es zu Irritationen, die uns daran erinnern, dass auch Lebenszeit endlich ist. Da lässt sich Paul McCartney mal die Haare tönen, oder unversehens steht Tom Waits (für gewöhnlich mit grosser Musik!) völlig faltenfrei auf der Bühne. Mick Jagger, seit Ewigkeiten von unüberbarem Ehrgeiz gepackt, hat weniger Interesse am Abfeiern des 50-Jahr-Jubiläums seiner Hausband (eigentlich ein sympathischer Zug) – zusammen mit Trendspürnase Dave Stewart (Eurythmics) gründet er lieber eine neue Supergroup namens SuperHeavy mit Superröhre Joss Stone, A. R. Rahman und Damian Marley, um noch einmal unter den ganz Hippen mitspielen zu können (gelingt nicht wirklich). Oder auch Madonna, die noch immer hofft, dass sich junge Dinger wie Lady Gaga rasch und bald und möglichst sofort in der Aschewolke des Vergessens auflösen mögen.

Und das sind dann die Momente, in denen man das Alter in sich spürt. Wenn unsere Helden ihre Jahre nicht gelassen akzeptieren können. Wenn Mick Jagger ein wenig zu zuversichtlich im Wettstreit um die Jugend mit den Jungen tanzt, wenn Madonna beim donnern den Aufwand ihrer Shows zwar ihre Falten, nicht aber ihre Verbissenheit kaschieren kann oder, schlimmer: wenn ein tattriger Ozzy Osbourne immer noch den Wilden mimt – dann erinnert man sich plötzlich daran, dass man längst den Bauchansatz zum Verschwinden bringen wollte, man sieht in den Spiegel und streicht sich versonnen über die Glatze. Nein, ein Haarteil will ich nie und nimmer.

Obwohl: Tom Jones mit seiner weissen Mähne sieht schon bemerkenswert gut aus. ○

Eine glückliche Zukunft

*liegt allein in der Erfüllung
der Gesetze Gottes*

www.Christin-Baer.ch

«Welt ohne Geheimnisse»

Sollte man Kindern Computergames verbieten? Ist die Transparenz des Internets Segen oder Fluch? Was sind die wirklich guten Nachrichten aus der digitalen Welt? Swisscom-Chef Carsten Schloter blickt erfreut, aber auch besorgt in die Zukunft. Von Roger Köppel, Florian Schwab und Andrea A. Panté (Bild)

Herr Schloter, Sie haben seit kurzem kein festes Büro mehr, sondern arbeiten mobil. Was ist der Grund?

Nichts, was mein Büro verkörpert, stiftet einen Wert oder bringt das Unternehmen weiter. Was ist ein Büro? Da stehen ein paar persönliche Souvenirs, dann Bücher, die man geschenkt bekommen hat und nicht liest, es stapeln sich Papiere, die einem ein schlechtes Gewissen bereiten. Für die eigentlichen Arbeitsinstrumente, iPad und iPhone, brauche ich kein Büro mehr, die habe ich jederzeit bei mir.

Bewährt sich der Verzicht?

Uneingeschränkt ja. Man ist in seiner Alltagsgestaltung viel freier. Der Ablauf wird flüssiger. Wenn man einmal erst um 9 Uhr 30 ein Meeting hat, kann man vorher zu Hause arbeiten. Man bewegt sich stärker innerhalb des Unternehmens, nicht einfach nur sternförmig um das Chefbüro herum. Büros produzieren starre Machtstrukturen, Vorzimmer, Informationsfilter.

Stimmt es, dass Sie anderthalbstündige Referate vor grossem Publikum ohne Notizen halten?

Ja, aber man darf das nicht zu hoch hängen. Ich halte grundsätzlich alle Referate frei, weil ich eine Geschichte erzähle und Anekdoten einflechte.

Lernen Sie die Reden auswendig?

Bei zwei Arten von Anlässen schreibe ich die *storyline* genauer auf: bei der Verabschiedung von Mitarbeitern, wo der emotional richtige Ton getroffen werden muss. Und bei unseren jährlichen grossen Kaderanlässen. Das Lampenfieber ist jeweils gross, denn das Jahresergebnis hängt davon ab, wie motiviert die Mitarbeiter nach meinem Auftritt den Saal verlassen. Auf diesen Moment kommt es an.

Was war die Botschaft dieses Jahres?

Ich habe dargelegt, wie sich die Swisscom gegenüber ihren Kunden verhalten muss. Die Möglichkeiten in der digitalen Welt steigen jedes Jahr um eine Potenz. Das schürt Faszination, aber auch Ängste. Es wird die Kunst des Unternehmens sein, den Kunden durch das Dickicht zu begleiten, ihn zu führen. Die unendliche Zahl der Möglichkeiten überfordert viele.

Sie sprechen die Unübersichtlichkeit an, die Schnellebigkeit in einer Branche, die von heute auf morgen ihr Gesicht total

verändert. Wie orientieren Sie sich persönlich? Wie trennen Sie die Spreu vom Weizen?

Es stimmt schon, an der Oberfläche ist alles in Bewegung, aber in der Tiefe sind Entwicklungen erkennbar, welche die oberflächlichen Trends prägen. Die Fundamentalbewegungen der letzten zwanzig Jahre zeichnen sich erstaunlicherweise durch eine grosse Konstanz aus.

Worauf kommt es an?

Ein fundamentaler Trend liegt in der Ausgestaltung der Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine. Epochal war die Erfindung des berührungsempfindlichen Bildschirms durch das iPhone von Apple. Früher mussten abstrakte Befehle in ein kleines Gerät getippt werden, dann plötzlich wurde die Bedienung grundlegend vereinfacht. Sogar Kleinkinder können heute ein iPhone benutzen, weil sie sofort wissen, wie es funktioniert. Das gleiche gilt für Menschen, die an der Eingabe bei einer Informationsleiste scheiterten. Stellen wir uns für eine Sekunde vor, was das bedeutet: Mit einer einzigen Innovation hat Apple Millionen von Menschen rund um den Globus

Unser Datenhaushalt ist, um es auf Schweizerdeutsch zu sagen, ein «Puff».

den Zugang zum Internet, zur Information, zum Wissen explosionsartig erleichtert. Wir haben es hier mit einer Demokratisierung von Wissen und Macht in gewaltigem Ausmass zu tun. Die Vereinfachung der Bedienung wird weitergehen. Bald werden wir mit Sprache und Bewegung die Geräte steuern. Meine Eltern, beide gegen achtzig Jahre alt, hatten keine Computer und waren der Ansicht, dass sie ihr Leben ohne Internet beenden würden. Als ich ihnen ein iPad brachte, überwand sie die Hürde. Heute surfen sie wie Millionen andere. Das ist absolut faszinierend.

Die Tatsache, dass wir die Bedienung von Geräten vereinfachen, scheint noch keine fundamentale zivilisatorische Neuerung zu sein. Sie übertreiben etwas.

Ich sehe das anders. Heute werden Millionen investiert, um die Steuerung von Geräten intuitiv über Sprache zu ermöglichen. Der Punkt wird kommen, wo wir die Technologie gleichsam als natürliche Fortsetzung unserer körperlichen Fertigkeiten erleben. Das wiederum wird die Zahl derer, die sich an dieser

Technologie beteiligen, massiv erhöhen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Vermittlung von Inhalten immer stärker über Bild und Video stattfindet. Die Zugänglichkeit von Wissen wird dadurch nochmals markant erhöht. Millionen von Menschen, die weder richtig schreiben noch lesen können, werden an dieser Demokratisierung von Wissen und Information teilnehmen können. Das ist ein fundamentaler, sehr erfreulicher Trend.

Können Sie die Ängste von Leuten nachempfinden, die in dieser Entwicklung vor allem die Schattenseite immer leichter verfügbarer Daten, letztlich die Auflösung der Privatsphäre sehen?

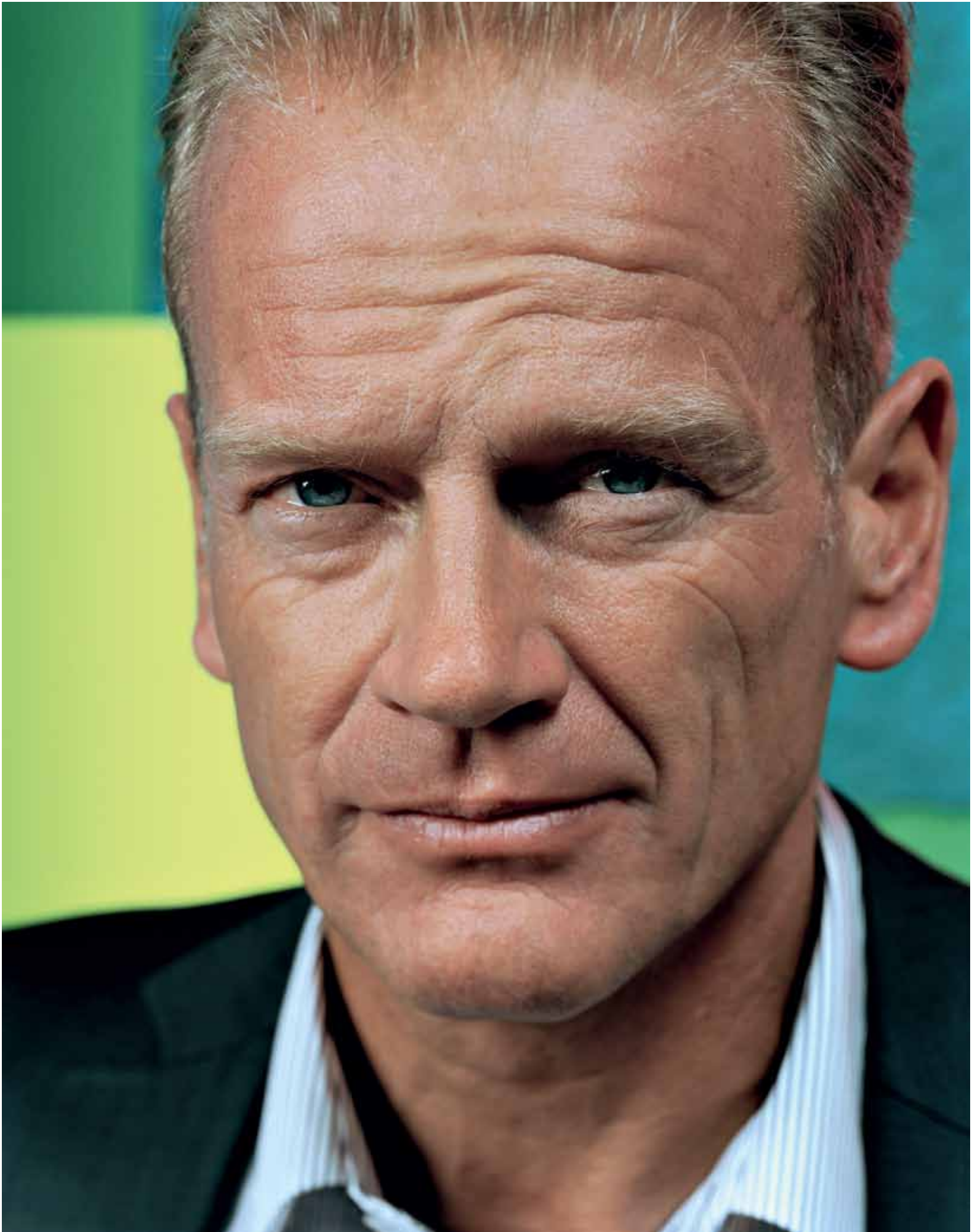
Bevor wir eine Bewertung wagen, sollten wir zuerst vom zweiten Fundamentaltrend sprechen, der die Informationstechnologie kennzeichnet: Die Art, wie Daten gespeichert und abgerufen werden, wird sich grundsätzlich ändern. Heute haben wir eine Vielzahl an Geräten, auf denen unterschiedliche digitale Daten chaotisch gespeichert sind. Unser Datenhaushalt ist, um es auf Schweizerdeutsch zu sagen, ein «Puff». Wir aber wollen doch Zugriff auf unsere Daten haben, wo immer wir sind und unabhängig davon, welches Gerät wir gerade dabei haben. Das Problem besteht darin, dass die heutigen Netze diese Dienstleistung noch nicht oder noch nicht ausreichend ermöglichen. Nur deshalb schleppen wir die Daten auf unseren Geräten herum. Wir kommen in Zukunft an den Punkt, wo alle Daten unabhängig vom Gerät an einem zentralen Ort gespeichert sind, sei es im Internet oder an einem Ort der Wahl. Sie sind dann aus der Datenwolke, der «Cloud», immer abrufbar. Ein Beispiel ist iTunes Match.

Carsten Schloter aktiviert sein iPad.

Auf diesem Gerät habe ich keine Musik gespeichert, kann aber jederzeit auf meine zu Hause gespeicherte Musik zugreifen.

Er klickt auf ein Musikstück – nach wenigen Sekunden spielt das iPad die Musik ab.

Sehen Sie, alles aus der Cloud. Die Endvision ist, dass alle Daten in der Cloud liegen, auf die ich immer zugreifen kann. Die Cloud-Entwicklung ist heute in aller Munde. Zum Beispiel bei den Grossbanken. Die Banken haben doch einen Horror davor, dass die Mitarbeiter über PCs voller Daten verfügen. Geht der PC verloren oder wird er gestohlen, können hochsensible Daten in die falschen Hände gelangen. Dieses Problem kann mit



«Ja, es wird die Welt verbessern»: Swisscom-CEO Carsten Schloter, 48.

der Cloud-Methode gelöst werden. Es werden keine Daten mehr auf den PCs sein, es gibt nur Zugangscodes zur Datenwolke.

Denkbar wäre allerdings, dass eine ganze Wolke mobiler Bankdaten, beispielsweise von den Steuerbehörden Nordrhein-Westfalens, abgefangen werden könnte. Die Wolke stellt ein erhebliches Risiko dar.

Die Entwicklung ist erst am Anfang, und nach einem ersten Überschwang werden wir Rückschläge erleben. Es wird Skandale geben, Daten werden verlorengehen, Unsicherheit gegenüber dieser neuen Technologie wird die Nachfrage nach seriösen und sicheren Anbietern verstärken.

Sind Sie darüber besorgt, dass alle Bewegungen auf dem Internet unauslöschlich gespeichert werden?

Es gibt beunruhigende Aspekte. Am meisten Sorgen bereitet mir die Auflösung der Privatsphäre. Alles wird transparent sein. Wenn Firmen früher glaubten, sie könnten ihre Kunden durch selektiv verbreitete Botschaften manipulieren, so wird das nicht mehr möglich sein. Das Gleiche gilt für die Politik und das Alltagsleben. Wir gehen in eine Welt ohne Geheimnisse.

Andererseits: Die Macht der Institutionen nimmt ab, die Transparenz nimmt zu.

Ja, es wird die Welt verbessern. Aber vergessen Sie nicht: Der Mensch muss lernen, mit der neuen Transparenz umzugehen. Das wird nicht allen gelingen. Es wird, zumindest am Anfang, Existenzen zerstören.

Die Demokratisierung des Wissens bringt die Verlagerung der Macht von der Firma zum Kunden, vom Staat zum Bürger. Was soll daran schlecht sein?

Ich teile diesen Optimismus. Ich glaube auch, dass der Umbruch in der arabischen Welt wesentlich mitgeprägt, ja ermöglicht wurde durch die Vereinfachung der Kommunikation. Die arabischen Eliten wurden geschwächt, weil ihre Untertanen sich leichter und besser untereinander verständigen konnten. Auf der anderen Seite öffnen sich natürlich durch die neue Technologie auch neue Möglichkeiten der Manipulation. Das ist eine Gefahr.

Wo sehen Sie diese Gefahr?

Es gibt die Tendenz, dass sich die Systeme verselbständigen. Denken Sie an den Hochfrequenzhandel an den Finanzmärkten, wo teilweise aufgrund von Systemfehlern die Börsen einbrechen. Niemand hat den Überblick. Als ich als Programmierer anfing, gab es Systemingenieure. Wenn man in einer Software ein Problem hatte, konnte man zu ihnen gehen, und sie wussten sofort, was nicht stimmte. Mit der stark gestiegenen Komplexität gibt es niemanden mehr, der den Überblick hat. IT-Fehler zu beheben, gleicht heute der Arbeit eines Arztes: Man muss aufwendig diagnostizie-

ren, hier und dort etwas klopfen, dort die Temperatur fühlen und weiss dann immer noch nicht, ob die Diagnose richtig ist. Wenn ich die Euro-Zone anschau, beschleicht mich das Gefühl, auch hier würde manipuliert. Die Euro-Krise ist eine künstliche Krise.

Das kann nicht Ihr Ernst sein.

Nehmen Sie das Beispiel Italien. Das Land hat eine sehr niedrige Gesamtverschuldung, wenn man private und staatliche Schulden zusammenrechnet. Trotzdem muss das Land sehr hohe Zinsen zahlen, und mit Kreditausfallversicherungen wird gegen den italienischen Staat gewettet. Das ist, sachlich, nicht gerechtfertigt, findet aber trotzdem statt. Das blinde Vertrauen in das System der Finanzmärkte macht mir Sorgen. Durch eine undurchschaubare Komplexität wird ein System manipulierbar. Wir haben das auch in der Finanzkrise gesehen, als gegen an sich stabile Banken gewettet und per Knopfdruck gewaltige Investitionen verschoben wurden. Möglicherweise können sich auch Bankpaniken angesichts der Technologie schneller verbreiten. In der grossen Depression mussten die Leute, wenn sie ihr Geld abheben wollten, noch anstehen vor der Bank. Heute wird das alles mit wenigen Tastenbewegungen erledigt.

Komplexität und Vielfalt sind doch Versicherungen gegen Manipulation. Big Brother ist machtlos, wenn es tausend Big Brothers gibt.

Beweisen Sie mir, dass die Wetten mit Kreditausfallversicherungen gegen Italien wirklich ein rationales Marktergebnis sind und nicht eine Folge der geballten Macht von Finanzorganisationen mit ihren eigenen Interessen.

Machen uns die neuen Maschinen und Technologien insgesamt intelligenter?

Der Mensch wird auf jeden Fall immer produktiver in der Verarbeitung von Information. Er nimmt Informationen auf, gibt Informationen weiter. Neue Geräte erlauben die Aufnahme und Weitergabe von immer mehr Informationen. Die Verdichtung nimmt zu. Dieser Kreislauf dreht sich immer schneller und mitleidloser.

Wir können doch jederzeit die Stopptaste drücken.

Die rasant wachsende Dichte an verfügbarer Information gibt uns Breite, verstärkt aber auch einen Trend zu immer mehr Oberflächlichkeit. Grob weiss man, was in der Welt passiert. Aber wie viele Menschen werden noch bereit sein, bei einem Thema wirklich in die Tiefe zu gehen? Die Informationsflut wird zunehmen – und unsere Oberflächlichkeit mit ihr.

Einspruch. Die Leute sind doch heute viel besser informiert als vor zwanzig, dreissig Jahren. Gleichzeitig war die Bequemlichkeit, einer Sache auf den Grund zu gehen,

schon immer gross. Die Informationsflut mag manchmal lästig sein, aber insgesamt macht sie uns klüger.

Ich befürchte, dass die Tiefe verlorengeht. Sicher: Ich begrüsse die Einfachheit und die Bequemlichkeit der neuen Technologien, aber machen wir uns nichts vor: Es gibt auch die Gefahr, dass uns neue Maschinen fauler und weniger kreativ machen.

Sind Computergames Segen oder Fluch?

Ich studiere Games mit Blick auf Möglichkeiten, wie wir Nutzen für unsere Kunden schaffen können. Auch hier sind fundamentale Trends zu beobachten. Die virtuelle Realität wird immer realistischer. Wir werden bald Lebewesen lebensecht abbilden können. Kinder werden mit Brillen auf dem Kopf Spiele spielen, die an die Simulation von Leben heranreichen. Das wirft ethische Fragen auf.

Spricht hier der besorgte Vater? Sie haben selber drei Kinder.

Ich selber bin sehr entdeckungsfreudig, aber in Bezug auf meine Kinder – das gebe ich offen zu – bereue ich, was ich gemacht habe. Ich habe mich immer gegen den konservativen Gedanken gewehrt, meinen Kindern den Zugang zu Games zu versperren. Ich war überzeugt, dass sie die durch Games erworbenen Fertigkeiten im Arbeitsleben einmal brauchen würden. Ich wollte nicht, dass sie den Entwicklungen hinterherhinken. Heute stelle ich fest: Die Nutzung all dieser Möglichkeiten schränkt die Fantasie der Kinder ein.

An welchen Beispielen würden Sie das festmachen?

Ich habe Kinder beobachtet. Kinder, die selten mit Games spielen, gehen in die Natur, entdecken Gräser, Blumen, Hölzer und spielen irgendwas. Die anderen, die an Games gewöhnt sind, langweilen sich. Die Aufmerksamkeit der Kinder wird auf eine Weise stimuliert, dass die Fantasie abstumpft.

Die Vielzahl an Computerspielen ist doch gleichermassen stimulierend für die Fantasie. Früher klagten die Eltern über die abstumpfende Wirkung von Comics, die auch nicht eintrat.

Heute übernimmt das Gerät die Fantasie. Die Kinder müssen sich nicht mehr anstrengen. Wenn ich die Games rückwirkend zurücknehmen könnte, würde ich es tun. Ich kenne Familien, die ihren Kindern nur ganz knappe Zeiträume für Games zugestehen und ihnen die Computer wegnehmen.

Die Kinder sind heute nicht weniger fantasie reich als Kinder vor dreissig Jahren.

Als ich noch selber als Kind vor einer Legokiste sass, musste ich mir aus eigenem Antrieb ausdenken, was ich genau bauen würde. Heute werden die fantastischsten Maschinen vorgefertigt. Die Kinder müssen sie nur noch zusammensetzen. Und als Vater muss ich ihnen jeweils das neuste «Star Wars»-Modell liefern. Das fördert nicht die Kreativität.

Muss man Kindern Games verbieten?

Die Macht der Eltern nimmt ab, aber eine gewisse Kontrolle muss ausgeübt werden. Es gibt den Punkt, wo zunehmende Bequemlichkeit nicht mehr positiv ist und in Dekadenz umschlägt.

Hat die Fähigkeit der Menschen, sich schriftlich auszudrücken, durch die neuen Technologien gelitten?

Dramatisch. Die Zahl der Menschen, die einen guten, klaren Text schreiben können, nimmt ab. Auch die Zahl derer, die fehlerfrei schreiben können, geht zurück. Ich sehe das in meinem beruflichen Alltag. Wir erleben eine Art Analphabetisierung.

Würden Sie von Verdummung sprechen?

Es ist nicht unbedingt eine Verdummung, sondern ein Wandel dessen, was wir als intelligent erachten. Vielleicht ist Schreiben einfach weniger wichtig geworden. Es gab ja Zeiten, wo es dazugehörte, in der Kunst der Höhlenmalerei bewandert zu sein.

Wenn der Trend zur Bequemlichkeit und Einfachheit weitergeht, wird das Buch keine Zukunft mehr haben.

Wir stellen fest, dass virtuelle Realitäten an Bedeutung gewinnen. Bild schlägt Text, Video schlägt Bild. Sie können heute am Computer absolut realistische Welten gestalten. Filme mit Menschen, die täuschend echt aussehen, aber im Computer erschaffen wurden. So verschwimmen die Grenzen zwischen Realität und Fiktion. Die Zukunft des Buches ist da ungewiss, auch wenn ich davon ausgehe, dass es nach geschriebenem Text nach wie vor eine Nachfrage geben wird.

Ist das Internet ein Instrument der Zerstörung von Eigentum, weil das Kopieren von Musik und Filmen so einfach geworden ist?

Sicher ist, dass die klassische Wertschöpfungskette zerstört wird. Aber es entstehen neue ökonomische Modelle, weil es immer Leute geben wird, die für gute Musik und gute Filme bezahlen werden. Die Macht der alten Vertriebsgesellschaften nimmt

ab, aber die Macht des kreativen Künstlers bleibt. Es muss allerdings nicht zwangsläufig jeder Musiker gleich Millionär werden, nur weil er einen Hit produziert.

Wo sehen Sie die Rolle einer Swisscom in der Welt, über die wir gesprochen haben?

Wir werden die Garanten einer einbruchssicheren Dateninfrastruktur sein. Wir werden Ihnen den Zugang zu Daten erleichtern, aber gleichzeitig sicherstellen, dass Ihre Daten nicht in falsche Hände fallen. Wenn der Kunde eine biometrische Uhr kauft, die sei-

«Die Aufmerksamkeit der Kinder wird auf eine Weise stimuliert, dass die Fantasie abstumpft.»

ne Daten an eine Herzklanke weiterleitet, wird er sich fragen: Wem vertraue ich diese Netzleistung an? Wenn Sie Ihre Daten in die Wolke auslagern, wird die Frage nach der Sicherheit entscheidend. Die Schweiz und die Swisscom als genuin schweizerisches Unternehmen werden hier als Datenspeicher eine bedeutende Rolle spielen. Ich sehe grosse Chancen.

Man könnte argumentieren: Gerade die Swisscom hat etwas Abschreckendes, weil sie zu 57 Prozent in Staatsbesitz ist. Wer möchte, dass seine intimsten Daten in Berührung mit staatlichen Stellen kommen?

Da wir auf eine transparente Welt zusteuern, wird es kaum mehr Geheimnisse geben, also werden Sie auch keine echten Geheimnisse in den Datenspeicher geben. Die Swisscom allerdings wird dafür sorgen, dass Ihre Daten auf keinen Fall verlorengehen und überall verfügbar sein werden.

Warum braucht es denn den Staat als Eigentümer?

Es geht um die technologische Infrastruktur der Schweiz. Das Telekommunikationsnetz ist für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes ganz entscheidend. Hier braucht es langfristiges Denken, und der Zeithorizont eines Unternehmens hängt auch mit dem Aktio-

ariat zusammen. Dank der Staatsbeteiligung können wir langfristig denken. Private-Equity- oder Venture-Capital-Gesellschaften haben viel kurzfristigere Horizonte. Wir schlittern zunehmend in eine Echtzeitgesellschaft hinein, wo alles sofort verbreitet und bearbeitet wird. Das ist etwas krank. Manchmal schafft das Qualität, wenn etwas eine Weile liegenbleibt.

Die digitale Welt ist eine Welt des schnellen Wandels und der grossen Umbrüche mit enormen unternehmerischen Risiken. Diese Risiken trägt der Staat, trägt der Bürger.

Wir setzen derzeit auf den Glasfaserausbau. Sollte diese Technologie durch eine neue Innovation überholt werden, kostet es mehrere Milliarden Franken. Das ist ein Risiko, gewiss. Aber ein viel grösseres Risiko wäre es, wenn ein Staat wie die Schweiz die Investitionen in seine Dateninfrastruktur vernachlässigen würde. Um es provokativ zu sagen: Eine gute Dateninfrastruktur ist wichtiger als ein gutes Eisenbahnnetz. Der Staat hat zudem ein Sicherheitsinteresse. Angriffe auf die digitalen Netze sind eine reale Gefahr. Hier gibt es eine beträchtliche Schadensschneise.

Welches Buch lesen Sie eigentlich derzeit?

Ich lese das Buch von Kurt Lauber, Hüttenwart der Hörnlihütte am Matterhorn.

Weil Sie im Innersten den Ausbruch aus der sterilen digitalen Welt herbeisehnen?

Das ist etwas einfache Psychologie. Nein, ich verbringe einfach gerne meine Wochenenden in Zermatt und in den Bergen.

Welches Buch hat Sie zuletzt am meisten beeindruckt?

Die Biografie von Steve Jobs. Er hat die fundamentale Bedeutung der Schnittstelle Mensch/Maschine erkannt. Er war kein angenehmer Mensch, aber er hat sich durch nichts von der Verwirklichung seiner Ideen abbringen lassen.

Was kann der Chef des Staatsunternehmens Swisscom vom Apple-Gründer lernen?

Dass der schiere Wille Berge versetzen und die Welt verändern kann. ○

FÜR JEDEN GESCHMACK DER RICHTIGE WEIN DIREKT NACH HAUSE!

WWW.ARVI.CH

ARVI-HIGHLIGHTS DER WOCHE

Le Difese – Tenuta San Guido 2010
CHF 19.45 Ab 36 Flaschen CHF 18.35

Guidalberto (2nd Vin Sassicaia) – Tenuta San Guido 2010
CHF 30.25 Ab 36 Flaschen CHF 29.15

Le Volte – Tenuta dell'Ornellaia 2010
CHF 20.50 Ab 36 Flaschen CHF 19.45

Guado al Tasso – Antinori 2007
CHF 64.80 Ab 36 Flaschen CHF 62.65

Tignanello – Antinori 2009
CHF 61.55 Ab 36 Flaschen CHF 59.40

Le Cupole – Tenuta di Trinoro 2010
CHF 28.10 Ab 36 Flaschen CHF 25.90

Testamatta – Bibi Graetz 2009
CHF 97.20 Ab 36 Flaschen CHF 86.40

Il Carbonaione – Podere Poggio Scalette 2009
CHF 37.80 Ab 36 Flaschen CHF 34.55

Saffredi – Fattoria le Pupille Elisabetta Geppetti 2008
CHF 48.60 Ab 36 Flaschen CHF 45.35

Champagne Dom Perignon – Moët & Chandon 2003
CHF 135.– Ab 36 Flaschen CHF 129.60

Alion – Vega Sicilia 2008
CHF 52.90 Ab 36 Flaschen CHF 51.85

Aalto – Aalto 2009
CHF 36.70 Ab 36 Flaschen CHF 34.55

Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Transport nicht im Preis enthalten.



ARVI
THE SWISS BANK OF FINE AND RARE WINES

ARVI SA · Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano

T +41 (0)91 649 32 88
F +41 (0)91 648 33 75
info@arvi.ch · www.arvi.ch

AMARONE COSTASERA – MASI 2008
CHF 32.40
Ab 36 Flaschen CHF 31.30



Wahrheit im Promillebereich: Filmstar Penélope Cruz bei Werbeaufnahmen.



Im Promillebereich

Von Daniele Muscionico

Das Rezept für Schönheit wird üblicherweise geheim gehalten. Und das Geheimnis von Erfolg genauso. Doch die Herstellung einer erfolgreichen Schönen erscheint uns urplötzlich simpel, wenn wir glauben, was es hier zu sehen gibt: in der öffentlichen Garderobe der Madonna von Madrid, wo aus Penélope Cruz Sánchez, Tochter eines Automechanikers und einer Friseurin – Penélope, die Muse des spanischen Kinos, wird.

Wenn es stimmt, dass Schönheit im Auge des Betrachters liegt, dann liegt Penélope richtig. Die Cruz liegt richtig, weil sie sich mit Menschen umgibt, die gewiss massenhaft innere Schönheit in sich versteckt halten, aber aussen, um die Hüften oder die oberen Schenkel... Nun ja, es sind Menschen, die ihr Geld mit ihrer Hände Arbeit verdienen. Ehrliche Hände, die zupfen, rupfen und hochprozentigen Stars geeiste Aperitifs servieren.

Dazu muss man wissen: Die schöne Oscar-Preisträgerin hat hier ihren Auftritt als menschlicher Aperol Spritz sozusagen, als Likör-Liebesdienerin im Sinne der EU-Spirituosenverordnung. Dafür hat sie sich den Palacio de Fernán Núñez in Madrid ausgesucht, ein prunkvolles Gebäude aus dem 19. Jahrhundert. Das heisst, genau genommen hat ihn natürlich der Fotograf ausgesucht, jener deutsche namens Kristian Schuller, der auch bei uns schon im Wohnzimmer sass, damals, als Schuller Juror war bei «Germany's Next Topmodel».

Die Cruz als Lady in Red zu inszenieren, das macht offenbar eine Menge Arbeit. Doch auch eine Menge Spass. Zumindest Penélope scheint ihn zu haben, ihr Lächeln ist so gross wie ihr Ausschnitt, ihr Startkapital von damals und ihr Star-Kapital von heute. Nein, alles ist gross an ihr, klein ist bloss ihre Aufmerksamkeit für das Glas, das man ihr reicht und um das sich hier alles dreht und wendet.

Oder täuschen wir uns, und alles ist anders? Und so falsch wie die Haarpracht der in Wahrheit aktuell kurzhaarigen Schauspielerin? Wer will es schon so genau wissen.

Als Gaspare Campari 1860 in Novara sein Getränk ersann, hütete er die Rezeptur wie seinen Augapfel. Bis heute hat sich daran nicht viel geändert. Und muss sich auch nicht. Erfolg ist eine bewusstseinsverändernde Sache genauso wie der Alkohol – und die Schönheit. – Womöglich haben wir das Bild längst viel zu lange betrachtet, um uns damit abfinden zu können, dass sein Gehalt an Wahrheit im Promillebereich liegt.

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Jonas Jonasson: Der Hundertjährige ...** (Carl's Books)
- 2 (2) **Henning Mankell: Erinnerung an einen schmutzigen Engel (Zsolnay)**
- 3 (4) **Jean-Luc Bannalec: Bretonische Verhältnisse (Kiepenheuer & Witsch)**
- 4 (5) **Isabel Allende: Mayas Tagebuch (Suhrkamp)**
- 5 (6) **Ingrid Noll: Über Bord (Diogenes)**
- 6 (3) **Donna Leon: Reiches Erbe (Diogenes)**
- 7 (7) **Rachel Joyce: Die unwahrscheinliche Pilgerreise des Harold Fry (Krüger)**
- 8 (10) **Viveca Sten: Die Toten von Sandhamn (Kiepenheuer & Witsch)**
- 9 (9) **Jussi Adler-Olsen: Das Alphabethaus (DTV)**
- 10 (-) **Joy Fielding: Das Herz des Bösen (Goldmann)**

Sachbücher

- 1 (1) **André Häfliger, Georges Wüthrich: Dölf Ogi – So wa(h)r es! (Weltbild)**
- 2 (3) **Rolf Dobelli: Die Kunst des klaren Denkens (Hanser)**
- 3 (2) **Philippe Pozzo di Borgo: Ziemlich beste Freunde (Hanser)**
- 4 (6) **Lukas Fischer: 1001 Ausflugsziele – Familienspass im Freizeitland (Weltbild)**
- 5 (4) **Jacky Gehring: Body Reset – Das Erfolgsprogramm (Weltbild)**
- 6 (5) **Rhonda Byrne: The Magic (Droemer/Knaur)**
- 7 (-) **Gian D. Borasio: Über das Sterben (C. H. Beck)**
- 8 (-) **Adam Zamoyski: 1812 (C. H. Beck)**
- 9 (-) **Pierre Dukan: Das Dukan-Diät-Kochbuch (Gräfe und Unzer)**
- 10 (-) **Manfred Spitzer: Digitale Demenz (Droemer/Knaur)**

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Peter Stamm

Europäische Autoren haben es schwer in den USA. Max Frisch war zwar auch US-Intellektuellen ein Begriff, schliesslich lebte er mehrere Jahre in Amerika, und Dürrenmatts «Der Besuch der alten Dame» wurde auch in New York gespielt. Doch das ist lange her. Nicht-englischsprachige Autoren haben es mittlerweile noch schwerer, in den USA Beachtung zu erlangen. Umso höher einzuschätzen ist der Winterthurer Autor Peter Stamm, dessen neuer Erzählband im bedeutendsten US-Intellektuellenmagazin *New Yorker* gross beworben wird. «Einer der spannendsten Schriftsteller Europas», heisst es auf den Inseraten. In der Mai-Ausgabe des Magazins wurde sogar eine achtseitige Kurzgeschichte von ihm abgedruckt. Wann sein nächster Roman auf Deutsch erscheint, ist ungewiss. «Es geht sehr herzlich vorwärts», schreibt er in einem Mail. Was für ein gutes Buch kein schlechtes Zeichen sein muss. (rb)



Bittere Tränen um sein Büsi: Schriftsteller Hemingway auf der Jagd in Kenia, 1952.

Literatur

Der alte Mann und das Gewehr

Ernest Hemingway galt als der ewig strahlende Sieger, Frontkämpfer und Lebemann der Weltliteratur. Nun zeigen ihn neu entdeckte Briefe ungewöhnlich verletzlich und verzweifelt. Von Julian Schütt

Mit Tränen in den Augen holt er am 22. Februar 1953 seine Waffe aus dem Schrank und geht vors Haus. Er streichelt Miss Uncle Willie und murmelt ihr ein paar vertrauenerweckende Koseworte zu. Dann zielt er auf ihren Kopf und drückt ab.

Es muss für die Katze eine Erlösung gewesen sein. Sie litt nur noch, seit ein Auto sie angefahren und ihr zwei Beine gebrochen hatte. «Ich habe Menschen erschiessen müssen», schreibt Ernest Hemingway danach, «doch nie jemanden, den ich gekannt und elf Jahre geliebt habe.»

Ein Wagen hat sich derweil unmerklich dem Anwesen der Hemingways genähert, gefüllt mit Touristen, die den Vorfall zufällig miterleben. Pietät kennen sie nicht. Lüstern verfolgen sie das Spektakel des am Boden zerstörten Autors. In dessen Trauer mischt sich Verachtung für die Gaffer. «Ich hatte noch das Gewehr in der Hand und gab ihnen zu verstehen,

dass sie zu einer schlechten Zeit gekommen seien und das gefälligst einsehen und verschwinden sollten.»

Aber der Fahrer, den Hemingway nur den «Cadillac-Psycho» nennt, gibt ihm zurück: «Wir sind zu einer höchst interessanten Zeit gekommen. Gerade rechtzeitig, um den grossen Hemingway heulen zu sehen, weil er eine Katze töten musste.»

Nachzulesen ist das in einem Brief, den der Schriftsteller seinem Freund Gianfranco Ivanich schrieb. Er hatte den Italiener 1949 in der Bar des Hotels «Gritti Palace» in Venedig kennengelernt. Beide hatten im Krieg schwere Beinverletzungen davongetragen, sie waren *compagni d'arme*, also Waffenbrüder, und verstanden sich trotz des Altersunterschieds von zwanzig Jahren ausgezeichnet.

Hemingway konnte prinzipiell nur Männer ernst nehmen, die vom Krieg gezeichnet

waren und eindrucksvolle Narben vorzuweisen hatten. Hinzu kam Ivancichs Schwester Adriana. Als der zum vierten Mal verheiratete Autor sie zum ersten Mal traf, war die schöne Aristokratentochter gerade achtzehn geworden. Sie legte stets Wert auf die Feststellung, ihre Beziehung zu Hemingway sei rein platonisch gewesen. Immerhin besuchte sie ihn 1950 auf Kuba.

Für ihn war Adriana eine Muse, die ihn zu einer äusserst ergiebigen letzten Schaffensperiode inspirierte, aus der 1952 «Der alte Mann und das Meer» hervorging. Auch im Roman «Über den Fluss und in die Wälder» verewigte er sie und heizte die Gerüchteküche noch an, weil er die Veröffentlichung des Buches in Italien untersagte.

Der inzwischen achtzigjährige Gianfranco Ivancich zählt zu den Nobili von Venedig. Letztes Jahr verkaufte er die fünfzehn Briefe, die Hemingway ihm von 1953 bis 1960 geschickt und oft zärtlich mit «Mr. Papa» oder «Papa» unterzeichnet hatte, an die John F. Kennedy Presidential Library in Boston. Sie gelten als kleine Sensation, teils weil sie unbekannt waren, teils weil sie dem vom Dichter gewissenhaft gepflegten Bild des ewig strahlenden Siegers, Frontkämpfers, Grosswildjägers Hemingway widersprechen. Die Korrespondenz zeigt einen ungewöhnlich verletzbaren, dünnhäutigen, empfindsamen, ja sentimentalern Ernie.

Furcht vor den «Aasgeiern»

Eigentlich wollte bei ihm alles triumphieren, sogar die Brusthaare, gewiss die exhibitionistischsten, die die Weltliteratur kennt. Er mochte nicht bloss still auf dem Papier siegen. Im Gegenteil, sein Leben lang schrieb er an gegen eine verweichlichte, Verlierer verzärtelnde, brav-humanistische Literatur. Angst jagte er ihr allein schon mit seiner kraftstrotzenden Präsenz ein, seinen Pranken, «so gross wie Schinken», wie sich der Schriftstellerkollege Ford Madox Ford erinnerte. Gerne stellte er unzivilisierbares Naturburschentum, Rauflust, brutale Härte und Macho-Allüren zur Schau.

Er brüstete sich, im Zweiten Weltkrieg 120 Deutsche erledigt zu haben. Mit nie nachlassender Energie drang er in die Mysterien des Krieges und des Stierkampfes ein. Für die Kameras posierte er mit Geckenschnauz vor riesigen Geweihen, richtete vor einer erlegten Beute sein Gewehr phallusartig auf, hielt mit breitem Grinsen die Hand einer neuen Beauté. Und nun begegnet einem plötzlich ein ganz anderer Hemingway, der bittere Tränen um sein Büsi vergiesst.

«Winner Take Nothing» – «Der Sieger geht leer aus» – heisst einer seiner hervorragenden Geschichtenbände von 1933. Diese vermeintlich unbesiegbare, geniale Urgewalt namens Ernest Hemingway ist in den letzten

Jahrzehnten zu den Irdischen und weiter zu den Sterblichen hinabgesunken. Schon als er noch voll im Saft war, fürchtete der Schriftsteller die «Aasgeier», die sich an seinem Nachlass gütlich tun würden, und als bewährter Militärstrategie rüstete er zum Abwehrkampf: Er sperrte Unveröffentlichtes und stiess prophylaktische Verwünschungen aus, um jene Angehörigen und Forscher einzuschüchtern, die seine Sperrungen ignorieren sollten.

Es blieb wie immer ein vergeblicher Kampf. Nach seinem Tod wurde der Öffentlichkeit eine Manuskripttrophäe nach der anderen präsentiert, darunter viel Zweifel-

Er konnte prinzipiell nur Männer ernst nehmen, die vom Krieg gezeichnet waren.

haftes wie «Inseln im Strom», was nur die schlimmsten Vorurteile gegen den Autor bestätigte. Letzteres taten auch manche Briefe und Biografien. Der amerikanische Schriftstellerkollege John Updike stellte einmal fest, Hemingway werde ähnlich wie der grosse tote Schwertfisch in «Der alte Mann und das Meer» bald «bis auf sein freudianisches Gerippe entblösst sein». Jeder Winkel im einst so anziehend vor Widersprüchen schillernden Kontinent Hemingway ist dann registriert, durchleuchtet und psychologisch gedeutet. Tragen die nun entdeckten Briefe an Gianfranco Ivancich zu dieser Entblössung bei?

Schwächelnd, depressiv, ohne Glorie

Hemingway hätte sich auf jeden Fall gegen die Veröffentlichung gewehrt. Denn ein Krieger, der menschliche Schwächen verrät, steht auf verlorenem Posten. Die Briefe aus den letzten zehn Lebensjahren zeigen Hemingway oft depressiv, alkoholsüchtig, ohne Glorie, dem banalen Alltag machtlos ausgeliefert.

Wenn er von Reisen berichtet, redet er wie jeder Durchschnittstourist vom Wetter: «Das Wetter war viel besser als letztes Jahr, und es gab mehr Fische. Wir haben im Schnitt zwanzig gute Fische am Tag gefangen.»

Wie jedes männliche Wesen, das Mühe mit dem Alter hat, beschäftigt er sich eingehend mit seiner körperlichen Verfassung: «Ich habe hart trainiert und bin in guter Form; kein Bauch und Indio-Tostado-Farbe.» Er lobt den guten Blutdruck und die makellosen Leberwerte. Auch seine Frau Mary sei in blendender Form und glücklich.

1954 kam er bei zwei Flugzeugabstürzen in Afrika fast ums Leben. Das erste Unglück ereignete sich während eines Ausflugs in Belgisch-Kongo, das zweite gleich danach auf dem Weg ins Spital von Entebbe. Hemingway erlitt schwere Kopfwunden, Verbrennungen,

innere Verletzungen, von denen er sich nie mehr ganz erholte.

Der physische Verfall liess sich nicht länger verschweigen. Er klagte Ivancich: «Mein Gedächtnis ist seit dem Flugzeugunglück von 1954 sehr schlecht.» Gleichwohl rang er sich am Schreibtisch weiter Höchstleistungen ab. «Ich habe furchtbar hart gearbeitet», teilte er dem Freund am 30. Mai 1960 mit. «Habe seit Ende Januar mehr als 100 000 Worte geschrieben.» Ein Buch sei fertiggestellt, ein weiteres zu zwei Dritteln, aber er werde sich hüten, eines davon noch in diesem Jahr zu veröffentlichen, «weil die Einkommenssteuer so schon so hoch ist, dass uns alle weiteren Einnahmen ins Armenhaus bringen würden».

Gianfranco Ivancich gehörte fraglos zu den wichtigsten Vertrauensleuten des Autors. Zwei Dutzend Briefe waren bereits bekannt, und von den fünfzehn neu dazugekommenen sind zwölf noch nie zuvor veröffentlicht worden. Auch jetzt sind sie erst in wenigen Auszügen publiziert. Lediglich Spezialisten können die Korrespondenz integral einsehen.

1956 wohnte Ivancich eine Zeitlang bei den Hemingways in der Finca auf Kuba. «Wir vermissen dich sehr, und es ist einsam, wenn man jemanden wie einen Bruder sieht und ihn dann verliert», schrieb ihm der Dichter danach. «Jetzt habe ich keinen Bruder mehr und weder einen guten Trinkkumpan noch einen fleissigen Bananenpflanzer.»

Später gestand er ihm: «Ich wünsche, ich könnte dir so gute Briefe schreiben, wie du sie an mich schreibst. Wahrscheinlich bin ich dazu nicht imstande, weil ich mich schon in meinem sonstigen Arbeiten völlig ausschreibe.»

Gianfranco Ivancich diente ihm auch als Go-between, um mit Adriana verbunden zu



«Furchtbar hart gearbeitet»: in Mailand, 1918.

bleiben. Am 25. Mai 1956 liess ihn Hemingway wissen: «Gianfranco, es ist schwer, einen Brief über deine Abreise zu schreiben, ohne sentimental zu werden, und sehr schwer, einen Brief nach Venedig zu schreiben, ohne Adriana zu erwähnen, aber ich tue es trotzdem.» Und am 7. Januar 1959 bettelte er schon fast um News über seine Angebetete: «Ich Sorge mich um A. und wünsche mir, dass du mir Nachrichten von ihr geben könntest – gute oder schlechte.»

Wahrer Genuss am Töten

Der heulende, flehende, leidende Hemingway liess sich bislang leicht überlesen, und er selbst hat nichts unversucht gelassen, damit das geschieht. Manche seiner Heroen hat er aus seinem eigenen Holz geschnitzt. Oft sind sie eine Spur zu männlich, zu gut aussehend, wissen auch zu gut, was in jeder Situation zu tun und zu sagen ist. Sie bleiben Sieger, auch wenn sie untergehen. Sie preisen die Härte, die Gewalt und das Vergnügen des Tötens nach dem Leitspruch ihres Urhebers: «Wahrer Genuss am Töten macht den grossen Matorador.» Aus ihnen spricht immer auch der Lebemann Hemingway in seiner ganzen Pracht und Peinlichkeit.

Aber wer genauer liest, hat schon vor der Entdeckung der Ivancich-Korrespondenz einen anderen Ernie kennen- und lieben gelernt. Seine besten Werke bieten mehr als nur Gewaltverherrlichung und Machismo. Selbst in grausamsten Szenerien rettet er eine geradezu religiöse oder zumindest metaphysisch anmutende Reinheit des Denkens und Fühlens. Das macht die Texte so unruhig. Und zweifellos stammen von Hemingway einige der unruhigsten Seiten Literatur, die im 20. Jahrhundert geschrieben wurden. Man findet sie vor allem in «The Sun Also Rises» («Fiesta»), erschienen 1926, in «A Farewell to Arms» («In einem andern Land») von 1929, in «For Whom the Bell Tolls» («Wem die Stunde schlägt») von 1940 oder in verschiedenen Short Stories.

Hemingway-Aficionados üben sich in Gelassenheit, wenn der Meister, allzu sehr vom Testosteron gesteuert, eine Frauenfigur mit den Worten einführt: «Sie hatte Wölbungen wie eine Rennjacht, und es entging einem nichts unter dem wollenen Jersey.» Die so präsentierte Lady Brett entwickelt sich in «Fiesta» dann zu einer der faszinierendsten Frauengestalten der modernen Literatur.

Hemingway ist immer für Überraschungen gut, im Negativen wie im Positiven: Mal hält man ihn für hoffnungslos verbohrt und kindisch oder erschrickt gar über seine Hohlheit, die er andererseits in den Texten so einzigartig zu entlarven versteht. Mal geht man ihm willig ins Netz, denn Hemingway gelingen, wenn er in Form ist, Dialoge und Beschreibungen von einer Dichte und Straffheit, die ihresgleichen suchen.

Dann erschrickt man einfach nur über die Präsenz seiner Figuren. Dann sind seine Bücher tatsächliche Siege, an denen man als Leser teilhat. Dann verschwinden seine martialischen Posen, und man übersieht nicht länger Sätze, die Hemingway eben auch geschrieben hat, nämlich dass jede Kriegserfahrung zwar unschätzbar für einen Schriftsteller sei, «macht man aber zu viele Erfahrungen, so wirken sie zerstörerisch».

Hemingways Nachtseite

Die Siegerpose übertünchte nur Hemingways innere Verlorenheit, seine Ängste, vor allem die Angst vor der Selbstzerstörung, die Angst vor dem Nichts. Seinen gewitzten, charmanten, scheinbar immer gewinnenden Ich-Erzähler in «Fiesta» lässt er plötzlich sagen: «Es ist so furchtbar leicht, am Tag über alles erhaben zu sein, aber nachts, mein Gott, ist es was ganz anderes.» Die Nachtseite bleibt in keinem Hauptwerk



«In guter Form»: Hemingway, 1943.

verborgen. Manchmal gibt es darin vor lauter Zweifeln, Unsicherheiten und Leere kein Halten mehr.

In erster Linie die frühen deutschen Rezensenten (viele von ihnen nicht ganz zufällig Nazis) feierten dankbar und gläubig den intellektuellen Kraftmenschen Hemingway, obwohl dieser Schriftsteller mit feinerer Witterung als die meisten Zeitgenossen die Gefährlichkeit der heraufziehenden faschistischen Regime in Europa erkannte. Hemingway konfrontiert uns mit der wiederum sehr beunruhigenden Tatsache, dass politische Einstellungen manchmal wenig aussagen über das effektive politische Verhalten. Hemingways Vitalismus unterschied sich ja nicht allzu sehr

von faschistischem Gedankengut. Zudem verbat ihm sein literarischer Puritanismus lange, zeitpolitische Ereignisse ernst zu nehmen.

Doch es gab dann kaum einen Autor, der die Diktaturen mit mehr Zivilcourage, unter Einsatz seines Lebens bekämpfte. Er formulierte glaubhaft, warum Faschismus, der immer auf Lüge gründet, und gute Literatur, die immer der Wahrheit verpflichtet bleibt, unvereinbar sind. «Ein Schriftsteller, der nicht lügen will, kann unter dem Faschismus weder leben noch arbeiten.» Sein blanker, zuweilen zum Anarchischen tendierender Individualismus stimmte ihn skeptisch gegen jede Ideologie, auch die kommunistische.

Seriensieger sehen und hören üblicherweise nicht mehr genau hin, sie werden träge vor Selbstvertrauen. Ernest Hemingway aber sah und hörte immer genauer. Er vertraute nur der eigenen Anschauung. Sein Credo lautete, «zu sehen und zu hören und zu lernen und zu verstehen; und zu schreiben, wenn es etwas gibt, was man weiss; und nicht vorher; und nicht zu verdammt viel später. Lass die, die es wollen, die Welt retten, wenn du nur dahin kommst, sie deutlich und als Ganzes zu sehen.»

Das gewichtigste literarische Zeugnis seines Kampfes gegen Diktaturen bleibt der Roman «Wem die Stunde schlägt», der die letzten Tage des Amerikaners Robert Jordan in einer republikanischen Truppe im Spanischen Bürgerkrieg schildert. Hemingway versucht in dem Buch auf überwältigende Weise Unmögliches: In den siebzig Stunden, die dem schwerverwundeten Spanienkämpfer Jordan bleiben, soll sich dessen ganzes Leben ausschöpfen, als dauere es siebzig Jahre. Der Roman ist eine einzige Feier der Gegenwart.

Der Nobelpreis half ihm nicht

Seine Ruhelosigkeit und Verzweiflung konnte Hemingway immer schlechter kaschieren – daran änderte auch der Nobelpreis 1954 nichts. Er trank immer heftiger und reiste in der Welt herum, ohne irgendwo richtig anzukommen. Rückzugsterrains, die er früher an den Seen von Michigan fand, aber ebenso in Paris, Spanien, auf Kuba und kurzzeitig auch in der Schweiz, gab es kaum noch für ihn.

Ernest Hemingway wollte nicht gebrechlich und depressiv und versoffen oder sonst irgendwie «verkleinert» sterben. Er wollte im Leben nur Sieger sein, und er wollte auch wie ein Sieger abtreten. Inzwischen war er 62. Anders als sein Held in «Wem die Stunde schlägt» sah er keinen Anlass mehr, die Gegenwart zu feiern.

Am 2. Juli 1961 holte er einmal mehr die Waffe aus dem Schrank. Und wie einst bei seiner Katze sann er auf Erlösung. Diesmal richtete er die Waffe auf sich selber, steckte sich den Lauf in den Mund. An der Bestattung waren nur die engsten Angehörigen und Freunde zugelassen. Unter ihnen Gianfranco Ivancich. ○

Der Duft der Freiheit

Thomas Meyers Romanerstling «*Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse*» ist die Überraschung des Schweizer Literatursommers. Von Rico Bandle

Es gibt Bücher, die möchte man am Ende nicht mehr aus den Händen geben. Weil einem die Figuren ans Herz gewachsen sind, die Sprache so vertraut geworden ist. Zu diesen Büchern gehört Thomas Meyers Romanerstling über den orthodox-jüdischen Studenten Mordechai Wolkenbruch, der sich im Hörsaal in eine Nichtjüdin (*shickse*) verguckt und langsam merkt, in welchem Gefängnis er als streng nach der Thora lebender Jude steckt. Wollte er sich befreien und sich für ein säkulares Leben entscheiden, so bedeutete dies den Ausschluss aus der Familie, aus seiner bisher so vertrauten Welt. Er gehörte dann für die Orthodoxen zu jenen, die «verloren gegangen sind» und jeglichen Kontakt zu ihrer Familie und dem früheren Umfeld aufgeben müssten.

Motti, so wird Mordechai im Alltag genannt, wagt trotzdem den Ausbruch aus der Parallelwelt. Langsam tastet er sich voran, kauft eine für Juden untypisch modische Brille, stutzt sich den Bart, sucht die Nähe zu Laura, jener Frau mit dem wunderbaren *tuches* (Hintern). Die Hunderte von Regeln, nach denen sich die Orthodoxen in ihrem Alltag richten müssen, kommen ihm zunehmend absurd vor.

«*Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse*» ist aber nicht einfach die Geschichte einer Befreiung aus einem totalitären System. Die Familie, die jahrtausendealte Tradition, die Religion sind nicht per se schlecht, im Gegenteil: Das Leben nach ganz klaren Regeln bietet Geborgenheit, Sicherheit und, ja, auch ganz viel Liebe und Herzlichkeit. Doch als Mottis *mame* (Mutter) es sich zur Lebensaufgabe macht, ihrem Sohn eine geeignete Frau zu finden, und ihm gegen seinen Willen immer wieder Treffen mit mehr oder weniger heiratswilligen Frauen organisiert, reift bei Motti der Entschluss, sich aus dem Korsett zu befreien.

Die letzte Entscheidung nimmt ihm seine *mame* ab: Als der gänzlich unerfahrene Jüngling ausserhalb seines jüdischen Biotops die Freuden der körperlichen Liebe zu entdecken beginnt, findet er plötzlich die Tasche mit seinen Habseligkeiten vor der elterlichen Haustür, die Schlösser sind ausgewechselt.

Leben voller Risiken

In seinem neuen Leben erhält der unbedarfte Student erst einmal eine gehörige Tracht Prügel: Ein Nebenbuhler zertrümmert ihm sein Gesicht. Und seine Geliebte sagt ihm, dass sie eigentlich in erster Linie an seinem beschnitte-



Seltene Einblicke: Autor Meyer.

nen Geschlechtsteil interessiert sei. Das Leben in Freiheit ist voller Risiken und Unzulänglichkeiten: Plötzlich ist alles unverbindlich, nichts ist mehr sicher.

Lauras *tuches*

Fast 3000 Exemplare von «*Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse*» wurden seit der Publikation vor wenigen Monaten verkauft, die zweite Auflage ist in Druck – für ein Buch voller jiddischer Ausdrücke grenzt dieser Erfolg an ein Wunder. Ein Grund dafür liegt wohl darin, dass das Buch einen seltenen Einblick in das Leben orthodoxer Juden in Zürich bietet, schon allein die Sprache, der Witz lassen einen in eine neue Welt eintauchen.

Doch darum geht es in dem Roman nur vordergründig. Thomas Meyer, selbst ein säkular lebender Zürcher Jude, zeigt: Der Preis der Freiheit ist hoch, der Ausgang ungewiss. Dafür zu kämpfen, lohnt sich aber allemal – und sei es nur wegen Lauras *tuches*.



Thomas Meyer: *Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse*. Salis. 272 S., Fr. 34.80

Der Blues und die Abstraktion

Von Peter Rüedi

Vielleicht leben wir ja in einer Zeit, von der aus die musikalische Landschaft um 1960 sich ausnimmt wie eine versunkene Götterwelt. Wir blicken auf sie zurück wie die Weimarer Klassiker auf die Antike. Damit hat sich die Parallele zwar auch schon. Aber so etwas wie idealische Verklärung ist schwer zu bezähmen, wenn wir uns den «Kairos» jener Jahre vor Augen halten: Ornette, das Trio von Bill Evans, Coltranes grosses Quartett etc. pp. plus eine Renaissance des Swing und der Big Bands. Und über allen Gipfeln Miles Davis' «*Kind of Blue*» – nie hatte der Jazz einen vergleichbaren Höhepunkt erlebt. Und nie war das so zu erfahren wie heute. Nie war das Ganze so gegenwärtig wie jetzt, wo uns unzählige Reeditionen vor Ohren führen, auf welchem Niveau sich selbst das bewegte, was wir seinerzeit im Schatten der Denkmäler für zweitrangig hielten.

Oliver Nelson zum Beispiel. Der 1975 nur 43-jährig an einem Herzinfarkt gestorbene Saxofonist und Arrangeur war ein Komponist von raffinierten und doch im Blues wurzelnden Kompositionen (die berühmteste hat den schönen Titel «*Stolen Moments*»). Er war ein kompetenter, aber zurückhaltender Instrumentalist. Seine grösste Qualität war, Partner um sich zu versammeln, die profiliert waren als er selbst. Wie Eric Dolphy. Die vier LP, die Nelson 1960/61 mit dem jungen Wilden einspielte, sind jetzt auf einer Doppel-CD versammelt und sind deshalb so spannend, weil Nelson für Tradition steht («*Screamin' the Blues*», «*Straight Ahead*» hiessen zwei der LP), der ätzend humorvolle und spirrige Feuerkopf Dolphy für deren Sprengung.

Beides meint der etwas grossspurige Titel einer LP, die nun allerdings eine Ikone des Jazz insgesamt ist: «*The Blues and the Abstract Truth*». Die Besetzung auf dem Niveau von «*Kind of Blue*»: Nelson, Dolphy, Freddie Hubbard, Bill Evans, Paul Chambers, Roy Haynes. Daneben klingt die Big Band, die Nelson um das Geröllhaldensaxofon von Eddie «*Lockjaw*» Davis arrangierte («*Trane Whistle*»), zwar hausbacken, aber *powerful*. Insgesamt 147 Minuten Musik und jedenfalls ein Kandidat für die Kategorie «*Wiederveröffentlichung des Jahres*».



Oliver Nelson and Eric Dolphy: *Complete Recordings. Essential Jazz Classics EJC 55555*

Top 10

Knorr's Liste

1	Mientras duermes Regie: Jaume Balagueró	★★★★★
2	The Dark Knight Rises Regie: Christopher Nolan	★★★★★
3	Prometheus Regie: Ridley Scott	★★★★☆
4	Merida Regie: M. Andrews / B. Chapman	★★★★☆
5	Ted Regie: Seth Rogen	★★★★☆
6	The Parade Regie: Srdjan Dragojevic	★★★★☆
7	To Rome With Love Regie: Woody Allen	★★★★☆
8	The Lorax Regie: Chris Renaud / Kyle Balda	★★★★☆
9	Ice Age 4 Regie: S. Martino / M. Thurmeier	★★★★☆
10	The Amazing Spider-Man Regie: Marc Webb	★★★★☆

Kinozuschauer

1 (1)	Ted Regie: Seth MacFarlane	39 688
2 (-)	Prometheus (3-D) Regie: Ridley Scott	19 053
3 (2)	The Dark Knight Rises Regie: Christopher Nolan	13 894
4 (3)	Ice Age 4 (3-D) Regie: Steve Martino	8 500
5 (4)	Brave Regie: Mark Andrews	8 047
6 (5)	To Rome with Love Regie: Woody Allen	3 392
7 (10)	Escape from Tibet Regie: Maria Blumencron	1 404
8 (-)	Our Idiot Brother Regie: Jesse Peretz	1 319
9 (6)	Intouchables Regie: Olivier Nakache	1 267
10 (-)	Salmon Fishing in the Yemen Regie: Lasse Hallström	1 143

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Zorn der Titanen (Warner)
2 (2)	Ghost Rider (Impuls)
3 (3)	John Carter (Walt Disney)
4 (4)	Contraband (Universal)
5 (6)	Wir kaufen einen Zoo (Fox)
6 (-)	Haywire (Ascot Elite)
7 (5)	Underworld (Sony)
8 (7)	Drive (Ascot Elite)
9 (8)	Safe House (Universal)
10 (9)	Für immer Liebe (Sony)

Quelle: Media Control



«Urkomisch ernsthaft»: Szene aus «Le Prénom».

Kino

Wüste Charakterblähungen

Aus einem Namensstreit wird ein handfester Beziehungsknatsch. Frankreich versprüht mit «Le Prénom» Komödien-Esprit. Von Wolfram Knorr

Was ist ein Boulevardstück? Ein Stück mit Leuten vom Boulevard? Oder ein Stück für Leute vom Boulevard? Meistens beides. Und wer sind die? Bürger, die gesittet tun, aber hinter der Fassade sich gerne metzeln. Wie in den Stücken der Französin Yasmina Reza, deren letztes Werk, «Le dieu du carnage», Roman Polanski erfolgreich verfilmte («Carnage»). Rezas Figuren, Bürger aus dem kultivierten Mittelstand, leiden in ihrem komischen Ernst nicht weniger als ihre tragischen Vettern und Cousins. Wer den Boulevard als seicht abqualifiziert, ist ein Philistertropf.

Publikums-Coup

In Paris hat der Boulevard Konjunktur. Matthieu Delaporte und Alexandre de La Patellière gelang mit «Le Prénom» ein Publikums-Coup, den sie sogleich selbst verfilmten. Die Charakterblähungen der Delaporte/Patellière-Protagonisten sind ebenfalls urkomisch ernsthaft; der Anlass ihres Beziehungsmassakers ist (wie bei Reza) eine Petitesse. Es geht um einen Namen. Vincent (Patrick Bruel), der spät Vater wird, ist bei seiner Schwester Elisabeth (Valérie Benguigui), die mit ihrem Mann Pierre (Charles Berling) ihn und Freunde zum Essen geladen hat. Während man auf Vincents schwangere Frau Anna (Judith El Zein) wartet, kommt es zu frotzelndem Wortgeplänkel,

nachdem Vincent offenbart hat, das Kind werde Adolf heissen.

Bei seinem Schwager aber, einem ideologisch strammen, verbiesterten Literaturprofessor, löst diese Entscheidung ein mittleres Beben aus. «Adolphe», beschwichtigt Vincent, «phe»! Nützt doch nichts, phonetisch bleibt Adolf eben Adolf, und man darf kein Kind nach Hitler nennen! «Zuerst haben uns die Deutschen Elsass und Lothringen weggenommen und nun auch noch unsere Vornamen», flachst Vincent, um sich die Unschuld des Namens nicht nehmen zu lassen. Empörung, Beharren, Gezeter folgen, bis alle ausser Rand und Band geraten, alle Masken fallen lassen und hemmungslos übereinander herfallen.

Immer bösertiger, immer gemeiner

Aus dem Namensstreit, den Vincent ohnehin nicht gar so ernst meinte, wird eine Seelenschlacht, mal frostig starr, mal rowdyhaft, mal ledern tugendhaft, immer bösertiger, immer gemeiner. Vernunft, Besonnenheit werden plattgemacht. Die Eskalation zum schäumenden Zoff wird zur Dialogschlacht, von Pingpongsätzen zu Dum(m)dum(m)geschossen, von einem bestens aufeinander eingespielten Ensemble virtuos gespielt. Nie wird es herablassend oder augenzwinkernd; der Zuschauer

fühlt sich wie ein zusätzlicher Gast und folgt den Wortzerfleischungssarien mit schönem Déjà-vu. Da kommt einem schnell die eine oder andere unbedachte Reaktion, das eine oder andere Vorurteil, so manche Sturheit aus eigener Erfahrung bekannt vor. ★★★★★☆

Weitere Filmstarts

Parlez-moi de vous — Wer eine Karriere hinlegt, muss nicht automatisch eine stabile Psyche haben. Claire (Karin Viard), blond und schön, löst als Radiomoderatorin in einer Nachtsendung emotionale und sexuelle Probleme. Ihre Stimme kennt jeder, aber keiner ihr Gesicht. Sie führt ein einsames Leben, ist zwanghaft, komplett neurotisch. Sie möchte wissen, warum sie geworden ist, wie sie ist, und macht sich auf die Suche nach ihrer Mutter. Als sie sie findet, erfährt sie Ernüchterndes. Pierre Pinauds Spielfilmdebüt beeindruckt durch gnadenlose Konsequenz; das ist aber auch das Handicap. Kein Licht am Ende des Tunnels. ★★★★★☆

Le Ministre – L'Exercice de l'Etat — Frankreichs Verkehrsminister Saint-Jean (Olivier Gourmet) gilt als kommender Polit-Star und stemmt sich gegen den Plan, die Bahnhöfe zu privatisieren. Der Finanzminister und der Präsident machen Druck, dem sich Saint-Jean ge-



Der Ruf ist alles: «Le Ministre».

Fragen Sie Knorr

Christopher Nolan, Regisseur der Batman-Trilogie, habe den Blockbuster-Film intellektualisiert. Übertrieben, oder?

P. P., *Riehen*



Die Begeisterung für einen Film oder einen Filmemacher kann schon mal übers Ziel hinausschiessen – macht aber nichts. Im Fall Nolan halte ich die Einschätzung für ziemlich

korrekt. Es verdient höchsten Respekt, eine Comicfigur, einen Flachmann im wörtlichen Sinn, ernst zu nehmen, ihr eine

schmeidig entzieht. Sein Ruf ist alles. Pierre Schöllers Polit-Film, in dem es keine Verschwörung gibt, sondern nur Balz- und Hahnenkämpfe, ist glänzend besetzt und präsentiert Politiker frei von Visionen, die nur das System am Laufen halten. ★★★★★☆

Starbuck — Halodri David (Patrick Huard) ist nirgendwo zu gebrauchen, ausser beim Samen-spenden. Als ein Anwalt mit der Hiobsbotschaft aufkreuzt, von den über 500 Kindern, die auf



Eine Spur zu neckisch: «Starbuck».

sein Konto gehen, wollten an die 130 per Gericht erzwingen, ihren Erzeuger kennenzulernen, pirscht er sich neugierig an einige ran. Zu gewirbelt mit einem Uralteinfall. Was früher die Engel waren, leistet hier der Papa: den Kindern heimlich ihre Probleme zu lösen; so befreit er eine Tochter von der Drogensucht. Wo sind eigentlich die Mütter und Väter, bei denen sie aufwuchsen? Lieb, aber einfach eine Spur zu neckisch. ★★★★★☆

Wer's glaubt, wird selig — Bayernwirt Georg (Christian Ulmen) nutzt den Tod von Daisy (Hannelore Elsner), um das Kaff zum Wallfahrtsort aufzumischen. Er will Daisy, eine wahre Glaubensfurie, heiligsprechen lassen. Ein krachlederner Schwank, derb und zuweilen dämlich; aber auch nicht schlechter als die Lachsack-Juxe aus Hollywood. ★★★★★☆

Tiefendimension zu geben und dann mit aktuellen Problemen der Realität zu konfrontieren. So was kann gewaltig in die Hose gehen. Nolan ist Brite; vielleicht ist die europäische, ein wenig intellektuelle Distanz zu US-Trivialheroen eine ideale Voraussetzung. Auf jeden Fall ist es ihm gelungen, das «No-Brain-Kino» mit Hirn auszustatten. Das ist eine reife Leistung.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

«Kuno?»

«Nein. Büne.»

Von Andreas Kunz

Man kann das Sommerloch mit Sendungen über Pfahlbauer, Schweizer Gewässer oder Kriminalfälle stopfen. Alle vier Jahre helfen auch die Olympischen Spiele, um die Sendezeit zu überbrücken. Eine überraschende Idee hatten dieses Jahr allerdings die Macher der Gesprächssendung «Focus» auf DRS 3. Für ein Blind Date luden sie jede Woche zwei prominente Gäste ein, die sechzig Minuten miteinander reden mussten – ohne Einmischung des Moderators. Und ohne im Voraus zu wissen, wer sie als Gegenüber erwartete. Das Staunen war gross, als sich plötzlich SVP-Politiker Oscar Freysinger und Model Nadine Strittmatter begegneten («Ich dachte noch, dass die mir einen SVP-Politiker gegenübersetzen»). Andere Paare waren der ehemalige Fussball-Goalie Pascal Zuberbühler und Schauspieler Stefan Gubser oder Werber Frank Baumann und Ex-Miss-Schweiz und Neo-Komikerin Stéphanie Berger.

Unübertroffen gestaltete sich allerdings das Treffen von Schriftsteller Peter Stamm und Musiker Büne Huber (Patent Ochser). Zu Sendebeginn sassen die beiden Künstler nervös am Pult vor dem Mikrofon, bis das Rollo heraufgezogen wurde und sich folgender Dialog entwickelte:

Stamm: «Hallo.»

Huber: «I verrecke! Hugo! Stamm, gäll?»

Stamm: «Ja. Du musst mir jetzt aber helfen, Entschuldigung. Kuno?»

Huber: «Nein.»

Stamm: «Hugo?» (*Lacht*)

Huber: «Nein. Büne.»

Stamm: «Ah, das ist Züri West?»

Huber: «Patent Ochser.»

Stamm: «Okay.»

Huber: «Macht nichts.»

Stamm: «Patent Ochser, hmm. Gibts euch noch?»

Irgendwann hatten sich die beiden dann gefunden, und dem Vernehmen nach verstanden sie sich derart gut, dass sie nach der Sendung noch weitere drei Stunden zusammensassen und diskutierten. «Blind Date» ist nun auch am TV zu sehen, in gekürzter Version zwar, dafür mit den verdutzten und teilweise wunderbar überforderten Gesichtern der Prominenten.

«Blind Date»: Jeden Montag, 19 Uhr, SF 2.

Held über Nacht

Urs E. Schwarzenbach, Besitzer des Olympia-Gold-Pferdes, ist immer für eine Überraschung gut. Von *Hildegard Schwaninger*



«Meine Lebensfreude treibt mich an»: Devisenhändler Schwarzenbach mit Gattin Francesca.

Vorher war ich immer der Böse, und jetzt bin ich plötzlich der grosse Held.» Urs E. Schwarzenbach lacht am Telefon, es sei einfach «wahnsinnig», was passiere, seit Steve Guerdat mit dem Pferd, das er, Schwarzenbach, gekauft hatte, eine Goldmedaille für die Schweiz holte. Der Devisenhändler mit dem Fragezeichen-Ruf (Woher hat er das viele Geld?) ist plötzlich der Liebling der Nation.

Zurzeit hat er mehr Presseanfragen als je zuvor. Er lässt sie vom PR-Büro von Christoph Richterich koordinieren. Richterich und seine Mitarbeiter dürfen bei den Journalisten Superman spielen, und Schwarzenbach beantwortet die Fragen von London aus. In seinem Gulfstream 450 jettet er zwischen London und Schottland hin und her und demnächst zum Polo nach Australien. Er ist mega busy. Zuerst die Olympischen Spiele, wo er nach dem Sieg mit dem Team im Pub eine Wurst ass, dann grouse-Jagd in Schottland, jetzt Segelwoche im ältesten Jachtclub der Welt (gegründet 1815), wo er, der natürlich auch ein Segelboot besitzt, Mitglied ist. Kurz: «Man ist dabei», wie er es selber formuliert.

Schwarzenbach ist ein umgänglicher Typ, der sich allerdings nicht in die Karten schauen lässt. Früher gab er prinzipiell keine Interviews. «Ich brauchte keine Publicity. Ich muss nicht der ganzen Welt mitteilen, was für ein Sibiesich ich bin.» Er sei keinem Menschen Re-

chenschaft schuldig, «ich spekuliere seit 1973 mit meinem eigenen Geld».

«Als Verwaltungsrat im «Suvretta House» in St. Moritz habe ich nie mit der Presse gesprochen, und als ich die «Sonne» in Küsnacht kaufte, machte der Wirt Sepp Wimmer die PR. Erstmals redete ich mit der Presse wegen Polo in England, und dann in der Schweiz, als ich 2001 das Grandhotel «Dolder» kaufte.»

Da galt es, erst ein Missverständnis auszuräumen: «Ich dachte, es sei mein «Dolder», aber die Zürcher dachten, der Schwarzenbach hat



«Wahnsinnig»: Olympiasieger Guerdat.

unser «Dolder» gekauft.» So musste er viel Kritik einstecken, viel Häme – aber ein Mann wie er steckt das locker weg. Und mittlerweile gab ihm, der immer langfristig investiert, die Zeit

recht: Das «Dolder» macht einen operativen Gewinn von 5 bis 6 Millionen Franken im Jahr.

Schwarzenbach ist seit 1973 mit der Australierin Francesca verheiratet, er hat einen Sohn, eine Tochter und drei Enkelkinder. Seine schöne Frau war nie Miss Australia, auch kein Model, sie arbeitete vor der Heirat in einer PR-Firma. Aber, so Schwarzenbach, «was einmal in der Zeitung und im Internet steht, steht für immer dort, auch wenn es nicht stimmt».

Urs Schwarzenbach ist für den Normalverbraucher nicht fassbar. Wie viel Geld er hat, weiss kein Mensch. Die Bilanz schätzt sein Vermögen auf 1,5 Milliarden, doch was ist so eine Schätzung wert? Ihm gehört der Flughafen Samedan, er besitzt eine grosse Kunstsammlung, es gehörten ihm ganze Häuserzeilen in der Zürcher Altstadt und in St. Moritz, ein Dorf in England, eine Riesenfarm mit Hunderten Pferden in Australien. Und in der Mongolei, wo er Schweizer Honorarkonsul ist, ist er an der Golomt-Privatbank beteiligt. Er lebt auf seinem eigenen Stern.

Urs Schwarzenbach ist ein guter Kommunikator. Beliebt, immer strahlend und grossmütig, ist er nicht einer, der mit seiner schlechten Laune die Umwelt verschmutzt. Wer ihn kennenlernt, gewinnt den Eindruck, dass es schön sein muss, sehr reich zu sein.

Was treibt ihn an? «Schwierige Frage», sagt er und zögert lang. «Meine Lebensfreude.» Er kutschiert herum in einem Maybach mit der



«Mega busy»: Schwarzenbach beim Polo (2. v. r.).

Nummer GR 3. Für diese Prestige-Autonomnummer soll er, so steht es im Internet, 107 000 Franken bezahlt haben.

Was, fragt sich der Westentaschen-Psychologe, hat das zu bedeuten? Kürzlich wurde untersucht, wovor Männer am meisten Angst haben. Die grössten Ängste (noch vor Alter, Impotenz und starken Frauen) haben Männer vor Haarverlust und grossen Männern. Urs Schwarzenbach hat eine Glatze und – in jeder Beziehung – Napoleon-Format. Lässt sich daraus etwas schliessen zur Ergründung des Mannes, der für uns alle letztlich geheimnisumwittert bleibt?

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Ich, der Unsoziale

Unser Kolumnist berichtet über «Summertime Sadness» in der Stadt. Was nicht heisst, dass man keine gute Zeit hat.

Von Mark van Huissingel

Vergangene Woche war ich in Zürich, es war wahrscheinlich die beste Woche des Sommers *chez nous* bisher, was das Wetter angeht. Vor zirka einem Jahr schrieb ich hier Folgendes: «Jetzt 18 Zeilen zu dem Sommer 2011: In der Vergangenheit sagten viele Leute, nach dem 1. August sei die Jahreszeit, in der es sonnig, warm und trocken sein sollte, in der Schweiz eigentlich vorbei. Das ist nicht mehr so seit einiger Zeit, zum Glück. Sommer (und Winter ebenfalls) findet nun bei uns später statt als früher (Hitze in der zweiten Hälfte August, Anfang September; liegen bleibender Schnee im März, April, auch in niedrigen Lagen).» Man kann «Sommer 2011» auch ersetzen durch «Sommer 2012». Mit anderen Worten: Falls man Sonnenschein und Temperaturen um 25 bis 30 Grad mag, sollte man im Juli Zürich (die Schweiz) verlassen und im August retour kommen.

Das war die gute Nachricht. Die andere (ich möchte nicht schreiben «schlechte» Nachricht): Der August ist zwar ein schöner, aber wirklich kein *social* Monat in Zürich. Für die vergangenen 14 Tage (Abschluss dieser Zeitschrift ist dienstags) lag MvH ein *grand total* von null Einladungen vor (in Zürich), die er annehmen wollte. Man überlegt dann zuerst, ob der Grund dafür weniger der August, sondern mehr man selber sei (man ist nach Jahren als Ihr Kolumnist ein wenig streng mit sich selber geworden). Ein darauffolgendes Recherchegespräch mit einer Freundin (halbfetter Name/wird in Zeitschriften als «Society-Lady» beschrieben) zeigte, dass ein Grund für die

nonsocial Zeit, neben der Jahreszeit, die Verfassung der Wirtschaft ist (mit anderen Worten: Sie hat auch keine Einladungen respektive lädt zurzeit ebenfalls nicht ein).

Wenn wir es von der Verfassung der Wirtschaft haben: Das «Rive Gauche» ist im Augenblick eines der besten Restaurants Zürichs, um mittags einzuladen, finde ich. Das Verhältnis des Preises zur Essensqualität/Serviceleistung ist recht gut und der Park des «Baur au Lac», in den man blickt von der Terrasse, der schönste sowieso (Rechnungsbetrag für einen *light lunch*, mit bloss einem Glas Weisswein für zwei: Fr. 109.50). Ein schwereres Mittagessen inklusive eines Glases Champagner, nur zum Sagen, in derselben Woche in einem anderen Restaurant, das zu einem Hotel gehört, dem «Parkhuus» des «Park Hyatt», kostete Fr. 265.50.

Doch es ist nicht so, in meinen Augen, dass man eine «Summertime Sadness» (Lana Del Rey) verspüren sollte, weil man im Augenblick kaum an Veranstaltungen eingeladen wird, finde ich. Und es gibt schon Leute aus der Stadt, nebenbei, die *social* sind, bloss nicht in der Stadt – Thomas und Monique Hollinger geben sich Mühe, in St-Tropez einen Eintrag im Gastgeberverzeichnis *du jour* zu bekommen, hört Ihr Kolumnist aus Südfrankreich (Frage: «Hollinger, c'est qui?») Antwort: Er verkauft Immobilien, sie kochte für «Glanz & Gloria» auf SF um das «Goldene Rüebli»). In dieser Spalte kam Monsieur noch nie, Madame einmal vor, ohne Namen (weil sie es so wünschte, interessanterweise). Ich wünsche «dem Schweizer Jetset-Glamourpaar Nummer eins» (*Sonntagsblick*) viel Erfolg auf alle Fälle.

Was man in Zürich auch machen kann an freien späten Nachmittagen und Abenden sozusagen: in das Dolder-Bad («liegt hoch oben auf dem Adlisberg inmitten idyllischer Natur», Eigenreklame, stimmt aber) fahren respektive gehen (in meinem Fall) und dort bleiben bis 20.00 Uhr, weil Abendsonne das Licht verbreitet, in dem alles (und alle) am besten aussieht (aussehen).

Dann später in Wollishofen im Restaurant «Seerose», wo man von mir aus gesehen nicht unbedingt essen muss, an der Bar Gin Tonic trinken (Hendrick's Gin mit Eis, Gurke und Pfefferkörnern; *the Longdrink* des Sommers für mich). Was das Tonic angeht: Ich empfehle Gents Swiss Roots Tonic Water, das man zum Beispiel in der «Seerose» nicht bekommt (dafür im sogenannten «Madonna Garten» bei Salvatore Schito). Enthüllung: Mit dem Gents-Hersteller bin ich bekannt, und er hat mich bemustert (mit zwei Flaschen).

Die nicht so gute Nachricht aus Zürich: Ab dem zweitletzten Wochenende des Augusts wird alles anders – die *social* Zeit fängt wieder an, und der Sommer hört wahrscheinlich mehr oder weniger schnell auf. MvH rät, die Zeit bis dorthin möglichst *nonsocial* zu verbringen.

Gesellschaft

Das Eltern-Tabu

Von Beatrice Schlag — Man liebt nicht alle seine Kinder gleich.

Die meisten Eltern würden es energisch abstreiten, falls jemand die Verwegenheit hätte, sie zu fragen. Was so gut wie nie der Fall ist. Aber Väter und Mütter sagen hin und wieder unge-



fragt, ihnen seien all ihre Kinder gleich ans Herz gewachsen. Das ist oft eine Lüge. Man versteht sofort, warum sie lügen. Kein Elternpaar möchte ein Kind spüren lassen, dass es ihnen weniger lieb ist als ein Geschwister. Es passiert einfach, dass einem eins näher ist als sein Bruder oder seine Schwester. «Jeder Elternteil hat ein Lieblingskind oder eins, dem er zugeneigter ist als den anderen», sagt die amerikanische Psychologin Ellen Weber-Libby, Autorin von «The Favorite Child», «das ist völlig normal.» Genauso normal sei, dass die Vorlieben der Eltern gelegentlich wechseln.

So wenig die Eltern etwas davon hören wollen, so geläufig ist diese Vorstellung den Kindern. Wer an seine Kindheit denkt, hat eine sehr präzise Erinnerung daran, wo sie oder er sich in der Zuneigungsskala von Vater und Mutter einordnete. Der Familienforscher Karl Pillemer, Professor an der Cornell University in Ithaca, New York, fand unter den für eine Studie befragten Kindern spärliche 15 Prozent, die glaubten, ihre Mutter sei allen Geschwistern gleich nahe. In derselben anonymen Umfrage gaben 70 Prozent der Mütter an, einem ihrer Kinder näher zu stehen als den anderen. Auch Pillemer sagt, das sei alles andere als ungewöhnlich.

Das Wichtige für Eltern sei einzig, zu wissen, wo der Unterschied zwischen engerer Verbundenheit und Bevorzugung liege: «Die meisten Eltern lieben Kinder grundlegend gleich und würden ihr Leben für jedes von ihnen riskieren. Aber sie können es oft mit einem Kind besser als mit dem anderen. Ein Problem wird das erst dann, wenn sie zu ihm weniger streng sind oder ihm mehr Zeit widmen.» Ansonsten kein Grund für ein schlechtes Gewissen. Denn Kinder, sagen Familienforscher, wenden sich ohnehin automatisch der Person zu, die ihnen am meisten Aufmerksamkeit schenkt. Wenn es statt der Mutter die Tante und statt dem Vater der Grossvater ist, solle man ihnen das ohne Zögern gönnen.

Der Herr ergraut mit Stil

Von Jürg Zbinden

1 — Wer nach dem Motto «Alles ist besser als ein Rollkoffer» verreist, reist mit dem Weekender «Hilten» (Herbst/Winter 2012) aus der «Reference»-Kollektion der Gebrüder Freitag. «Freitag Reference» wird aus denselben rezyklierten Lastwagenplanen gefertigt wie das unverwüstliche Original, nur haben diese Planen einen noch strengeren Auswahlprozess zu durchlaufen. Die Traummasse des «Hilten»: 560×310×250 mm. Sein Fassungsvermögen: 32 Liter. Drei Aussenfächer für schnellen Zugriff unterwegs, geordnetes Innenleben dank reissverschlossenen Fächern, Verschluss mit Truck-typischer Metalllasche. Erhältlich in Blau (Kind of Blue), Grau (Nearly Grey) und – neu – in Gentleman-freundlichem Silber (As Silvery As It Gets) zum Preis von Fr. 650.–. Dazu gibt es eine Ausgabe des ausgezeichneten Magazins *Reportagen*, das von den Freitag Bros. lobenswerterweise unterstützt wird. Zu kaufen in ausgewählten Boutiquen, in den Freitag-Stores sowie unter www.freitag.ch.

1



2



2 — «Ritchie», ein Business-Bag in dezemtem Beinahe-Grau, hat die Masse 440×310×90 mm, fasst zwölf Liter und kostet Fr. 520.–. Infos unter www.freitag.ch

3



3 — Die Designer der «Montblanc Heritage Collection 1912» haben den Schritt in eine neue Dimension der Technologie des 21. Jahrhunderts gewagt und gleichzeitig den Pioniergeist des frühen 20. Jahrhunderts eingefangen. Die auf 333 Stück limitierte Kollektion aus Titan mit einer Feder aus 18 Karat Gold (VP: Fr. 10 800.–) ist eine Hommage an einen Füllfederhalter, den der Hersteller zu Beginn des 20. Jahrhunderts herausbrachte. Die einzigartige Mechanik kontrolliert durch ein drehbares Endstück nicht nur die einziehbare Feder, sondern füllt auch den Kolben mit Tinte. Zur Edition gehören insgesamt drei Clips, je einer aus Weissgold, Silber und Neusilber. Ausgezeichnet mit dem Red Dot Design Award 2012. Ab Oktober in den Schweizer Montblanc-Boutiquen.

4



5



6



4, 5, 6 — Die Kollektion «Chrono Plastic» von Swatch umfasst zehn Designs in den angesagtesten Farben. Abgebildet sind Variationen von Grau bis Anthrazit, aber es gibt auch knallfarbig leuchtende Brüder und Schwestern in Orange, Rot, Blau, Hellrosa oder Hellblau. Überall, wo es Swatch zu kaufen gibt. Jedes Modell zu Fr. 120.–.

Auf dem Goldeselmarkt

Von **Andreas Thiel** — Wenn Währungshüter die falsche Menge Geld in Umlauf bringen, ist es dann Falschgeld? Und wer kauft der Nationalbank ihre Geldpolitik ab?

Thomas Jordan: Guten Tag, ich möchte gerne Euros kaufen.

Mario Draghi: Da haben Sie aber Glück! Der Preis ist gerade wieder gefallen.

Jordan: O mein Gott, bloss das nicht!

Draghi: Falls Sie Angst haben, Sie kämen zu spät, dann darf ich Sie beruhigen. Wir sind noch lange nicht ausverkauft.

Jordan: Na, Gott sei Dank.

Draghi: Wir können auch jederzeit nachdrücken.

Jordan: Was meinen Sie damit?

Draghi: Sie können gar nicht so viel kaufen, wie wir drücken können.

Jordan: Na, das werden wir ja sehen.

Draghi: Wie meinen Sie das?

Jordan: So viel, wie Sie drücken, können wir auch drücken.

Draghi: Dann werden wir halt schauen müssen, wer schneller drückt.

Jordan: Ich garantiere Ihnen, dass wir immer genügend Franken drücken werden, um Ihnen beliebige Mengen an Euros abzukaufen.

Draghi: Na wunderbar, so kommen wir ins Geschäft.

Jordan: Meine Bedenken gelten auch weniger der Menge als vielmehr dem Preis.

Draghi: Oh, da kann ich Ihnen

eine erfreuliche Mitteilung machen. Sie kriegen den Euro heute zu einem Sonderaktionspreis von einem Franken und zehn Rappen.

Jordan: Du meine Güte, räumen Sie bloss die Aktionsschilder weg, bevor die noch jemand sieht.

Draghi: Wieso? Wir wollen doch so viel Euros wie möglich verkaufen.

Jordan: Ich kaufe Ihnen ja auch alles ab, was Sie haben, aber doch nicht zu diesem Preis!

Draghi: Nun, da Sie in so grossen Mengen einzukaufen gedenken, geben wir Ihnen selbstverständlich einen Sonderrabatt.

Jordan: Wie? Was? Wovon reden Sie?

Draghi: Was halten Sie von einem Franken und fünf Rappen pro Euro? Das ist doch ein Angebot.

Jordan: Das kommt gar nicht in Frage.

Draghi: Ich sehe, Sie sind gut im Verhandeln. Unter einen Franken pro Euro kann ich allerdings nicht gehen.

Jordan: So hören Sie doch auf!

Draghi: Na gut, 95 Rappen ist mein letztes Angebot.

Jordan: Neiiiin!

Draghi: Sie sind aber ein harter Brocken. Glauben Sie mir, 90 Rappen ist der absolute Tiefstpreis.

Jordan: Ich will doch nicht tiefere Preise, ich will höhere Preise!

Draghi: Sie wollen mehr bezahlen?

Jordan: Unbedingt!

Draghi: Wie viel denn?

Jordan: So viel Sie wollen.

Draghi: Wozu das denn? Was haben Sie davon?

Jordan: Ich will, dass die Leute ihren Euro behalten.

Draghi: Aber wenn Sie den Leuten mehr bieten, als er wert ist, dann werden die ihren Euro doch erst recht verkaufen.

Jordan: Deshalb kaufe ich den Euro auch nicht bei den Leuten, sondern direkt bei Ihnen, damit es niemand merkt.

Draghi: Und warum soll das keiner merken? Schämen Sie sich dafür, dass Sie zu viel bezahlen?

Jordan: Nein. Ich will nur nicht, dass die Leute ihren Euro in Franken umtauschen.

Draghi: Aber genau das bieten Sie mir doch gerade an: meinen Euro in Franken zu wechseln. Und das erst noch in rauen Mengen.

Jordan: Das ist ja gerade der Trick. Wenn man nur in genügend hohen Mengen handelt, dann handelt es sich nicht mehr um Handel, sondern nur noch um Politik. Und das ist etwas ganz anderes.

Draghi: Ein Verlustgeschäft ist, wenn der Verlust genügend gross ist, kein Verlustgeschäft, sondern Politik?

Jordan: Eine politische Strategie, um genau zu sein.

Draghi: Wenn man Verluste schreibt, dann macht man etwas falsch – es sei denn, der Verlust ist unermesslich, dann ist es eine politische Strategie?

Jordan: Ich sehe, Sie haben verstanden.

Draghi: Hahaha! Der ist gut. Den merk ich mir ...



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

La vie en Rosé

Von **Peter Rüedi**



Mit dem tollen Châteauneuf-du-Pape von Alain Jaume (*Weltwoche* Nr. 27/12) erreichte mich, was ich für einen weinmässigen Kollateralschaden hielt: ein Muster jenes Tropfens, den ich – nicht aus Anzüglichkeit, sondern als Schreckensvision – immer mit lachsfarbener Unterwäsche aus Grossmutterns Zeiten verbinde. Nun habe ich mich mal wieder überwunden, und gegen alle meine Vorurteile, aber nicht ganz gegen meine Erwartung erwies sich der Kollateralschaden als Kollateralvergnügen. Sollte ich mich auf meine alten Tage noch verändert oder sollten sich die Rosés verändert haben seit jenen scheusslichen Bouteillen aus Anjou in früher Jugend? Wohl beides, vermute ich. Mit meiner Skepsis stand ich ja keineswegs allein. Es sei keine fünfzehn Jahre her, erinnert man sich zum Beispiel auf Château de Pibarnon in Bandol, da habe fast Gewalt angewendet werden müssen, wenn man die Kundschaft neben den (vorzüglichen) Roten zur Degustation der Rosés überzeugen wollte.

Inzwischen hat der Wind gedreht. Zum einen riechen diese Weine nicht mehr nach billig aromatisierten Bonbons (wofür spezielle Zuchthefen verantwortlich waren). Das gibt's zwar noch immer, aber nun eben auch vermehrt Rosés, die den Namen *Wein* verdienen. Sie sind sorgfältig, wenn auch nicht für die Ewigkeit gemacht; tanzen, in aller Regel, kaum mehr als zwei Sommer. Aber in ihrer rasch verblühenden Jugend liegt auch ihr Charme. In ihrer Unkompliziertheit und im Erinnerungspotenzial an die Leichtigkeit südlicher Sommerabende. Dabei müssen wir nicht mehr auf alles verzichten, was uns beim Wein sonst lieb ist. Der Rosé von Grand Veneur ist aus jenem Saft bereitet, den Jaume nach dem Pressen von der Maische abzieht, um bei den Roten höhere Konzentration zu erreichen. Die Methode heisst *saignée*. Das bedeutet, dass in diesem Rosé nicht Schrott, sondern das gleiche Traubengut verarbeitet wird wie in den zum Teil grossen Châteauneufs. Ein zauberhaft beschwingter, keineswegs banaler Wein. Geeignet, auch im Winter, wenn es schneit, den letzten Sommer zu beschwören. Oder den nächsten.

Alain Jaume & Fils: Réserve Grand Veneur Côtes du Rhône Rosé 2011. 13%. Vinoversum. Fr. 12.–. www.vinoversum.ch

Bolts Krallen

Von Peter Hartmann — Der jamaikanische Sprint-Überflieger trägt Spikes-Schuhe mit Katapultwirkung, die schon den DDR-Läuferinnen Vorteile brachten.



Eine Art Katapultwirkung: Olympiasieger Usain Bolt mit Spikes an den schnellen Finken.

Als die Steroid-getriebenen DDR-Walküren Silke Gladisch, Sabine Rieger, Ingrid Auerswald und Marlies Göhr den Weltrekord über 4-mal-100 Meter aufstellten, den sie letzte Woche an die amerikanische Staffel verloren haben, war Usain Bolt noch gar nicht geboren. Dennoch gibt es eine Verbindung zwischen den schnellen Staatssportlerinnen von damals und dem fliegenden Jamaikaner – nein, nicht ein Dopingverdacht, sondern: die Schuhe.

Bolt, 25, sprintete, wie schon bei seinen Triumphläufen 2008 in Peking, auch in London mit Spikes an den Füßen, die den schnellen Krallenschuhen der ostdeutschen Läuferinnen nachempfunden sind. Das wichtigste Merkmal dieser schnellen Finken damals wie heute ist eine versteifte Sohle im Vorfussbereich, ein fester Keil, der eine optimale Kraftübertragung gewährleistet. Eine Art Katapultwirkung.

Der Unterschied: Die DDR-Frauen von 1985 trommelten in Modellen von Adidas über die Tartanbahn, Bolt trägt Puma-Kreationen. Der Schweizer Sportarzt Dr. Bernhard Segesser, 69, kennt als Zeitzeuge und Insider dieses Kapitel der angewandten Biomechanik. Er arbeitete in den vergangenen achtziger Jahren in der Forschung von Adidas und wechselte später als wissenschaftlicher Berater zu Puma. «Fast nur die Funktionäre und Trainer in der DDR zeigten Interesse an unseren Experimenten.» Dann lief auch die Jamaikanerin Merlene Ottey in solchen «Schnabelschuhen».

Acht Dornen aus Karbon

«Die Idee dieser Konstruktion war der *energy return*», sagt Segesser, «doch das hat nie funktioniert. Wichtig ist, möglichst wenig Energie zu verlieren beim Aufsetzen des Fußes, den Druck direkt auf den Boden zu bringen, und

nicht nur auf der Aussenseite, sondern auf der ganzen Fussbreite.»

Die Spikes, Dornen, die ursprünglich die Krallen der Raubtiere imitierten, sind nicht mehr aus Metall, sondern aus Karbon gefertigt, sie schneiden nicht mehr in die Kunststoffbahn, sondern greifen nur noch in die Oberfläche und vermindern so die Reibungsverluste. Es sind insgesamt acht Dornen, vier unter dem Vorfuss, vier im Bogen der Schuhspitze.

«Gurkenschuhe»

Alles regelkonform. Früher hat es immer wieder revolutionäre Trickversuche gegeben. Der sowjetische Hochspringer Juri Stepanow erreichte 1957 mit seinem Katapultschuh mit der vorne verdickten Sohle als Trampolin 2,16 Meter – der Internationale Leichtathletikverband IAAF tolerierte den Weltrekord, verbot aber den Schuh. Mit dem Aufkommen der Tartanbahnen adaptierte Puma den «Bürstenschuh» mit 68 nadelartigen kurzen Spikes gegenüber

«Fast nur die Funktionäre und Trainer der DDR zeigten Interesse an unseren Experimenten.»

den herkömmlichen Laufschuhen mit vier oder sechs Dornen – der Weltrekord des Amerikaners Lee Evans von 44,0 Sekunden über 400 Meter aus dem Jahr 1968 fand keine Anerkennung, und der schnelle Schuh landete in der Mottenkiste der Sportgeschichte.

Als «Grenzfall» beurteilt der Schweizer Orthopäde Segesser die «Blades» des Unterschenkel-amputierten Südafrikaners Oscar Pistorius. Die IAAF deutete die Prothesen des 400-Meter-Läufers als mechanische Hilfsmittel, doch der Internationale Sportgerichtshof TAS korrigierte das Verbot und erklärte sie als legal. «Ein Sympathie-Urteil für einen bewundernswerten invaliden Sportler», findet Segesser.

Die Werbeschlacht von London ist gelaufen. Adidas setzte auf den Fetisch des immer leichteren Gewichts. Erstmals hat der Sprintschuh, den Bolts Rivale und Kumpel Blake trug, die 100-Gramm-Grenze unterboten. Und Adidas warf allein schon als allgegenwärtiger offizieller Sponsor 150 Millionen Euro auf, konnte aber nicht verhindern, dass der US-Konkurrent Nike diese Dominanz mit dem Einsatz von auffälliger Farbe brach: Seine Truppen marschierten einheitlich im fluoreszierenden zitronengelben Schuhwerk.

Der Puma, der im Juni die Finanzmärkte noch mit einer Gewinnwarnung erschreckt hatte, brauchte nur vier Buchstaben: B-O-L-T. Der hätte, glaubt Segesser mit einem Anflug wissenschaftlicher Ironie, «auch in Gurkenschuhen gewonnen». ○



Auto

Meine Ferien im M5 (I)

Wer mit Kindern reist, weiss: Der Weg ist nicht das Ziel. Deshalb fährt man zum Beispiel in einem BMW M5. Von David Schnapp

Es gibt einen grossen Irrtum, was familien-taugliche Autos angeht. Sie sollten nicht möglichst gross sein, damit man endlos Waren transportieren kann. Nein, der perfekte Familienwagen soll schnell sein (und bequem). Nach drei Wochen und rund 3100 Kilometern kann ich mit einiger Überzeugung behaupten: Der BMW M5 ist das perfekte Familienauto.

Wir haben über dieses Modell schon berichtet (Nr. 42/2011), es ging damals um die sportlichen Möglichkeiten des M5, die wir auf der Rennstrecke im spanischen Ascari testen konnten. Da man im Alltag aber zur Arbeit

oder in die Ferien fährt, ist es zwar gut zu wissen, dass man mit einem M5, ohne Reifenwechsel oder andere Umbauarbeiten vornehmen zu müssen, problemlos auf einem Rundkurs bestehen kann. Aber seine wahren Qualitäten zeigt der BMW bei ganz normalen Vorhaben, die bei A beginnen und bei B enden.

BMW vs. Trabi

Der Vorteil einer Limousine im Vergleich mit einem Kombi oder anderen, grossräumigeren Aufbauvarianten ist gerade, dass der Platz beschränkt ist. Man nimmt mit, was man braucht, und nicht, was im Falle eines Falles auch noch nützlich wäre. Es brauchte gewisse psychologische Vorbereitungshandlungen, um meine Familie auf diesen Umstand einzustellen, hat am Ende aber geklappt: In den Kofferraum des M5 passt das Gepäck, das zwei Erwachsene, ein Kind sowie ein Kleinkind für drei Wochen Ferien brauchen – inklusive eines zusammenklappbaren Buggys. Natürlich könnte man eine Dachbox anbringen, das wäre aber, als würde man einem Rennpferd zwei Zementsäcke an den Sattel hängen.

Unser Ziel war Chemnitz, das vormalige Karl-Marx-Stadt in Sachsen. Die Stadt als Touristenmagnet zu bezeichnen, wäre übertrieben, aber wenn man familiäre Gründe hat, da zu sein, kann es einem gefallen. Ausserdem hatte ich die Möglichkeit, einen Trabant 601 zu fahren, das automobiler Statussymbol der untergegangenen DDR. Von einem Hochleistungs-BMW auf einen Trabi umzusteigen, brauchte Konzentration. Das kleine Auto, im Wesentlichen aus Plastik gebaut, hat einen Zweitaktmotor mit vier Gängen, 26 PS und die Akustik eines Traktors. Es zu fahren, war gewöhnungsbedürftig. Das Ausrollen vor einer Stopfstasse wurde von der bängigen Frage begleitet, ob die Bremsen noch einmal greifen mögen.

Auf einen Trabi wartete man acht Jahre, den M5 bekommt man, Kapitalismus sei Dank, schneller. Er kostet ohne Zusatzausstattung 125 200 Franken, seine 560 PS sind so leicht zu beherrschen wie ein Fahrrad. Leider kann sich der Kolumnist so ein Auto nicht leisten. Meine Frau, an Autos so interessiert wie ein Frutarier an einer Blutwurst, fand bereits nach acht Tagen, wir sollten den BMW kaufen und dafür zwanzig Jahre auf Ferien verzichten. Der Gedanke ist reizvoll, obwohl der eigentliche Grund für die Anschaffung des Wagens wegfallen würde.

Nächste Woche: Teil II, Chemnitz–Insel Usedom

BMW M5

Leistung: 560 PS, Hubraum: 4395 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h

Preis: Fr. 125 200.–

Testwagen: Fr. 156 080.–



Rational und emotional

Die Psychologin Wiebke Neberich, 35, und David Khalil, 30, Gründer einer Online-Partnervermittlung, sind seit fünf Jahren zusammen. Sie leben und arbeiten Hand in Hand.

Wiebke: Im Beruf lernt man sich ausserordentlich gut kennen. Wie reagiert der andere unter Stress? Auf welcher Basis werden Entscheidungen getroffen? Welche Motive stehen im Vordergrund? So erhält man tiefgreifende Einblicke in die Persönlichkeit des anderen. Es ist wenig verwunderlich, dass sich ein Viertel aller Paare bei der Arbeit findet. Ich lernte David über die Online-Partnervermittlung «eDarling» kennen. Nicht über die Plattform, sondern ganz klassisch: bei der Arbeit. Im Vorstellungsgespräch. Beeindruckt haben mich seine Kompetenz und die Professionalität.

David: Mir und meinen Geschäftspartnern war bei der ersten Begegnung sofort klar, dass wir mit Wiebke die Idealbesetzung für die psychologische Leitung unserer Partnervermittlung gefunden hatten. Dass ich einer sehr attraktiven Frau gegenüber sitze, blendete ich während unseres Gesprächs und auch im ersten Jahr der Zusammenarbeit allerdings aus.

Wiebke: Die erste private Verabredung hatten wir über ein Jahr später. Als es ernst wurde, überlegte ich mir genau, ob ich mich auf eine solche Beziehung einlassen möchte. Denn so schön es auch ist, das Leben und die Arbeit so intensiv miteinander zu teilen, im Falle einer Trennung wird es schwieriger. Heute sehe ich die Situation allerdings nicht mehr so kritisch. Im Gegenteil. Die Arbeit ist unsere Inspiration und Leidenschaft, und es ist toll, beides in einer Partnerschaft teilen zu können.

David: Emotional gesprochen: Meine Partnerin hat eine sehr starke Anziehung auf mich ausgeübt. Rational gesprochen: Wir entdeckten eine grosse Harmonie zwischen uns, die sich von der Persönlichkeit über Werte und Interessen bis hin zu gemeinsamen Lebensentwürfen erstreckt. Dass solche Dinge wichtig sind, wissen wir natürlich auch aufgrund unserer Arbeit. Die wissenschaftlich erarbeiteten Matchingverfahren liefern die Voraussetzung der Persönlichkeitsspassung, die die Qualität und die Stabilität einer Beziehung begünstigen kann. Durch die Auswertung können wir



«Grosse Harmonie»: Liebespaar Khalil-Neberich.

unsere Mitglieder zueinanderführen. Allerdings können Menschen die grösste persönliche und charakterliche Übereinstimmung aufweisen: Wenn die Chemie beim ersten Zusammentreffen in der Realität nicht stimmt, wird sehr oft nichts aus der Geschichte.

Wiebke: Ohne gegenseitige Anziehung funktioniert keine Beziehung, und das erste Treffen «offline» ist nicht zu unterschätzen. Es stimmt, aufgrund der virtuellen Vorauswahl können die Romantik und die Spontaneität vielleicht ein wenig leiden. Dafür bleiben böse Überraschungen eher aus, als wenn man, ohne vom anderen irgendetwas zu wissen, auf der freien Wildbahn aufeinanderprallt, sich verliebt und bald merkt, dass man grundverschieden funktioniert.

David: Die meisten unserer rund 200 000 Mitglieder stehen punkto Partnersuche – dank gesellschaftlicher Veränderungen in den letzten Jahrzehnten – nicht massiv unter Druck. 49 Prozent der Nutzer aus der Schweiz sind zwi-

schen 18 und 39 Jahren, der Rest – also die Mehrheit – ist älter. Dies könnte unter anderem der Ursprung des weitverbreiteten Irrglaubens sein, dass wir uns zu einer Singlegesellschaft entwickeln, denn der Status fällt in einem Alter stärker auf, in dem es als nicht normativ angesehen wird, ohne Partner zu sein. Ob geschieden, ledig oder verwitwet: Die meisten Menschen wünschen sich für ihr Glück eine feste, verbindliche Partnerschaft.

Wiebke: Aber obwohl es noch nie so viele Möglichkeiten gab, einen Partner zu finden, tun sich doch viele Menschen schwer mit dem Thema. Der Wunsch nach Selbstverwirklichung harmoniert nicht immer mit dem Bedürfnis nach einer festen Partnerschaft. Einfacher ist es grundsätzlich, wenn man viele Gemeinsamkeiten hat.

Nächste Woche: Teil 2
Protokoll: Franziska K. Müller
www.edarling.ch



Wir versprechen Solei, bis Ende 2013 alle Plastik-Flaschen anzunehmen und zu rezyklieren.

Die Migros wird im Laufe des nächsten Jahres auch leere Flaschen von Shampoos, Duschgels, Putz- und Waschmitteln zusammen mit den Milchflaschen sammeln und rezyklieren. **Mit diesem und zahlreichen weiteren verbindlichen Versprechen engagieren wir uns für die Generation von morgen.**

Mehr auf generation-m.ch

GENERATION M

MIGROS
Ein **M** besser.